

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Michael Roskin
Dieter O. A. Wolf

Henry A. Kissinger —
Versuch eines Porträts

Gideon Weigert

Araber und Israelis

B 23/74

8. Juni 1974

Michael Gary Roskin, Ph. D., M. A., A. B., geb. 1939, Ass. Professor of Political Science; Studium der Politischen Wissenschaften an der University of California (Berkeley und Los Angeles) und der American University, Washington DC.

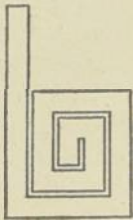
Veröffentlichungen u. a.: An American Metternich: Henry A. Kissinger and the Global Balance of Power, in: Frank Merli and Theodore Wilson (eds), Makers of American Diplomacy, New York 1974, U.S. Foreign Policy as Generational Paradigm, in: Political Science Quarterly, 1974.

Dieter O. A. Wolf, Dr. phil., B. A., Postgraduate Diploma, geb. 1939; Studium der Politischen Wissenschaften (Internationale Politik), Neueren Geschichte und Amerikanistik in den Vereinigten Staaten, Italien, England und in München; Mitglied des International Institute for Strategic Studies (London); z. Z. Lehrbeauftragter an der Universität München, Dozent an der Hochschule für Politik in München und freier wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Veröffentlichungen u. a.: „Präsidenten-Krieg“ in Vietnam? Kompetenzen, Entscheidungsverfahren und Verhalten von Präsident und Kongreß im Indochinakonflikt, München—Wien 1973; Präsident kontra Kongreß. Außen- und sicherheitspolitische Probleme in den USA, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/73 vom 11. August 1973; Die Vereinigten Staaten und der Vietnam-Krieg, in: Jahrbuch für Internationale Politik (1968/69), Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik, Bonn 1974.

Gideon Weigert, geb. 1919 in Hamburg, 1933 ausgewandert nach Palästina; 1942—1945 Studium der Orientalistik an der Hebräischen Universität in Jerusalem; 1945—1969 Redakteur für arabische Probleme an der „Jerusalem Post“ (der früheren „Palestine Post“); seit 1969 Forschungsarbeiten über das arabische Genossenschaftswesen in Israel, dem Gaza-Streifen und auf der Westbank.

Veröffentlichungen u. a.: Life Under Israel Occupation, Jerusalem 1971; Palestinian Viewpoints, Jerusalem 1972; Arabs and Israelis — Life Together, Jerusalem 1973; Israel's Presence in East Jerusalem, Jerusalem 1973; Die arabische Jugend in Ost-Jerusalem, in: Schweitzer/Nemitz (Hrsg.), Krisenherd Nah-Ost, Köln 1973.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Henry A. Kissinger — Versuch eines Porträts

I. Nixon—Kissinger: Wandel in der US-Außenpolitik?

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre erlitten die Vereinigten Staaten ein Pearl Harbor unter umgekehrtem Vorzeichen (Vietnam)¹⁾. Während die frühere Katastrophe Amerika in den Zweiten Weltkrieg führte und Konsensus für ein gewaltiges Übersee-Engagement schuf, drohte letztere demgegenüber den politischen und gesellschaftlichen Konsensus der USA zu zerstören. Durch die Konsequenzen des vietnamesischen Traumas wurden über das militärische und ideologische Engagement hinaus tiefgreifende Fragen nach dem nationalen Interesse und der künftigen Rolle der Vereinigten Staaten in einer sich schnell ändernden Umwelt hervorgerufen. Das gefürchtete Wort „Neo-Isolationismus“ lag spürbar in der Luft²⁾ und das Drängen eines stetig wachsenden Teils der amerikanischen Öffentlichkeit und amerikanischer Parlamentarier nach einer zumindest schrittweisen Reduktion des globalen amerikanischen Engagements wurde größer.

Richard Nixon, der im Jahre 1968 das Präsidentenamt von Lyndon B. Johnson übernahm, erkannte wohl den neo-isolationistischen Trend der amerikanischen Politik. Er umschrieb die globale Zielsetzung seiner Außenpolitik mit dem Übergang von der „Ära der Konfrontation“ zu einer „Ära der Verhandlungen“, schien jedoch für die zukünftige Rolle der Vereinigten Staaten im internationalen System noch kein festes Konzept zu haben, und die Vermutung lag nur zu nahe, daß er sich verschiedene Optionen offenhalten wollte. Seine zentrale Idee war, daß es nicht möglich sei, einzelne Fragen aus dem Gesamtzusammenhang der internationalen Beziehungen und der Suche nach globaler Entspannung heraus-

zulösen. So deutete er zwar anfänglich unter dem Druck der neo-isolationistischen Tendenzen eine entsprechend neu einzuschlagende politische Hauptrichtung an, fürchtete jedoch dann die potentiellen Auswirkungen derartiger politischer Schritte und brachte es schließlich fertig, diese Politik zu umgehen. Von nun an war er eifrig bemüht, die Vereinigten Staaten — wenn auch mit vermindertem Einsatz — im internationalen Spiel zu belassen. Zu diesem Zweck wandte er sich einem Konzept zu, das bislang in der amerikanischen Außenpolitik wenig praktiziert worden war,

Gideon Weigert:

Araber und Israelis S. 27

der „Balance of Power“, dem Gleichgewicht der Macht oder der Kräfte — ein aus der Mechanik in den politischen Bereich übertragener Begriff³⁾. Dieser Nixon-Entschluß sollte eine höchst eindrucksvolle Wende für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik darstellen und letztlich das Ende jener Politik der Dominanz und des Globalismus bedeuten, die für die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg so bezeichnend gewesen war. Washington legte weitgehend das ideologische Vokabular des Kalten Krieges ab und machte sich daran, mit seinen ehemaligen Feinden Moskau und Peking ins politische „Geschäft“ zu kommen.

Um diesen bedeutenden Wechsel realisieren zu können, benötigte Nixon ein „Alter Ego“ in Form einer Persönlichkeit, die vor allem mit den Prinzipien des internationalen Gleichgewichts vollkommen vertraut war. Im Dezember

¹⁾ Siehe zur Problematik „Vietnam“: Dieter O. A. Wolf, „Präsidentenkrieg“ in Vietnam? Kompetenzen, Entscheidungsverfahren und Verhalten von Präsident und Kongreß im Indochinakonflikt, München und Wien 1973.

²⁾ Siehe zur Frage des „Neoisolationismus“ etwa: Michael Roskin, What 'New Isolationism'? in: Foreign Policy, Spring 1972.

³⁾ Siehe zum Gleichgewicht der Macht, ein Begriff, der in mehrfacher Bedeutung gebraucht wird: Hans-Adolf Jacobsen, Balance of Power, in: Internationale Beziehungen, Fischer-Lexikon, Frankfurt/M. 1969, S. 35 ff.

1968 ernannte er den 43jährigen Professor Henry Alfred Kissinger vom Harvard-Studienzentrum für internationale Angelegenheiten, der sich durch Veröffentlichungen und Beratung der amerikanischen Regierung einen Namen gemacht hatte und als europaorientierter Allianztheoretiker und Verteidigungsexperte galt, zu seinem Berater für Fragen der nationalen Sicherheit.

Da zunächst beachtet werden sollte, daß Kissinger lediglich Nixons persönlicher Berater war und damit seine politische Handlungsfähigkeit durch die entsprechenden Richtlinien seines Arbeitgebers limitiert war, ergibt sich zu Beginn dieser Untersuchung die Frage, in welchem Maße Kissinger zu Anfang der siebziger Jahre die US-Außenpolitik beeinflusste.

Kissinger beteuerte in diesem Zusammenhang oft, daß er wenig mehr sei als ein guter und treuer Diener Nixons, der dem Präsidenten Optionen zur Wahl vorlege und nur dann Ratschläge erteile, wenn man ihn darum bäte. Diese Beteuerung Kissingers zieht natürlich die Frage nach sich, wie oft Nixon wirklich seinen Berater konsultierte, was sicherlich ziemlich häufig geschah. „Offen gestanden, ich kann mir nicht vorstellen, wie die Regierung

ohne Sie aussähe“⁴⁾, so schrieb Nixon in einem persönlichen Brief an Kissinger, nachdem dieser sich nach den beiden ersten Jahren entschlossen hatte, seine Arbeit im Weißen Haus fortzusetzen und somit nicht an die Universität Harvard zurückzukehren. Die beiden Männer waren jedoch keine persönlichen Freunde; Freunde hatte und hat Nixon nur wenige.

Vielleicht läßt sich für diesen frühen Zeitpunkt über die Beziehungen zwischen Nixon und Kissinger sagen, daß sie mehr komplementärer Art waren. Die beiden Männer brauchten einander; Nixon bestimmte die allgemeinen Richtlinien der Politik und lieferte die Macht, während Kissinger sich dem „schöpferischen Denken und der langfristigen Planung“⁵⁾ widmete, die politischen Schritte ausarbeitete und sie oft persönlich ausführte.

Kissinger wurde in diesem Zusammenhang so intensiv tätig, daß er den Präsidenten in den Nachrichtenmedien häufig in den Hintergrund drängte. Er ragte überdies sowohl aus der relativ farblosen, nichtintellektuellen Nixon-Administration als auch gegenüber seinen Vorgängern McGeorge Bundy und Walt Rostow hervor.

II. Henry A. Kissinger: Werdegang und wissenschaftliche Arbeit

Kissinger ist Jude, Deutscher von Geburt (geboren in Fürth, Bayern, 1923), geschieden, „Career Scholar“ im Bereich der Internationalen Politik und — das ist besonders relevant — eine Persönlichkeit, die einem Präsidenten direkt diente, ohne jemals vorher offizielle Positionen in den konventionellen Zweigen der Regierung (wie z. B. State Department oder Militär) oder Kongreß bekleidet zu haben.

Die ersten drei der oben angesprochenen Aspekte — Jude, als Deutscher geboren und geschieden — sind wahrscheinlich ziemlich irrelevant. Einige Amateurpsychologen meinen, daß Alfred Heinz (so hieß er ursprünglich) Kissingers Kindheit, die er bis zum Alter von 15 Jahren in Nazideutschland verbracht hatte, seine Psyche angegriffen und ihn zu dem Konservativen gemacht haben müsse, der er wurde. Zum einen stellt sich hier die Frage, warum eine solche Erfahrung einen Menschen eher zum Konservativen als zum Linken oder zum Zionisten (Kissinger zeigte wenig Inter-

esse an jüdischen Angelegenheiten) machen sollte. Und zweitens hat Kissinger immerhin seine Kindheitserfahrungen mit der nicht ganz unplausiblen Behauptung abgetan, daß sie „keinen Schlüssel zu irgend etwas“ bedeuteten: „Ich war nicht bewußt unglücklich . . . und mir dessen, was geschah, gar nicht so direkt bewußt.“⁶⁾ Als einzig unbestreitbarer Überrest aus seinem Leben vor 1938, dem Jahr, in dem seine Familie nach den USA emigrierte, verblieb sein leichter deutscher Akzent.

Kissinger scheint keinen besonderen Groll gegen Deutschland gehegt zu haben; er meldete sich auch nicht freiwillig zum Militärdienst, sondern wartete die Einberufung 1943 ab. Nachdem er im Jahre 1941 sein Abitur mit den besten Noten bestanden hatte, belegte Kissinger Abendkurse in Buchführung am New

⁴⁾ Washington Post vom 21. Januar 1971, S. A 19.

⁵⁾ Vgl. New York Times vom 2. Dezember 1968.

⁶⁾ New York Times Magazine vom 14. November 1971, S. 107.

Yorker City College und arbeitete tagsüber in einer Rasierpinselabrik.

Durch seine Erfahrungen in der Armee wandelte sich seine bürgerliche Orientierung schnell in eine mehr intellektuelle Richtung. Eine Schlüsselrolle in diesem Zusammenhang scheint der Oberst Fritz Krämer — ein auch in Deutschland geborener Emigrant, der zwei Doktorhüte besaß und 16 Jahre älter als Kissinger war — gespielt zu haben. Die beiden Männer trafen sich in der 84. Infanteriedivision; Krämer scheint den Intellekt seines jüngeren Freundes angesprochen zu haben. „Er sagte mir, daß ich einen guten politischen Kopf habe“, erinnert sich Kissinger viele Jahre später. „Dies war ein Gedanke, der mir noch niemals gekommen war“⁷⁾. Krämer muß auch einige sehr gute Anstellungen für Kissinger arrangiert haben, so z. B. eine Dolmetschertätigkeit für einen General, der einen deutschen Distrikt in der Besatzungsregierung verwaltete und später — nachdem Kissinger 1946 die US-Army als Stabsfeldwebel verlassen hatte — eine Lehrtätigkeit als gut bezahlter Zivilist an der Nachrichtenschule des Heeres (US-Army Intelligence School) in Oberammergau.

Zu diesem Zeitpunkt schien sich Kissinger allerdings bereits zu einer intellektuellen Karriere entschieden zu haben. Im Herbst 1946 immatrikulierte er sich mit einem Stipendium des Staates New York an der Harvard Universität, der renommiertesten Universität der Vereinigten Staaten. Die akademische Auszeichnung eines „Phi Beta Kappa“ nahm Kissinger im Vorbeigehen mit, dann eilte er über einen Bachelor of Arts in Regierungslehre im Jahre 1950 und einen Master of Arts im Jahre 1952 weiter zur Promotion 1954. Sein Mentor während dieser Zeit war Professor William Yandell („Wild Bill“) Elliott, ein stark antikommunistisch ausgerichteter Gelehrter auf dem Gebiet der Internationalen Politik. Kissinger widmete ihm sein Buch „A World Restored“: „Professor William Y. Elliott . . . , dem ich geistig und menschlich mehr verdanke, als ich ihm je werde zurückerstatten können“⁸⁾. Die Vermutung liegt nahe, daß Kissinger seine anfängliche sogenannte „cold war orientation“ zumindest teilweise von Elliott übernommen hat.

⁷⁾ Boston Evening Globe vom 3. Mai 1972, S. 2.

⁸⁾ Henry A. Kissinger, A World Restored: Metternich, Castlereagh and the Problems of Peace, 1812 bis 1822, Boston 1957 (siehe Vorwort).

1949 heiratete Kissinger als „undergraduate“-Student Ann Fleischer, die ebenfalls deutsch-jüdischer Abstammung war. Die Ehe wurde 15 Jahre später geschieden; Kissinger sah jedoch häufig Sohn und Tochter.

Kissingers intellektueller Grundstein wurde mit seiner 1954 fertiggestellten Dissertation, einer vielbeachteten Analyse des Metternich'schen und Castlereagh'schen Machtspiels, der Methoden der Außenminister Österreichs und Englands, gelegt. Die Arbeit ist der Staatskunst dieser Persönlichkeiten gewidmet und

INHALT

- I. Nixon—Kissinger: Wandel in der US-Außenpolitik?
- II. Henry A. Kissinger: Werdegang und wissenschaftliche Arbeit
- III. Die strategische Debatte
- IV. Professor und Berater für außen- und sicherheitspolitische Fragen
- V. Grundlagen des Kissinger-Gerüsts
- VI. Vietnam
- VII. Der Nationale Sicherheitsrat
- VIII. Innen- und außenpolitische Probleme
- IX. China, die Sowjetunion und Deutschland
- X. Der Waffenstillstand in Vietnam: Ein Erfolg?
- XI. Westeuropa, Japan und Südasien
- XII. Fazit einer Analyse

behandelt die letzten Jahre der französischen Revolutionskriege, die Wiederherstellung des Friedens auf dem „Nachlaß“ der revolutionären Politik Napoleons, die Errichtung einer internationalen Ordnung und die Schaffung einer längeren Periode der Stabilität mittels einer Politik der Mäßigung und des Gleichgewichts der Kräfte, ein Problem, das sowohl den Wissenschaftler als auch den späteren Politiker Kissinger in seinen Bann nahm. Die Doktorarbeit wurde 1957 veröffentlicht⁹⁾.

Nach den späteren Begriffen der Politischen Wissenschaften war seine Dissertation insofern durch und durch „traditionell“, als er keine „Variablen“ oder Statistiken zur Validation trivialer Hypothesen gebrauchte. Statt dessen vertiefte sich Kissinger in die Aufzeichnungen

⁹⁾ Kissinger, A World Restored, a. a. O.

(von denen viele in deutscher und französischer Sprache geschrieben waren) der beiden Hauptakteure Metternich und Castlereagh und malte in großen Zügen ein Bild des Gleichgewichts der Kräfte in seiner klassischen Periode. Der Fachbereich Politische Wissenschaften, wie wir ihn heute in den Vereinigten Staaten kennen, würde einen solchen „Weisheits“-Ansatz wahrscheinlich mit Geringschätzung bedenken und den Studenten auf die historischen Seminare verweisen (die wiederum die Studie als meta-historisch abwerten könnten). Nicht zuletzt ist es wohl der Großzügigkeit Harvards zu verdanken, daß diese Thematik angenommen wurde. Die Arbeit enthielt mindestens genauso viel Geschichte wie Politikwissenschaft¹⁰⁾, eine Kombination, die in den beiden vergangenen Jahrzehnten unüblich geworden ist und eine empfindliche Lücke in der Forschung der Internationalen Politik hinterlassen hat.

Was auch ansonsten über die sog. „traditional-versus-behavioral“-Debatte in der Sozialwissenschaft gesagt werden mag, Kissingers Ansatz destillierte ein bißchen Weisheit — obwohl es teilweise an der empirischen Nachweisbarkeit mangelte —, die für die praktische Politik von einiger Bedeutung sein konnte. Und genau das war Kissingers Absicht.

Obwohl seine Dissertation angeblich das Europäische „Kongreß-System“ — das Gleichgewicht der Kräfte, das die 1814/15 in Wien versammelten Staatsmänner zur Beendigung der napoleonischen Kriege erneut geschaffen hatten — vor über eineinhalb Jahrhunderten behandelte, scheint diese Arbeit doch deutlich als Sprungbrett bestimmt gewesen zu sein, ihren Autor in die weltpolitischen Probleme des 20. Jahrhunderts hineinzusetzen. Die historische Parallele mit der Gegenwart der fünfziger Jahre ist deutlich zu sehen. Diesbezüglich läßt sich auch feststellen, daß er die von Metternichs Zeitalter abgeleiteten Erkenntnisse und Weisheiten vollständig in seinen Bestseller „Nuclear Weapons and Foreign Policy“, der auch im Jahr 1957 erschien, übernommen hat. Er benutzt sogar die gleichen klassischen Aussagen auf Seite 1 beider Bücher:

„Es kommt nicht von ungefähr, daß die Nemesis eine tragende Figur der Geschichte ist, die den Menschen vernichtet, indem sie

¹⁰⁾ Kissinger u. a. in seinem Vorwort zu „A World Restored“: „Carl J. Friedrich ermutigte mich in meinem Versuch, eine historische Studie mit einer solchen mehr politischen Art zu vereinen“.

seine Wünsche anders erfüllt, als er es sich dachte, oder aber seinem Streben zu sehr nachgibt.“¹¹⁾

„In der griechischen Mythologie haben die Götter manchmal den Menschen dadurch gestraft, indem sie seinem Streben zu sehr nachgaben.“¹²⁾

Kissinger stellte nur für ein einziges Buch, das auch eine umfangreiche Bibliographie enthält, wissenschaftliche Untersuchungen an: „A World Restored“, seine vormalige Dissertation. Die danach folgenden vier Bücher und über 40 Artikel, die eher für Politiker als für Wissenschaftler bestimmt waren, enthielten praktisch weder wissenschaftliche Untersuchungen noch Dokumentationen. Eine Ausnahme hiervon dürfte sein ausgezeichnetes Essay über Bismarck¹³⁾ aus dem Jahre 1968 darstellen, das in der „Zeitschrift der amerikanischen Akademie der Künste und Wissenschaften“ (Daedalus) erschien. Die anderen Arbeiten reflektierten ganz einfach Kissingers Denkweise über derzeitige strategische und diplomatische Probleme, von nur geringem Beweismaterial gestützt, aber sauber in Argumentation und Stil. Kissinger schien das Wissen, das er aus seiner Metternich-Studie destilliert hatte, immer für die gegenwärtige Lage anwendbar zu halten.

In Kissingers Dissertation sind relevante Aufschlüsse für seine spätere außen- und sicherheitspolitische Praxis zu finden, die bis in den Bereich der Nuklearproblematik hineingehen. Die beiden Hauptmotive seiner Überlegungen sind: *revolutionäre* Macht, die ein unstabiles, und *legitime* Macht, die ein stabiles internationales System erzeugt. Ein stabiler Friede (Frieden gedacht als Verhinderung des Krieges) erfordert eine allgemein akzeptierte „*Legitimität*“, die in diesem Zusammenhang allerdings nicht mit Gerechtigkeit verwechselt werden darf, sondern mehr im Sinne eines internationalen „*Arrangements*“ über das Wesen *erlaubter* Ziele und Methoden der Außenpolitik zu sehen ist. Diplomatie wird innerhalb dieses allgemein als legitim akzeptierten Systems als Instrument zum Ausgleich der auftretenden Gegensätze benutzt. Sollte jedoch ein Staat dieses Gefüge ablehnen, so geht es um das

¹¹⁾ Ebenda, S. 1.

¹²⁾ Henry A. Kissinger, Nuclear Weapons and Foreign Policy, Garden City 1958, S. 1.

¹³⁾ Henry A. Kissinger, The White Revolutionary: Reflections on Bismarck, Daedalus, 97 (Summer-1968), S. 888—924. Auch hier wird der Satz „But the gods sometimes punish pride by fulfilling man's wishes too completely“ verwendet; s. S. 890.

System selbst, und die Beziehungen zwischen diesem Staat und den anderen Staaten werden revolutionär. Ein Gedanke, der in seiner Konsequenz auch besagt, daß das Schicksal des internationalen Systems von seinem rückichtslosesten Mitglied abhängen kann. Der charakteristische Zug der revolutionären Macht liegt nicht nur darin, daß sie sich bedroht fühlt, einer Perzeption, die zum Wesen internationaler Beziehungen zwischen souveränen Staaten gehört, sondern von Relevanz ist, daß nichts die revolutionäre Macht beruhigen kann. So argumentierte Kissinger in seiner Dissertation, daß ein revolutionärer, im Alleingang befindlicher Staat (historisch gesehen Frankreich, gegenwärtige Kissinger-Perzeption: Sowjetunion und China) sich in einer Welt der Status-quo-Mächte notgedrungen stark verunsichert fühlen muß und dies zu mildern versucht, indem er — ohne sich unbedingt direkt bedroht fühlen zu müssen — nach absoluter Sicherheit strebt und damit letztlich andere Staaten bedroht. Dieses Verlangen des revolutionären Staates nach absoluter Sicherheit und damit der Zielsetzung der Neutralisierung als gegnerisch perzipierter Staaten führt zur absoluten Unsicherheit für alle, eines Zustandes, in dem die Diplomatie nicht mehr funktioniert. Diplomatie ist die Kunst, die Ausübung der Macht in Schranken zu halten, aber es liegt im Wesen einer revolutionären Macht, daß sie vom Glauben an die Richtigkeit der eigenen Sache getragen wird.

Ein revolutionäres System ruft a priori Kriege und Wettrüsten hervor, da alle Staaten sich von der Expansionspolitik des revolutionären Einzelgängers bedroht fühlen. Kissinger hob diese Problematik in seinem ersten Buch hervor: „Nur die absolute Sicherheit, also die Neutralisierung des Gegners, wird von ihr als ausreichende Garantie angesehen, mit der Konsequenz, daß das Verlangen eines Staates nach absoluter Sicherheit zur absoluten Unsicherheit für alle anderen führt. Unter solchen Umständen kann Diplomatie nicht funktionieren, jene Kunst, die Ausübung der Macht in Schranken zu halten . . .“¹⁴⁾

In einem als legitim akzeptierten internationalen System können Staaten vergleichsweise in Frieden miteinander leben, da sie ihre Existenz nicht durch irgendwelche revolutionären Kräfte bedroht sehen. Sie brauchen nicht nach der „absoluten“ Sicherheit zu streben, da sie sich auf ihre Nachbarstaaten ver-

lassen können. Staaten in einem revolutionären Weltssystem sind jedoch gezwungen, nach der unmöglichen „absoluten“ Sicherheit zu suchen, da sie zumindest in einige ihrer Nachbarstaaten kein Vertrauen setzen können.

Dies war eine Einsicht, die Wiederholung verdiente. Und Kissinger wiederholte sie über ein Jahrzehnt lang, wie z. B. in einem Artikel aus dem Jahre 1955:

„Und absolute Sicherheit für eine Macht bedeutet absolute Unsicherheit für all die anderen.“¹⁵⁾

und in seinem Buch „Nuclear Weapons“:

„Aber da absolute Sicherheit für eine Macht außer durch die Vernichtung all der anderen unerreichbar ist, kann sie nur durch eine Reihe von Gewalttätigkeiten, die in der Zerstörung des Vielstaaten-Systems und Ersetzung durch die Dominanz einer Macht gipfeln, erreicht werden. Die Suche nach der absoluten Sicherheit produziert unvermeidlich eine revolutionäre Situation.“¹⁶⁾

und wiederum im gleichen Werk:

„Und da absolute Sicherheit für die UdSSR absolute Unsicherheit für uns bedeutet, ist die einzig sichere Politik der Vereinigten Staaten . . .“¹⁷⁾

in „Necessity for Choice“ im Jahre 1960:

„. . . da absolute Sicherheit für ein Land absolute Unsicherheit für alle anderen bedeuten muß“¹⁸⁾,

und 1966 in einem Artikel:

„Aber absolute Sicherheit für ein Land bedeutet absolute Unsicherheit für alle anderen; sie kann nur erreicht werden, indem man andere Staaten in einen hilflosen Zustand versetzt.“¹⁹⁾

Viele Gedanken Kissingers aus den sechziger Jahren sind bereits in seiner Dissertation zu finden, manche sogar Wort für Wort. Kissinger hätte seine wissenschaftliche Arbeit ambitiös weiterentwickeln können, wenn er

¹⁵⁾ Henry A. Kissinger, American Policy and Preventive War. Yale Review, 44 (Spring 1955), S. 333.

¹⁶⁾ Kissinger, Nuclear Weapons, a. a. O., S. 44.

¹⁷⁾ Ebenda, S. 77.

¹⁸⁾ Henry A. Kissinger, The Necessity for Choice, New York 1960, S. 148.

¹⁹⁾ Henry A. Kissinger, Domestic Structures and Foreign Policy, Daedalus, 95 (Spring 1966), S. 519.

¹⁴⁾ Kissinger, A World Restored, a. a. O., S. 2.

strikt an einer einschlägigen Karriere festgehalten hätte. „A World Restored“ sollte an sich das erste Werk eines geplanten Triptychons über die Diplomatie des 19. Jahrhunderts sein. Die Wiederholungen in den Schriften Kissingers sind typische Kennzeichen für einen Mann, der gegen die Uhr arbeitet. Seine Zielsetzung war, maßgeblich

die praktische Politik zu beeinflussen, deshalb mußte er Bücher und Artikel „produzieren“, um seinen Namen bekanntzumachen. Dadurch ergab sich die unvermeidliche Tendenz, auf ein Wissen aufbauen zu müssen, das eher aus der Dissertation destilliert wurde, als daraus, daß man sich Monate oder gar Jahre absondert, um neuen Forschungen nachzugehen.

III. Die strategische Debatte

Kissinger schrieb nicht nur. Schon als Student in höheren Semestern an der Harvard Universität führte er andere Tätigkeiten aus — von der Führung des „Harvard International Seminar“, dem er bis 1969 vorstand, bis zur Beratung des „Operations Research Office“ und „Psychological Strategy Board“ der US-Army in Washington. Im Jahre 1954 zum Lehrbeauftragten für Regierungslehre in Harvard ernannt, besaß der junge Mann (31) die Tollkühnheit, sich für die freie Stelle des Redakteurs der erlauchten Vierteljahresschrift „Foreign Affairs“ zu bewerben. Obwohl er abgewiesen wurde, lenkte er doch die Aufmerksamkeit einflußreicher Förderer auf sich und wurde für 18 Monate zum Direktor eines größeren Forschungsprogramms ernannt, das sich mit der Frage beschäftigte, wie der Sowjetunion mit Mitteln knapp unterhalb der Schwelle eines totalen Krieges zu begegnen sei. Aufgrund der entsprechenden Studien entstand sein Buch „Nuclear Weapons and Foreign Policy“, das als Lektüre sowohl an den Universitäts-Seminaren über Sicherheitspolitik als auch im politischen Zentrum in Washington verlangt wurde.

Die Grundthese dieses Buches stellte keine Überraschung dar; sie reflektiert in Wirklichkeit nur die konventionelle Weisheit jener Jahre. 1954 hatte Außenminister Dulles eine Politik der „massive retaliation“, der massiven Vergeltung mit dem Mittel der strategisch-nuklearen Waffen formuliert, um jeglicher weiteren Expansion der Sowjetunion entgegenzutreten. Ohne Zweifel besaß diese Doktrin in den ersten Jahren nach der Verkündung einen hohen Abschreckungswert, da sie auf der absoluten nuklearen Überlegenheit der Vereinigten Staaten — der Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit dieser Strategie — basierte.

Jedoch wurde unverzüglich Kritik an der Dulles-Strategie laut. Bernard Brodie von der RAND Corporation veröffentlichte noch 1954 einen Artikel, der zu Vorbereitungen für eine Strategie der begrenzten Kriegführung drängte, um der Gefahr eines automatischen Atomkrieges auszuweichen²⁰⁾.

Dem Artikel von Brodie folgte eine Welle von Büchern und Artikeln, die die Strategie der massiven Vergeltung Ende der fünfziger Jahre angriffen²¹⁾. Sie beinhalteten im wesentlichen Neubearbeitungen und Variationen der Ausführungen Brodie's aus dem Jahre 1954: Das Vertrauen auf nuklear-strategische Vergeltungsmaßnahmen allein dränge die USA in die unhaltbare Situation, entweder potentielle, relativ geringfügige Aggressionen der Kommunisten zu ignorieren oder sie zum casus belli einer möglichen weltweiten Auseinandersetzung zu machen. Diese Argumentation gewann durch die Tatsache, daß die Sowjets gegen Ende des Jahrzehnts angeblich Sprengköpfe und Raketen entwickelt hatten, die mindestens ebenso gut, wenn nicht sogar besser als die der Vereinigten Staaten waren, an Bedeutung. Mit dem Ansteigen des sowjetischen Nuklearpotentials sank die Glaubwürdigkeit der Strategie der massiven Vergeltung; im Laufe der Jahre wurde die Notwendigkeit des strategischen Umdenkens immer dringender.

²⁰⁾ Bernard Brodie, *Unlimited Weapons and Limited War*, *The Reporter*, 11 (Nr. 18, 1954), S. 16—21.

²¹⁾ Morton Halperin, ein Kissinger-Schützling aus der Harvard-Zeit und Kissingers Abrüstungsexperte im „National Security Council“ bis 1971, stellte eine Bibliographie über die Literatur zusammen, die er für relevant hielt. Sie umfaßte 343 Titel. 1957 wurden 50 Arbeiten veröffentlicht; 1958 wurde durch das Erscheinen von 58 Büchern und Artikeln ein Höhepunkt erreicht; 1959 folgten weitere 52 Arbeiten. Halperin, *Limited War in the Nuclear Age*, New York 1963, S. 133 ff.

Auch Kissingers „Nuclear Weapons and Foreign Policy“ war eines dieser vielen Bücher und Artikel, die auf dieser Welle schwammen. Kissinger sagte ganz einfach das, was eine große Anzahl anderer strategischer Denker auch sagte. Seine Essays über den begrenzten Krieg bauten z. B. auf Gedanken von Gavin und Teller auf. Kissinger sagte es aber besser. Seine Analysen zeichnen sich durch Scharfsinn und ausgezeichnete Darstellung aus. Er stand weder abseits des militär-politischen „Hauptstromes“ noch führte er ihn an. Kissingers Kritik hatte nichts mit den fundamentalen Annahmen der amerikanischen Außenpolitik zu tun; es war mehr eine Kritik der Methoden. Er ließ die vorherrschenden Dogmen, daß der Kommunismus monolithisch und expansionistisch sei, vom Kreml kontrolliert werde und jene Kraft sei, die letztlich hinter dem Aufbruch in der Dritten Welt stehe, ungeprüft. Die konventionelle Weisheit der fünfziger Jahre, die in ihren Auswirkungen bis Ende der sechziger Jahre andauern sollte, besagte, daß alle Konflikte im Bereich der Auseinandersetzungen mit den Sowjets strategischer Natur seien und es sich bei keinem oder nur wenigen um bloße lokale und somit in ihrer Konsequenz regional begrenzte Streitigkeiten handele. Auch Kissinger akzeptierte diese Ansicht. So schrieb er u. a. in seinem Buch „Nuclear Weapons“, da die Vereinigten Staaten in die Strategie des „all-out war“ eingeschlossen seien (Strategie der massiven Vergeltung), könne sich der sowjetische Block mit dem Wachsen seines nuklearen Potentials und dem Übergang zum späteren Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten entscheiden, die peripheren Gebiete Eurasiens sich einzuverleiben²²⁾. Kissinger warf den Nahen Osten mit Korea und Indochina zusammen in einen Topf und bezeichnete diese Regionen als Gebiete, wo „aggressive sowjetische und chinesische Bewegungen vorgekommen sind“²³⁾. Die Möglichkeit, daß sowohl Indochina als auch der Nahe Osten eher die Szene intensiver lokaler, nationalistischer Konflikte als Teil einer sino-sowjetischen Umklammerungsbewegung sein könnten, fiel weder Kissinger noch den meisten Amerikanern auf. Natürlich drehte sich die strategische Diskussion dieser Jahre um das wachsende nukleare Potential

der Sowjetunion und die damit verbundene ständig sinkende Glaubwürdigkeit der Strategie der massiven Vergeltung, die letztlich im Falle eines Konfliktes nur die Wahl zwischen totalem Atomkrieg oder Kapitulation ließ. Die „graue Zone“ der Abwehr kleinerer und eventuell auch mittlerer militärischer Aktionen war einfach durch diese Strategie nicht abgedeckt. Das strategische Umdenken Ende der sechziger Jahre sollte dann zur Strategie der flexiblen Antwort (flexible response) führen.

Um dieser angeblichen kommunistischen Expansion an der eurasischen Peripherie entgegenzuwirken, befürwortete Kissinger (und viele andere zivile und militärische Strategen), daß die Vereinigten Staaten unverzüglich die Fähigkeit einer regional begrenzten Kriegführung, also die Möglichkeit der späteren „flexible response“, entwickelten. Kissinger unterschied sich jedoch in seinen Aussagen etwas von der Hauptkritik an der Strategie der massiven Vergeltung, indem er Nachdruck sowohl auf die Entwicklung der begrenzten nuklearen (also des Einsatzes von taktischen Nuklearwaffen) wie auch der konventionellen Option legte²⁴⁾. Die meisten Kritiker von Dulles und somit der Strategie der massiven Vergeltung befürchteten demgegenüber, daß jeglicher Gebrauch von Atomwaffen bald zu einem „all-out war“ eskalieren würde. Sie drängten auf Ausbau und Entwicklung konventioneller Streitkräfte, um dem Zwang eines jeglichen Nukleareinsatzes zu entgehen. Drei Jahre später revidierte auch der Atomstratege Kissinger seine Vorstellungen und ließ seine taktisch-nuklearen Erwägungen fallen, um sich der Meinung der anderen Kritiker anzuschließen.

Heute sind sich die Experten im allgemeinen darüber einig, daß sowohl ein taktisch-nukleares als auch ein konventionelles Potential als präventiver Schutz oder auch Abschreckung gegen regional begrenzte Kriege besondere Bedeutung verdienen.

Senator John F. Kennedy nahm die Debatte über die Strategie wieder auf, verband sie mit Warnungen und verwandte sie erfolgreich in seiner Wahlkampagne für die Präsidentschaftswahl. Kennedy löste den Streit bezüglich des „missile gap“, der Raketenlücke, in einer Rede

²²⁾ Vgl. Kissinger, Nuclear Weapons, a. a. O., S. 116.

²³⁾ Ebenda.

²⁴⁾ Ebenda, S. 145—168.

im Senat im Jahre 1958 aus, indem er darlegte, daß die kritischsten Jahre diesbezüglich zwischen 1960 und 1964 liegen würden.

Kissinger schloß sich der Kennedy-Auffassung an. In seinem Buch „Necessity for Choice“ aus dem Jahre 1960 schrieb er: „Für eine Zwischenzeit — vielleicht bis Mitte der 60er Jahre — wird die Verwundbarkeit unserer Vergeltungswaffen der sowjetischen nuklearen Erpressung eine sehr gute Gelegenheit bieten . . . bis zum Ausmaß der Drohung eines direkten Angriffes auf die Vereinigten Staaten.“²⁵⁾

Nach Kennedys Amtseinsetzung 1961 gestanden die Demokraten jedoch etwas einfältig, daß es keine Raketenlücke gegeben habe. Somit war Kissinger durch die Wahlkampfübertreibung, wie viele andere übrigens auch, im militärstrategischen Bereich „gefallen“. In Wirklichkeit war das Raketenangebot der Vereinigten Staaten, wie u. a. Arnold Horelick von der RAND Corporation argumentierte, so umfassend, daß das Motiv der Russen, 1962 ihre Raketen auf Kuba zu stationieren, durchaus ein Versuch gewesen sein könnte, die eigene strategische Schwäche auszugleichen²⁶⁾. Wir dürfen in diesem Zusammenhang Kissingers Ausspruch nicht vergessen, daß die absolute Sicherheit einer Macht absolute Unsicherheit für alle anderen Staaten bedeutet.

Auf einer allgemeineren Ebene teilte „Necessity for Choice“ gänzlich die „Bangemacher“-Stimmung der Kennedy-Kampagne: „Die Art der Herausforderung kann wie folgt beurteilt werden: die Vereinigten Staaten können sich nicht noch einmal einen (militärischen, Anm. d. Verf.) Niedergang wie jenen, der die vergangenen 15 Jahre charakterisierte, leisten. 15 weitere Jahre einer Verschlechterung unserer Position in der Welt, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg erlebten, würden uns zu einem Fort Amerika in einer Welt, in der wir größtenteils irrelevant geworden wären, reduzieren.“²⁷⁾

²⁵⁾ Kissinger, *Necessity for Choice*, a. a. O., S. 39.

²⁶⁾ Arnold Horelick, *The Cuban Missile Crisis: An Analysis of Soviet Calculations and Behaviour*. *World Politics*, 16 (April 1964), S. 374—376.

²⁷⁾ Kissinger, *Necessity for Choice*, a. a. O., S. 1.

Kissingers Lösungsvorschlag war ebenfalls im Kennedy-Stil: Drastische Erhöhung der amerikanischen konventionellen Streitkräfte, insbesondere im Bereich des Heeres: „Mit 14 Divisionen — einige davon unterhalb der Sollstärke und schlechter ausgestattet als die der sowjetischen — sind wir nicht in der Lage, einen begrenzten Krieg gegen einen erstklassigen Gegner durchzustehen.“²⁸⁾

Zu dieser Kissinger-Aussage ist zu bemerken, daß während der ersten Amtszeit Nixons der Umfang des Heeres von fast 20 Divisionen auf 13 Divisionen verringert wurde, ohne daß Protest von Kissinger oder den meisten anderen führenden Verteidigungsexperten eingelegt wurde. Die Verfechter der regional begrenzten Kriegführung hatten sich ihre Finger in Vietnam verbrannt. Während Kennedys Präsidentschaft waren ihre Ideen verwirklicht worden: Sie erhielten ein größeres Verteidigungsbudget, eine erweiterte Armee, ein sog. „Counterinsurgency Committee“ einschließlich der berühmt-berüchtigten „Green Berets“ und Vietnam. Sie wollten den regional begrenzten Krieg, und sie bekamen ihn. Man könnte in diesem Zusammenhang an das von Kissinger häufig gebrauchte Bild der Nemesis erinnern, der Göttin der ausgleichenden Gerechtigkeit, die die Menschen bestraft, indem sie Wünsche zu vollendet erfüllt.

Man sollte jedoch zu Kissingers Gunsten bemerken, daß er seine Ansichten, wie übrigens viele andere amerikanische Intellektuelle, in großem Umfang änderte. Sie benutzten die Worte „Sowjet“ und „Kommunist“ nicht mehr im austauschbaren Sinne. Sie bezeichneten auch den größten Teil der Welt nicht mehr als „strategisch bedeutend“, und was besonders wichtig ist, sie verwarfen das monolithische Bild des Kommunismus und begannen die Zersplitterung des sino-sowjetischen Blocks zu bemerken. Der Kissinger des Jahres 1960 würde jedoch den Kissinger des Jahres 1970 nicht verstanden haben, wie er eben diese sino-sowjetische Spaltung auszunutzen verstand.

²⁸⁾ Ebenda, S. 95.

IV. Professor und Berater für außen- und sicherheitspolitische Fragen

Mit der Veröffentlichung seiner Bücher und Artikel machte auch Kissingers akademische Karriere Fortschritte. 1959 wurde er außerordentlicher Professor für Regierungslehre (associate professor of government) und 1962 ordentlicher Professor. Sein Seminar über Außenpolitik war eines der beliebtesten an der Harvard Universität, jedoch war er so tief in seine Beratertätigkeit verwickelt, daß er häufig nicht zu seinen Seminaren erschien.

Kissinger beriet u. a. Nelson Rockefeller, Gouverneur im Staate New York und in den sechziger Jahren ernsthafter Bewerber um die Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Die beiden Männer lernten sich durch die Ernennung Kissingers im Rahmen des bereits angeführten „Council on Foreign Relations Study Project“ kennen. 1956 verhalf Rockefeller Kissinger zu einem „Rockefeller-Fund“-Studienprojekt, das zu der Veröffentlichung des Buches „The Necessity for Choice“ führte. Zu dieser Zeit begann Kissinger, Rockefeller in außenpolitischen Angelegenheiten zu beraten (u. a. entwickelte er einen Friedensplan für Vietnam) und später Reden für ihn auszuarbeiten — eine Tätigkeit, die bis 1968 anhalten sollte. Kissinger hatte sich sogar einen Fernschreiber in sein Büro in Harvard installieren lassen, um Texte nach Albany, der Hauptstadt des Staates New York und Rockefellers Amtssitz, übermitteln zu können.

Auch in Washington war Kissinger als Berater tätig, so z. B. von 1961 bis 1962 im Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council, den Kennedy weniger als Entscheidungsinstrument denn als Diskussionsforum benutzte), von 1961 bis 1967 in der Behörde für Abrüstung und Rüstungskontrolle (US Arms Control and Disarmament Agency) und von 1965 bis 1969 im Auswärtigen Amt (State Department).

Rechtfertigen alle diese Berührungen Kissingers mit temporärer Macht den Verdacht des Opportunismus? Als Antwort scheint sich ein Ja anzubieten, jedoch mit zwei Einschränkungen: Zuerst die Feststellung, daß wahrscheinlich die meisten Politikwissenschaftler nach Macht streben. Es liegt klar auf der Hand, daß Kissinger zunächst einfach profiliert und erfolgreicher war. Alle Veröffentlichungen Kissingers, sogar seine Dissertation, bezogen sich auf die gegenwärtige Politik. Diese Aussage sollte nicht unbedingt als kritische Äußerung aufgefaßt werden; tatsächlich sind viele der Meinung, daß die Universität gegenüber der realen Welt praxisbezogen sein sollte. Zum anderen ist es nur zu verständlich und vollkommen in Ordnung, daß ein Wissenschaftler den Wunsch hat, zum Praktiker zu werden, vor allem, wenn er möglicherweise ein besserer Praktiker als Wissenschaftler ist. Nur in wissenschaftlicher Hinsicht ist es bedauerlich, daß Kissinger durch das Verlassen der akademischen Laufbahn niemals zu dem politischen Denker wurde, der er hätte werden können.

Nach der Veröffentlichung seiner zwei ersten Bücher, die beide im Jahre 1957 erschienen, brachte er wenig Neues. Ein in hohem Maße anthologisierter Artikel, „Domestic Structures and Foreign Policy“, war letztlich kaum mehr als eine aus Teilen von „World Restored“ (Kapitel 1), „Nuclear Weapons“ (Kapitel 3), „Necessity for Choice“ (Kapitel 6) und dem im Jahre 1965 herausgebrachten Buch „Troubled Partnership“ (Kapitel 7) zusammengeklebte Arbeit. Sie kann jedoch sehr empfohlen werden, weil sie auf ein paar Seiten die Hauptpunkte von Kissingers vier früheren Büchern bringt und somit eine sehr gute Zusammenfassung bietet.

V. Grundlagen des Kissinger-Gerüsts

Wir befassen uns mit Kissingers Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik und weniger mit seinen Verdiensten als Akademiker. Der Gelehrte Kissinger beeinflusste jedoch den Politiker Kissinger, indem er ihm einen Rahmen gab, mit dem er an internationale Probleme herantreten konnte. Die Anwendung

der Geschichte auf das gegenwärtige Atomzeitalter mit all seinen Kompliziertheiten war sein Streben. Für Kissinger war von höchster Relevanz, daß die Staatsmänner in Wien die napoleonische Tendenz zur Gewalt durch internationale Abkommen ergänzten, denen es zu verdanken war, daß ein allgemeiner Krieg

verhindert wurde. Das war die nicht nur von Kissinger anerkannte besondere staatsmännische Leistung von Metternich und Castle-reagh, in deren Methodik sich Kissinger vertiefte. Die Grundlagen seines Gerüsts waren:

1. *Ein festes Vertrauen in das „Balance-of-Power“-Konzept.* Obwohl Kissinger zugab, daß das klassische Balance-of-Power-Spiel für das Zwanzigste Jahrhundert unanwendbar war, kehrt er beharrlich zu den entsprechenden Konzepten und Formeln des Gleichgewichtes der Macht oder der Kräfte als des einzig vernünftigen Weges zur Konstruktion einer stabilen Weltordnung zurück. 1973 erklärte er zum Beispiel in einem Interview, daß die Balance of Power der Vergangenheit angehöre, daß wir aber „ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte haben müssen“. Um es noch einmal zu wiederholen, Kissinger hatte keine Formel, sondern eher einen flexiblen „general approach“, der nur zu sehr vom Scharfsinn und der Gewandtheit des Praktikers abhängig war. Der Friede, so wiederholte Kissinger, sollte nicht auf direktem Wege angestrebt werden; dieser Zustand könnte sich vielmehr ergeben, wenn die Staaten ohne Furcht ihre Forderungen sorgfältig auf den Bereich der nationalen Interessen beschränken würden. Er wandte diese Idee mehr auf das sowjetische, das er als rein defensiv betrachtete, als auf das amerikanische Verhalten an.

2. *Die Überzeugung, daß der sowjetische Block der destabilisierende Faktor sei.* Seinen Unterschied zwischen „legitimem“ und „revolutionärem“ Weltsystem — seinem wahrscheinlich bedeutendsten theoretischen Beitrag — in Anspruch nehmend, sah Kissinger im Kreml den internationalen Unruhestifter, die revolutionäre Macht, die das Gefühl hat, die Weltordnung erneuern zu müssen, um sich vor feindlichen äußeren Kräften zu sichern. Kissinger zeigte sich von der Welle des Revisionismus, die im Kielwasser der Vietnamproblematik auftauchte und das Verhalten der Vereinigten Staaten als einen relevanten Beitrag für die Weltspannung ansah, nicht berührt. Wie bereits erwähnt, war Kissinger in keinerlei Hinsicht ein Kritiker fundamentaler Annahmen, eher ein praxisbezogener „Veränderer“.

3. *Ein Glaube an die letzte Eingrenzbarkeit der sowjetischen Aggressivität.* In den sechziger Jahren erkannte Kissinger, daß die Zeit reif war, um die Weisheit der Staatsmänner von 1815 auf das Nuklearzeitalter anzuwenden. Kissingers subjektive Erkenntnis, daß so-

wohl die UdSSR als auch China nicht mehr zum Bereich der „revolutionären Staaten“ zu zählen waren, öffnete ihm später die Möglichkeit einer positiven Annäherung an diese beiden Staaten.

Kissinger war sich vollkommen über die Schwierigkeit von Verhandlungen zwischen einer Status-quo- und einer revolutionären Macht bewußt. Mehrmals gebrauchte er folgende Redewendung: „Diplomaten können sich treffen, aber sie können nicht mehr überzeugen, da sie aufgehört haben, dieselbe Sprache zu sprechen“²⁹⁾. Aber er war überzeugt, daß der Kreml schließlich dazu gebracht werden könnte, die Regeln einer „legitimen“ Weltordnung mitzuspielen, wenn die atlantische Gemeinschaft fest im Angesicht sowjetischen Expansionismus zusammenhielte und zur gleichen Zeit verständlich mache, daß sie die Existenz des sowjetischen Staates nicht bedrohen würde, d. h., daß die Russen letztlich nicht drohen würden, da sie ihrerseits selbst nicht bedroht würden. Kurz: Die USA und ihre Verbündeten müßten von einer Position der Stärke, aber unter Berücksichtigung der Interessen der anderen Seite verhandeln.

4. *Die Ansicht, daß Bürokratien für „policy innovation“ wertlos sind.* Man ist versucht zu behaupten, daß Kissinger die konventionellen Institutionen der amerikanischen Außenpolitik mit Geringschätzung bedachte; aber diese Annahme dürfte übertrieben sein. Kissinger sah nur den Widerspruch zwischen „Inspiration“ und „Organisation“. Die Inspiration bringe frische Ideen; der Verwaltungsapparat könne nur durch das Routinieren alter Ideen und Methoden funktionieren³⁰⁾. Obwohl beide benötigt würden, sollte man nicht erwarten, daß auch beide am selben Ort zu finden seien. Er kritisierte den aktuellen Pragmatismus als dominierendes Element der amerikanischen Diplomatie, dem u. a. die langfristige Perspektive fehle. Das State Department könne sich zwar mit der Abwicklung der täglichen Papierflut zufriedengeben, aber die amerikanische

²⁹⁾ Kissinger, *A World Restored*, S. 2; *Nuclear Weapons*, S. 44; *Domestic Structures*, S. 504. Raymond Aaron schrieb 1953 in einer französischen Zeitung: „Es gehören zwei dazu, um eine Einigung zu verhandeln, beide Seiten müssen dieselbe Sprache sprechen und denselben Prinzipien folgen.“ Zitiert in: Stanley Hoffmann ed., *Contemporary Theory of International Relations*, Englewood Cliffs 1960, S. 79 ff.

³⁰⁾ Kissinger, *A World Restored*, S. 317; *Nuclear Weapons*, S. 246.

Neigung, höhere Positionen mit Geschäftsleuten und Juristen vollzustopfen, die im allgemeinen eine Tendenz zur bürokratisch-pragmatischen Führung der Außenpolitik zeigten, produziere eher pragmatische „interoffice compromises“ als kühne neue Methoden und Ideen³¹⁾. Zur Anregung schlug Kissinger bescheiden vor, außenstehende Intellektuelle einzustellen, besonders solche, die ein Verständnis für die historischen Prozesse zeigten.

Wenn man Kissingers Orientierung kurz zusammenfassen müßte, könnte man sie mit dem vergleichen, was George F. Kennan behauptete, mit seiner „containment doctrine“ beabsichtigt zu haben. Kennan bestritt später, daß sein Artikel „X“, der 1947 veröffentlicht worden war, auf eine eingefrorene militärische und ideologische Konfrontation zwischen der Sowjetunion und dem Westen abgezielt hätte; die Doktrin sollte vielmehr als ein flexibles Werkzeug betrachtet werden, um den Russen internationales Benehmen beizubringen. Kissinger verstand Kennan wesentlich besser als seine Amtsvorgänger in der Nachkriegszeit, die die Idee des containment in eine Ideologie umwandelten. Es sollte bemerkt werden, daß sowohl Kennan als auch Kissinger denselben generellen „realist approach“ in der Internationalen Politik teilen³²⁾, also zur Schule des amerikanischen „Realismus“ gehören³³⁾. Die Kategorie der Macht ist für die Realisten die zentrale Determinante des außenpolitischen bzw. internationalen Handelns. Die

Verfolgung der nationalen Interessen (national interests) ist von höchster Relevanz für jedes außenpolitische Verhalten. Der Ansatz des Nationalinteresses, der von Hans J. Morgenthau entwickelt worden ist und von den Realisten vertreten wird, ist der weitgehendste Ansatz in der Disziplin der Internationalen Politik. „Er gehört zu den wenigen Versuchen, mit Hilfe einer zentralen Hypothese — hier um den Begriff des in Kategorien der Macht definierten Nationalinteresses organisiert — die Internationale Politik insgesamt und ihre wichtigen Einzelaspekte zu erklären.“³⁴⁾

Vielleicht erklärt das auch zum Teil, warum Kissinger keine prominente Position unter Kennedy und Johnson in Washington erhielt, da beide Präsidenten eher „globalistische Kreuzfahrer“ im Sinne eines traditionellen Dominanzdenkens als scharfsinnige „Balancers of Power“ waren. Der „can-do“-Enthusiasmus der Kennedy-Leute und „shoot-from-the-hip“-Stil Johnsons war mit Kissingers Sinn der Vorsicht und Beschränkung nicht zu vereinbaren. Ein anderer Faktor könnte McGeorge Bundy's Monopol des Zugangs zu Präsident Kennedy gewesen sein. Bundy, Kissingers langjähriger Kollege und ehemaliger Harvard Dean, mit dem er schon anlässlich seiner Dissertation richtungsweisende Gespräche geführt und einen Teil des Manuskriptes besprochen hatte, machte von der part-time-Beratung Kissingers wenig Gebrauch. Kissinger hatte allerdings auch kein Interesse, die zweite Geige zu spielen.

VI. Vietnam

Unter Johnson wurde Kissinger jedoch in den Vietnamkrieg verwickelt. 1965 besuchte er Südvietnam, um einen Bericht — einen pessimistischen — über das Jahr des größten amerikanischen Aufbaues abzugeben. 1967 half er über französische Kanäle, Verhandlungsführer auszustrecken und somit Kontakte zwi-

schen Washington und Hanoi herzustellen. Er reiste auch einige Male nach Paris, um Botschaften zu überbringen; diese unter dem Decknamen „Pennsylvania“ laufende Operation blieb bis zum Jahre 1972, als sie im Rahmen der Pentagon-Affäre enthüllt wurde, geheim. Kissinger veröffentlichte jedoch bis 1969 weder etwas über die Vietnamproblematik noch nahm er in auffälliger Weise öffentlich dazu Stellung.

Im Juni 1968 nahm Kissinger kurz an einem Kolloquium in Chicago teil, bei dem er zugab, daß Vietnam „ein sehr kritisches Versa-

³¹⁾ Kissinger, *Necessity for Choice*, S. 340—348; *Domestic Structures*, S. 515—517.

³²⁾ Vgl. James E. Dougherty und Robert L. Pfaltzgraff jun., *Contending Theories of International Relations*, New York 1971. — Siehe Realisten allgemein S. 65—101; Kennan, S. 80 ff.; Kissinger, S. 87 ff.

³³⁾ Siehe dazu Hans J. Morgenthau, *Macht und Frieden — Grundlegung einer Theorie der Internationalen Politik*, Gütersloh 1963.

³⁴⁾ Fischer-Lexikon „Internationale Beziehungen“, a. a. O., S. 283.

gen der amerikanischen Philosophie der internationalen Beziehungen" sei, und hinzufügte, daß Vietnam „mit den traditionellen Theorien des Gleichgewichts der Kräfte überhaupt nicht zu fassen ist“³⁵). Er unterließ es jedoch, irgendeine Verbindung zwischen Vietnam und seinem früheren Enthusiasmus für die Anwendungsmöglichkeit des begrenzten Krieges herzustellen und drang auch nicht auf einen sofortigen Rückzug der USA.

Laut Daniel Ellsberg, der die Pentagon-Papiere „enthüllte“ und der mit Kissinger in Harvard zusammengearbeitet hatte, „erklärte Henry Kissinger 1968 häufig in privaten Gesprächen, daß das angemessene Ziel der Politik der Vereinigten Staaten ein ‚annehmbares Intervall‘ — zwei oder drei Jahre — zwischen dem Rückzug der amerikanischen Truppen und einer kommunistischen Machtübernahme in Vietnam sei“³⁶). Kissinger selbst hat niemals öffentlich von der Idee eines „annehmbaren Intervalls“ im Hinblick auf ein Disengagement von Vietnam gesprochen.

Als Kissinger 1969 endlich selbst etwas über Vietnam veröffentlichte, glichen seine Perzeptionen Banalitäten. „Wir haben einen militärischen Kampf geführt, unsere Gegner einen politischen“, schrieb er auf der Basis jener konventionellen Einsichten, die schon seit Jahren von Bernard Fall und Sir Robert G. K. Thompson vertreten worden und inzwischen in den Washingtoner Debatten altbekannt waren. Kissingers Gedanken über den Rückzug waren jedoch bemerkenswert vorausschauend: Saigon würde als Hemmschuh wirken; man würde sich vor dem Waffenstillstand um Territorium schlagen; eine Saigon-Vietcong-Koalition würde undurchführbar sein — vor allem dann, wenn sie von Außenseitern aufgezwungen würde³⁷).

Kissinger war keineswegs für einen schnellen einseitigen Rückzug, um das Trauma Vietnam zu beenden. Obwohl er zugab, daß der Krieg von falschen Prämissen aus geführt worden sei, argumentierte er jedoch, daß das gewaltige amerikanische Engagement als solches die Vietnamproblematik nicht zu einer Sache werden lassen dürfe, über die die Vereinigten Staaten letztlich das Gesicht verlören:

³⁵) Zit. in: Richard M. Pfeffer, ed., *No More Vietnams?*, New York 1968, S. 13.

³⁶) Daniel Ellsberg, *Laos: What Nixon is Up To*. New York Review of Books vom 11. März 1971, S. 13.

³⁷) Henry A. Kissinger, *The Viet Nam Negotiations*, in: *Foreign Affairs*, 47 (Januar 1969), S. 214.

„Zweifellos hat die damalige [1961 und 1962] Unfähigkeit, die geopolitische Relevanz Vietnams adäquat zu analysieren, zu dem gegenwärtigen Dilemma beigetragen. Aber der Einsatz von 500 000 Amerikanern hat die Frage nach der Wichtigkeit Vietnams entschieden. Jetzt steht das Vertrauen in die amerikanischen Versprechungen mit auf dem Spiel. Wie modisch es auch sein mag, Begriffe wie ‚Glaubwürdigkeit‘ oder ‚Prestige‘ lächerlich zu machen, so sind sie doch keine leeren Phrasen; andere Nationen können ihr Handeln nur dann nach dem unseren ausrichten, wenn sie auf unsere Standfestigkeit zählen können ... Ein unilateraler Rückzug oder eine Regelung, die unbeabsichtigterweise auf dasselbe hinausläuft, könnte so nur Ablehnung hervorrufen und damit eine noch gefährlichere internationale Situation schaffen. Kein amerikanischer Politiker kann diese Gefahren von sich weisen.“³⁸)

Ein „Friede“ wurde in Vietnam zwischen den Vertragspartnern ausgehandelt, weil es sowohl für China als auch für die Sowjetunion wichtiger war, eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA als einen raschen Sieg Hanoi herbeizuführen. Auch die Nordvietnamesen lenkten zunächst einmal ein, da der Ausgang der Verhandlungen den Abzug der Amerikaner beschleunigte und die amerikanischen Bombardierungen beendeten. Kissinger erreichte einen prekären Frieden: Für Amerika war der Krieg zu Ende, für beide Teile Vietnams ging er weiter. Das Pariser Abkommen von 1973 lief in seiner Konsequenz auf einen einseitigen Abzug der US-Truppen hinaus. Kissinger hatte entweder ein schlechtes Gedächtnis oder besaß die Fähigkeit, seine akademischen Ansichten von seiner späteren politischen Praxis zu trennen.

Kissingers sorgfältige Rücksichtnahme sowohl auf die innenpolitische als auch die internationale Meinung scheint genau den Ansichten des neugewählten Präsidenten Nixon entsprochen zu haben. Nixon war ebenfalls dafür, die amerikanischen Truppen abzuziehen, jedoch sollte das in einer Weise geschehen, die in ihrer Konsequenz weder im Inland einen „Neo-Isolationismus“ noch im Ausland einen Verlust der amerikanischen Glaubwürdigkeit auslösen würde, mit anderen Worten: beide Männer hatten starke Elemente psychologischer Rücksichtnahme in ihrer Vietnam-Strategie.

³⁸) Ebenda, S. 218—219.

VII. Der Nationale Sicherheitsrat

Ende November 1968 bestellte Nixon Henry Kissinger zu ausführlichen Vorgesprächen nach New York. Die beiden Männer waren sich vorher nur einmal bei einer Einladung begegnet. Kissinger hatte bis dahin nicht viel von Nixon gehalten, zeigte sich jedoch nach den Gesprächen beeindruckt. Nixon, der spezielle Interessen und Kenntnisse auf dem Gebiet der Außenpolitik bekundete und schon seit einigen Jahren Kissingers Veröffentlichungen verfolgt hatte, ernannte ihn zum Präsidentenberater für nationale Sicherheitsfragen. Im folgenden Januar wurde Kissinger im Weißen Haus eingestellt. Sein Gehalt betrug \$ 42 000 pro Jahr.

Es wurde nur zu bald offensichtlich, daß Präsident Nixon in seinem Assistenten mehr als einen Berater sehen wollte. Kissinger wurde auch zum „executive secretary“ des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council — NSC) und zum Vorsitzenden des Planungsstabes³⁹⁾, bei dem „faktisch alle Fäden des außenpolitischen Entscheidungsprozesses unterhalb des Präsidenten zusammenlaufen“⁴⁰⁾, ernannt. Der NSC ist eine Institution, die 1947 zur Beratung des Präsidenten hinsichtlich der „Integration von Innen-, Außen- und Militärpolitik in bezug auf die Nationale Sicherheit“⁴¹⁾ geschaffen wurde und deren Bedeutung seit der Gründung ganz nach dem Stil des jeweiligen Präsidenten in ihrer Relevanz im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß schwankte. Der NSC, den man das amerikanische „Politbüro“ genannt hat, hatte unter Eisenhower eine wichtige Position eingenommen, unter Kennedy jedoch an Bedeutung verloren und wurde erst von Johnson wieder aufgewertet.

Nixon wertete die Bedeutung des NSC in der Entscheidungsbildung auf (Kissinger hatte an einer Studie über die Reorganisation des NSC für Nixon gearbeitet) und benutzte die Institution als Kontrollzentrum für alle wichtigen

³⁹⁾ Die Koordinierung und die Planung der einzelnen Sitzungen des NSC werden durch den aus Vertretern der einzelnen Departments und Abteilungen zusammengesetzten Planungsstab (NSC Planning Board), dessen Vorsitz der Sonderberater des Präsidenten für Nationale Sicherheitsfragen führt, ausgeführt.

⁴⁰⁾ Siehe zum National Security Council etwa Ekkehart Krippendorf, *Die amerikanische Strategie*, Frankfurt 1970, S. 93 ff.

⁴¹⁾ National Security Act, 1947, ergänzt 1949, 1958.

ausenpolitischen Fragen. Der Akzent sollte nunmehr auf der sog. antizipierenden Eventualplanung für auftretende Krisensituationen liegen und nicht mehr so sehr auf dem Aspekt des „Krisen-Managements“. Nach Nixons Vorstellungen sollte sich Kissinger mehr dem schöpferischen Denken und der langfristigen Planung widmen, während die Führung der Außenpolitik dem Außenminister überlassen werden sollte⁴²⁾. Der Reorganisator und wirkliche Meister des NSC war Henry Kissinger, der sehr bald viel wichtiger werden sollte als der Außen- oder der Verteidigungsminister.

Kissinger hatte einen Stab von 46 professionellen Assistenten und 105 administrativen Angestellten (mehr als doppelt so viel wie in der vorausgegangenen Johnson-Administration) mit einem jährlichen Budget von \$ 2,3 Mio. Der NSC-Stab beaufsichtigte die Entscheidungsgremien des State Department, des Pentagon und des CIA, ließ Studien, Berichte und Optionen einholen und strukturierte sie dann nach Kissingers Anordnungen. Während der ersten drei Jahre von Nixons Amtszeit entstanden unter der Aufsicht des NSC-Stabes mehr als 140 Studienmemoranden zur Nationalen Sicherheit in den traditionellen Abteilungen der klassischen Instrumente der Außenpolitik, die er manchmal zurückschickte, wenn er sie nicht als gründlich genug befand. 1969 z. B. erklärte der NSC-Stab die vom State Department verfaßten Studien nur zu „50 bis 70 % als akzeptabel“⁴³⁾.

Verständlicherweise fühlte sich das State Department in einem solch untergeordneten Status als zu geringschätzig behandelt, was schließlich zur psychologisch bedingten Beeinträchtigung der Effektivität führte. Allerdings befand sich das Außenministerium in Wirklichkeit schon seit längerer Zeit im Windschatten des Rahmens der präsidentiellen Entscheidungsvorbereitung, zumindest seitdem die Berater des Präsidenten und das Pentagon Vorrang in der Außenpolitik erlangt hatten. Kissingers NSC-Stab verschärfte lediglich die Fronten. Besonders stechend war 1971 die Bemerkung von Senator Stuart Symington, demokratischer Abgeordneter des Staates Missouri, daß Kissinger und nicht William P. Rogers „der tatsächliche Architekt unserer

⁴²⁾ Vgl. *Washington Post* vom 3. Dezember 1968.

⁴³⁾ Quoted by John P. Leacacos, *Kissingers Apparat*, in: *Foreign Policy*, Winter 1971—72, S. 5.

Außenpolitik" sei und daß man Rogers in Washington „auslache" 44). Präsident Nixon nannte diese Beschuldigung einen „billigen Witz" auf Kosten seines „ältesten und engsten Freundes im Kabinett" 45). Nichtsdestoweniger hatte Symington völlig recht, und jeder wußte das auch. Ausländische Botschafter z. B. trafen oft lieber mit Kissinger als mit Rogers zusammen.

Vom funktionalen Standpunkt aus gesehen war es unwahrscheinlich, daß die auf 36 600 Angestellte (im In- und Ausland) angeschwollene Bürokratie des Außenministeriums die Außenpolitik fest in ihre Hände nehmen konnte, vor allem, wenn man die empfindliche Vorsicht der Karrierebeamten im Auswärtigen Amt betrachtete und die Tendenz, Spitzenpositionen mit Rechtsanwältinnen (wie Rogers) zu besetzen, worüber Kissinger früher schon geschrieben hatte.

Der Stellenwert des State Department in der außenpolitischen Entscheidung war vom mehr oder weniger allgemeinen „Niedergang" dieses klassischen Instruments der Internationalen Politik seit Beginn des Zwanzigsten Jahrhunderts betroffen: „... Ein Niedergang, der das Resultat ist von Faktoren wie der radikalen Beschleunigung aller Kommunikationsformen, der weitgehenden Publizität zwischenstaatlicher Politik, der Ausweitung des Kreises von Beteiligten an der außenpolitischen Urteils- und Willensbildung, des Abbaues berufsständischer Codices usw. Er ist aber auch die Folge der zunehmenden Komplexität zwischenstaatlicher Beziehungen, die sich nicht mehr auf die traditionellen Funktionen der Diplomatie — Verhandlung mit anderen Regierungen, Informationsbeschaffung, Repräsentation und konsularische Aufgaben — beschränken lassen" 46).

Das Außenministerium als klassisches Instrument der Diplomatie war wichtig für die Wahrnehmung und Durchsetzung außenpolitischer Interessen des Landes, nicht jedoch für die Formulierung der Außenpolitik selbst. Es war eine Donquichotterie vorzuschlagen, den Primat in der Außenpolitik dem State Department zurückzuübertragen. Das Abwandern der politischen Entscheidung aus dem State Department war ein Prozeß, der schon lange Jahre andauerte und letztlich auch das Produkt einer

Anpassung an aktuell-politische Notwendigkeiten war. Vielleicht begann er schon mit Wilsons Colonel House und wurde mit Franklin Roosevelts Harry Hopkins wiederaufgenommen. Kennedy war so verbittert über die Langsamkeit des Außenministeriums, daß er zu meist unter Beratung von McGeorge Bundy seine eigene Politik betrieb. Johnson bediente sich in ähnlicher Weise Walt Rostows, eine „Kooperation", die bis zur gemeinsamen Planung von Bombenzielen in Nord-Vietnam ging. Mit Kissingers Ernennung zum Sonderberater jedoch wurde dieses Verfahren institutionalisiert. Allein schon diese Tatsache sollte einer von Henry Kissingers bedeutendsten Beiträgen zur amerikanischen Außenpolitik werden.

Es gab wenig Zweifel daran, daß Kissingers NSC-Stab die Politik — im Falle Nixons waren das „politische Optionen", aus denen er auswählte — besser formulierte als die traditionellen Ministerien. Selbst wenn ein Nixon nachfolgender Präsident versuchen sollte, dem State Department einige Kompetenzen für den Entscheidungsprozeß zurückzugeben, wird er sich wahrscheinlich dennoch gezwungen sehen, einen „Koordinator" plus Stab direkt zur Hand zu haben. Obwohl relativ ruhige Zeiten es zulassen könnten, daß die traditionellen Ministerien mehr Entscheidungen übernehmen, wären diese dann wohl mehr in den Bereich reiner Routineentscheidungen einzuordnen. Bis ruhigere Zeiten kommen — eine unwahrscheinliche Erwartung —, wird wohl jeder Präsident seinen eigenen Kissinger haben wollen.

Besonders peinlich für das State Department war die Tatsache, daß Kissinger nicht nur Nixons „Ideenlieferant", sondern überdies sein Vertreter oder „Agent" bei diplomatischen Verhandlungen war. Wichtige Angelegenheiten wurden nicht durch Botschafter oder das State Department in Washington wahrgenommen, sondern durch Kissinger persönlich. Kissinger übergab die US-Botschaft in Moskau in einer Art und Weise, daß ein amerikanischer Diplomat sich einmal beschwerte, er hätte seinen sowjetischen Kollegen im Ministerium aufsuchen müssen, um herauszufinden, worüber man gesprochen habe 47). Die amerikanischen Gesandtschaften in allen Teilen der Welt hatten nur zu oft das Gefühl, wenig mehr als Kissingers Hotel zu sein.

44) Washington Post vom 3. März 1971, S. A 1.

45) Washington Post vom 5. März 1971, S. A 1

46) Ekkehart Krippendorff, a. a. O., S. 246.

47) New York Times vom 8. Oktober 1972, S. 8.

Sowohl Kissinger persönlich als auch seine Mitarbeiter arbeiteten sehr hart. Er erwartete von seinem Stab eine Arbeitszeit, die bis zu 14 Stunden betragen konnte und hat manchen Mitarbeiter physisch „erledigt“. Kissinger erwartete strikte Loyalität; viele seiner Leute hatten nicht die Courage, gegenüber der Presse oder Dritten ihre eigenen Gedanken zu äußern. Kissinger arbeitete bis zu 18 Stunden am Tag. „Es kann diese Woche keine neue Krise mehr geben“, witzelte er oft, „mein Terminplan ist schon voll“. Viele Mitarbeiter aus dem NSC-Stab kündigten entweder unter dem Druck von Kissingers Forderungen oder, vor allem zur Zeit der US-Invasion im Kambodscha im Jahre 1971, wegen der Fortsetzung

des Vietnam-Krieges. Mitte 1971 war nur noch etwa ein Viertel seiner 28 ursprünglichen ständigen Mitarbeiter da⁴⁸⁾. In Washington kursierten viele Geschichten darüber, wie Kissinger seine Assistenten behandelte. So soll er z. B. über ein Telegramm des State Department so wütend geworden sein, daß er seinen Überbringer gegen eine Wand drängte und ihn 10 Minuten lang beschimpfte. „Bevor nicht einige Änderungen darin vorgenommen worden sind, werde ich dieses Telegramm nicht akzeptieren“, sagte Kissinger, „und Sie können zum State Department zurückgehen und dem Außenminister sagen ...“ Sein Opfer protestierte schließlich: „Aber Dr. Kissinger, ich arbeite doch für S i e!“⁴⁹⁾.

VIII. Innen- und außenpolitische Probleme

Rücksichtslos oder nicht, schon nach kurzer Zeit begann eine veränderte amerikanische Außenpolitik sichtbar zu werden. Nur zwölf Tage nach seiner Inauguration gab Nixon Kissinger bereits die Anweisung, über osteuropäische Kontakte Fühlung nach Peking aufzunehmen. Ebenfalls im Jahre 1969 begann Kissinger, sich heimlich mit Vertretern Nord-Vietnams in Paris zu treffen, um einen Kompromiß auszuhandeln, der in seiner Zielsetzung eine Beendigung des US-Engagements in Vietnam durch beiderseitige Wahrung des Gesichts anstrebte. Auf theoretischer Ebene arbeiteten Kissinger und sein Stab eine neue und limitierte politische Orientierung aus, die zum erstenmal Nixons Guam-Doktrin vom 25. Juli 1969 beeinflusste und für den Bericht zur „Lage der Welt“ 1970 sorgfältig ausgearbeitet wurde⁵⁰⁾.

Große Veränderungen waren zwingend. 1969 zeigten die Vereinigten Staaten Anzeichen einer gesteigerten Kriegsmüdigkeit. Bereits zu jenem Zeitpunkt war der Vietnamkrieg, der sich noch über weitere vier Jahre hinziehen sollte, der längste Konflikt in der Geschichte Amerikas (unter Berücksichtigung des auf 1961

zurückdatierten Kriegseintritts, wie es die Militärs tun). Die öffentliche Meinung reagierte zunehmend gereizt. Viel von der noch vorhandenen Unterstützung für den Krieg war infolge der psychologischen Rückwirkungen der Tet-Offensive von 1968 verpufft. Im Jahre 1968 war der Vietnamkonflikt in ein neues Stadium getreten. Der Verlauf des Jahres 1968 war durch die kommunistische Großoffensive in Südvietnam, die Einstellung des amerikanischen Luftkrieges gegen Nordvietnam, den Beginn der Vorgespräche in Paris und die Präsidentschaftswahlen, in denen sich Nixon für einen Rückzug aus Vietnam einsetzte, bestimmt. In den USA selbst kam es seit 1967 zu Massendemonstrationen und zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen Regierung, Öffentlichkeit und Kongreß. Johnsons Vision der „Großen Gesellschaft“ wurde nicht zuletzt durch das Vietnamengagement in Frage gestellt. Der Vietnamkonflikt überschattete das gesamte politische Leben; es lag auf der Hand, daß es Johnson nicht gelingen konnte, sowohl die erforderlichen Kredite vom Kongreß für die Fortführung des Krieges in Vietnam bewilligt zu bekommen als auch seine innenpolitischen Pläne zu verwirklichen. Johnson war es zwar gelungen, Öffentlichkeit und Kongreß über die wahre Bürde des Krieges hinwegzutäuschen, aber die Wirtschaft war nicht zu täuschen. Beginnend mit der größten US-Eskalation im Jahre 1965 geriet die überhitzte amerikanische Wirtschaft in eine inflationäre Spirale, die ihr Eigenleben entwickelte und auch mit Nixons Lohn- und Preiskontrolle nicht enden sollte.

⁴⁸⁾ I. M. Destler, Can One Man Do? In: Foreign Policy, Winter 1971—72, S. 35.

⁴⁹⁾ Washington Post vom 29. November 1970, S. H 1.

⁵⁰⁾ Siehe Richard M. Nixon, United States Foreign Policy for the 1970's. A New Strategy for Peace, A Report by the President of the United States to the Congress, 18. Februar 1970.

Die Inflation nährte ernste Zahlungsbilanzdefizite und drückte den Dollar im Ausland. Im August 1971 sah sich Nixon zu einem bislang undenkbareren Schritt gezwungen: zur Abwertung des Dollars. Diese so einschneidende Maßnahme bewirkte letztlich wenig und der Präsident mußte diese monetäre Politik im Februar 1973 wiederholen. Im ganzen gesehen verlor der Dollar ungefähr ein Fünftel seines Wertes in der Relation zur Deutschen Mark und zum Japanischen Yen sogar noch mehr. Zum erstenmal seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mußten die Vereinigten Staaten Handelsdefizite hinnehmen. Große Teile der US-Industrie und des Handels riefen nach einer protektionistischen Handelsgesetzgebung. Amerika entdeckte, daß es nicht mehr die erforderlichen Mittel zur Finanzierung militärischer Verpflichtungen in Übersee besaß.

Einerseits um Geld zu sparen und andererseits um eine Hauptquelle des Unmuts der Jugend Amerikas zu beseitigen, reduzierte Nixon die Truppenstärke von 3,5 Mio im Jahre 1968 auf 2,3 Mio im Jahre 1973. Die Kürzungen machten sich besonders hart beim Heer und den „Marines“, ohne die überseeische Interventionen unmöglich waren, bemerkbar. 1973 wurde die Wehrpflicht abgeschafft.

Am unangenehmsten für die Republikaner war, daß Nixon einem von Demokraten kontrollierten Kongreß gegenüberstand, der nach Möglichkeiten zur Lähmung der exekutiven Handlungen in der Außenpolitik zu suchen schien. Einerseits zu vorsichtig, um auf dem Höhepunkt des amerikanischen Engagements in Vietnam eine konkrete legislative Entscheidung gegen die exekutive Führung des Krieges zu fällen, versuchte „Capitol Hill“ andererseits, verlorenes Terrain und verlorene Zeit einzuholen, indem es die Entwicklungshilfeprogramme bremste und die 300 000 Mann starken US-Truppen in Europa zu reduzieren versuchte. Überdies stiegen die Bestrebungen, die War Powers (das verfassungsmäßige Recht, die Streitkräfte einzusetzen) des Präsidenten zu begrenzen⁵¹). Die Tonking-Golf-Resolution aus dem Jahre 1964⁵²) wurde in aller Stille widerrufen.

⁵¹) Siehe zur Problematik der War Powers: Dieter O. A. Wolf (zusammen mit Manfred Dausen), Die verfassungsrechtliche Problematik der War Powers in den Vereinigten Staaten, in: Politische Vierteljahresschrift, Mai 1974.

⁵²) Wolf, „Präsidenten-Krieg“ in Vietnam?, a. a. O., S. 113 ff.

Kissinger selbst stellte einen Hauptstörfaktor für den Kongreß dar. Durch das sog. „executive privilege“ vor direkten Untersuchungen des Kongresses geschützt, erschien Kissinger als eine Art „unberührbarer“ Außenminister, der weder durch den Senat im Amt bestätigt noch ihm verantwortlich war. Der Präsidentenberater berief sich darauf, regelmäßig, aber inoffiziell mit Mitgliedern des auswärtigen Senatsausschusses (Senate Foreign Relations Committee) zusammengetroffen zu sein. Wenn dem so war, so schienen diese Zusammenkünfte das Komitee allerdings nur wenig oder überhaupt nicht beruhigt zu haben. Ein von neuem sich rückversicherndes „Capitol Hill“ bedeutete eine weitere Begrenzung für eine Exekutivinitiative in Übersee, eine Möglichkeit, mit der Nixon zu rechnen hatte.

Jeder amerikanische Präsident hätte zu Anfang der siebziger Jahre das US-Engagement im Ausland begrenzen müssen. Nixon und Kissinger erschienen als die richtigen Männer zur richtigen Zeit; beide paßten in die Situation dieser Phase der US-Außenpolitik. Sie hatten ein Gefühl für die Grenzen des politischen Machbaren, das ihre demokratischen Vorgänger nicht immer hatten.

Dies soll nicht heißen, daß Nixon und Kissinger einen amerikanischen Rückzug vom globalen Engagement betrieben. Tatsächlich versuchten sie gerade einen solchen „neo-isolationistischen“ Rückzug zu verhindern. Nixon propagierte statt dessen einen stufenweisen, sorgfältig kontrollierten Rückzug vom Globalismus eines Kennedy. Als er 1969 auf Guam ganz informell mit Reportern sprach, erklärte Nixon, daß die Vereinigten Staaten für den Fall eines Angriffs einer Nuklearmacht einen atomaren Schirm für ihre Alliierten bereithalten würden und daß die asiatischen Nationen sich gegen andere Aggressionen jedoch selbst zu verteidigen hätten. Der Bericht zur Lage der Welt vom Jahre 1970 an den Kongreß, den Kissinger und sein Stab ohne Hilfe des Außenministeriums erstellt hatten, verdeutlichte die Konzeption: „Dies ist der Bericht über die Doktrin, die ich in Guam verkündet habe — die ‚Nixon-Doktrin‘. Ihre Zentralthese besagt, daß die Vereinigten Staaten an der Verteidigung und Entwicklung der Alliierten und Freunde teilhaben werden, daß Amerika aber nicht alle Pläne machen, nicht alle Programme ausarbeiten, nicht alle Entscheidungen treffen und nicht die ganze Verteidigung der freien Nationen der Welt übernehmen kann — und auch nicht will. Wir werden dort helfen, wo

es wirklich notwendig ist und in unser aller Interesse steht.“⁵³⁾

Um den frappanten Wandel in der Außenpolitik zu erkennen, braucht man nur (wie es viele Journalisten damals taten) diese Passage mit Präsident Kennedys Inaugurationsversprechen zu vergleichen, „daß wir jeden Preis bezahlen, jede Bürde auf uns nehmen, jede Härte ertragen, jedem Freund helfen und jedem Feind entgegentreten werden, um den Fortbestand und den Sieg der Freiheit zu sichern“⁵⁴⁾. Was hatte sich mehr verändert — der Geist Amerikas oder die Außenwelt?

Wie nicht anders zu erwarten, dachte Präsident Nixon, daß es vor allem Letzteres gewesen sei. In derselben Botschaft von 1970 zog Nixon einen scharfen Trennungsstrich zwi-

schen „damals“ und „heute“ in der Welt: „Damals waren wir mit einer monolithischen kommunistischen Welt konfrontiert. Heute hat sich die Natur dieser Welt verändert — die Macht einzelner kommunistischer Staaten ist gewachsen, aber die internationale kommunistische Einheit ist erschüttert worden. Einst ein mächtiger Block, ist seine Solidarität nun durch die gewaltigen Kräfte des Nationalismus gebrochen.“⁵⁵⁾

So half Kissinger, eine seiner früheren Thesen, der kommunistische Block sei monolithisch, zu begraben. Die Fragmentation der Roten Welt war schon seit einiger Zeit bekannt gewesen, aber erst die Qual des Vietnamkrieges trug dazu bei, diese Perzeption zum Bestandteil nationaler Politik zu machen.

IX. China, die Sowjetunion und Deutschland

Der Geist Amerikas hatte sich ebenfalls während der Vietnam-Ära so sehr verändert, daß eine Fernsehherklärung von Präsident Nixon am 15. Juli 1971, er würde Rotchina besuchen und Kissinger sei heimlich schon dort gewesen, um die Details auszuarbeiten, mit freudigem Erschrecken aufgenommen wurde. Am 21. Februar 1972 übertrug der TV-Satellit Bilder aus Peking, die zeigten, wie der alte „Hetzer gegen die Roten“ seine kommunistischen Gastgeber anstrahlte, und das amerikanische Volk war begeistert.

Nun könnte man einwenden, daß eine neue US-China-Beziehung schon seit einiger Zeit in der Luft gelegen habe. Die Kennedy-Administration machte bereits 1963 versteckte Bemerkungen, daß sich die Dinge zwischen den beiden Ländern ändern könnten. Peking streckte, wie man berichtet hatte, 1964 erste Fühler nach der Johnson-Administration aus. Und Ende 1968 war Peking, wie China-Experten zugaben, durch die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei derart aufgeschreckt, daß es klare Signale nach Washington aus-

sandte. Lyndon Johnson, der jedoch damit beschäftigt war, einen Krieg gegen vermeintliche Stellvertreter Rotchinas zu führen und außerdem von einem anachronistischen Außenminister, der darauf bestand, daß Peking nach seinem alten nationalistischen Namen Peiping genannt werden sollte, behindert wurde, hatte keine Möglichkeit, in neue Richtungen vorzustoßen — auch wenn er es gewollt hätte.

Nixon war dazu in der Lage, weil er sich selbst dahin gebracht hatte — wahrscheinlich mit Kissingers Hilfe. Nixon verstärkte seine Guam-Forderung nach asiatischer Selbsthilfe, indem er die US-Streitkräfte in Korea, Japan, Okinawa, Thailand und auf den Philippinen reduzierte, ganz zu schweigen davon, daß er mehr als eine halbe Million US-Truppen aus Südvietnam abzog. Zusätzlich lockerte er die Handels- und Reisebeschränkungen nach China. Peking verstand das amerikanische Vorgehen und signalisierte im April 1971 sein Interesse an einer Annäherung dadurch, daß es eine amerikanische Tischtennis-Mannschaft zu einer Reise durch China einlud. Dieser Durchbruch wurde unter dem Begriff „Ping-Pong-Diplomatie“ berühmt.

⁵³⁾ Siehe Richard M. Nixon, *United States Foreign Policy for the 1970's. A New Strategy for Peace, A Report by the President of the United States to the Congress*, 18. Februar 1970.

⁵⁴⁾ *Public Papers of the Presidents*, Washington: National Archives, Kennedy, 1961, S. 1.

⁵⁵⁾ Nixon, *United States Foreign Policy for the 1970's*, a. a. O.

Die Darstellung der neuen Chinapolitik hilft uns, Kissingers Rolle zu verstehen. Die Grundidee scheint nicht von ihm zu stammen. Nixon selbst zog schon mit diesem Gedanken an eine Politik der Detente in das Weiße Haus ein und trug seinem Assistenten auf, daran zu arbeiten. Aber die Ausführung der Idee lag fest in Kissingers Händen. Kissinger unternahm zwei Reisen nach Peking, um den Besuch des Präsidenten zu organisieren, und eine weitere Reise im Februar 1973, um ein weiteres erstaunliches Kunststück zu vollführen: ein Abkommen, nach dem beide Länder in den beiden Hauptstädten „Verbindungsbüros“ (lediglich dem Namen nach keine Botschaften) eröffnen konnten. Während der Besuche schmückte das Porträt Henry Kissingers die Titelseiten der chinesischen Zeitungen und später auch die der ganzen Welt.

Es erhebt sich die Frage, ob und inwieweit die China-Politik Präsident Nixons und seines außen- und sicherheitspolitischen Beraters Kissinger zu einem Durchbruch in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen geführt hat. In theoretischer Fragestellung: Erfüllte der Mächtegleichgewichts-Ansatz (Balance-of-Power-Approach) — oder auch „equilibrium of strength“, wie es Kissinger vorschwebte — seine praktische Funktion? Hat das Phantom einer stillschweigenden Entente zwischen Peking und Washington Moskau in eine neue und flexiblere Haltung gezwungen?

Sicher ist, daß im Jahre 1972 etwas in diesem Sinne geschah. Das erste Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Waffen im Anschluß an die sog. „Strategic Arms Limitation Talks“ (SALT I) vom Mai 1972 bestätigte die nuklear-strategische Ebenbürtigkeit der Supermächte. Das Abkommen enthält einen unbefristeten Vertrag über die Begrenzung von Waffensystemen zur Abwehr ballistischer Raketen und ein auf fünf Jahre begrenztes Interimsabkommen über die quantitative Begrenzung strategischer Offensivwaffen. SALT II mit der größeren Zielsetzung der Einbeziehung quantitativer und qualitativer Kriterien begann im Herbst 1973. Ein drei Tage andauernder Besuch Kissingers in Moskau (September 1972) brachte die zum Erliegen gekommenen Gespräche über die Ausweitung des bilateralen Handels wieder

in Schwung — im dringenden Interesse der stagnierenden sowjetischen Wirtschaft. Im November 1972 begannen in Helsinki die vorläufigen Gespräche über eine Europäische Sicherheitskonferenz (KSZE), Anfang 1973 in Wien über die gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte in Ost- und Westeuropa (MBFR).

Die Zeit des Kalten Krieges wurde mehr und mehr Vergangenheit. Aber warum? Ehe man übertriebenes Vertrauen in das Konzept der „Balance of Power“ setzt, sollte man sich vielleicht bewußt werden, daß die *conditio sine qua non* der sowjetisch-amerikanischen Entspannung die Beilegung der deutschen Frage durch die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR vom 12. August und mit Polen vom 7. Dezember 1970 durch Bundeskanzler Brandt war. Bonn hat im wesentlichen mit Unterzeichnung des Vertragswerkes den bestehenden territorialen Status quo anerkannt. Der am 21. Dezember 1972 abgeschlossene Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten bestätigte Bonns Billigung der Kriegsfolgen durch Anerkennung (nicht Legalisierung) der Teilung Deutschlands als eines voraussichtlich permanenten Faktes.

Die Schnelligkeit, mit der sich die Beziehungen zwischen Washington und Moskau zu dieser Zeit verbesserten, lassen, was die Russen betrifft, vermuten, daß der Kalte Krieg zu einem beträchtlichen Teil in der politisch territorialen Frage deutscher und sowjetischer Grenzen, unabhängig von aller Ideologie, bestand. Aber welchen Anteil an der Entspannung in Europa hatte Brandts Ostpolitik und welchen die sowjetische Notwendigkeit der Verlegung eines Teiles der in Osteuropa stationierten Truppen an die chinesische Grenze? Vielleicht läßt sich als Fazit dieser Überlegungen am besten sagen, daß sowohl Brandts Wahl zum Kanzler der Bundesrepublik als auch die militärischen Zusammenstöße am Ussuri (beide im Jahre 1969) in ihrer Konsequenz ein günstiges Zusammentreffen für den Frieden in Europa bedeuteten. Überdies sollte die Feststellung getroffen werden, daß die Nixon-Kissinger-Politik faktisch auf eine stillschweigende Anerkennung sowjetischer und chinesischer Positionen in Europa bzw. Asien hinauslief. Durch die Befürwortung der Brandt-Verträge akzeptierten die Vereinigten Staaten die Teilung Deutschlands und somit implizite die Teilung Europas. Mit der Annäherung an

Peking überließen es die Amerikaner den Nationalchinesen auf Taiwan, über ihre Zukunft mit den Rotchinesen zu „verhandeln“. Die einzigen Einwände, die gegenüber diesen realpolitischen Anpassungen kamen, wurden von rechtsgerichteten Kräften vorgetragen,

die darüber bestürzt waren, daß die Vereinigten Staaten gegenüber dem Kommunismus nachgaben. Diese Ansicht trug letztlich einen Funken Wahrheit in sich; Amerika gab nach, aber nicht gegenüber dem Kommunismus, sondern gegenüber der politischen Realität.

X. Der Waffenstillstand in Vietnam: Ein Erfolg?

Wenn auch das amerikanische Rapprochement mit der UdSSR und China vom Erfolg getragen war, so waren einige andere Schritte Nixons und Kissingers weniger erfolgreich. 1973 dürfte Kissingers spektakulärer Erfolg das am 27. Januar mit den Nordvietnamesen und dem Vietkong abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen gewesen zu sein. Vier Jahre hatte Kissinger an der Lösung dieser Problematik gearbeitet, insgesamt 24 Besuche in Paris gemacht, zuerst geheim, aber später in Begleitung vieler Journalisten außerhalb des vorstädtischen Konferenzplatzes ⁵⁶⁾.

Obwohl Nixon den Waffenstillstand einen ehrenvollen Frieden („peace with honor“) nannte, behaupteten Kritiker, daß diese Feststellung nicht zutrefte und ein ähnliches Abkommen bereits vier Jahre vorher hätte getroffen werden können. Kissinger beanspruchte dieser kritischen Argumentation gegenüber, daß vor dem 8. Oktober 1972, einem Zeitpunkt, zu dem Hanoi plötzlich dem amerikanischen Verlangen, die Frage der Waffenruhe vom Problem einer politischen Lösung in Saigon zu trennen, nachkam, „kein Geschäft möglich war“. Die Amerikaner wollten einen Waffenstillstand, der ihnen die Herauslösung der verbliebenen amerikanischen Truppen aus dem Konflikt und die Rückgabe der Gefangenen ermöglichte. Die Kommunisten hatten verlangt, daß der südvietnamesische Präsident Thieu von den USA fallengelassen und die politische Macht in die Hände einer Koalitionsregierung, die sie dominieren würden, übergehen solle. Nixon und Kissinger lehnten dieses Ansinnen kategorisch mit der Begründung ab,

daß die Realisierung eines solchen Verlangens im Resultat auf den Verrat an einem Alliierten in Kriegszeiten hinauslaufen würde.

Kein Zweifel, das Pariser Waffenstillstandsabkommen vom 27. Januar 1973 ⁵⁷⁾ überließ Saigon dennoch einer äußerst unsicheren Zukunft. Einen Tag nach Ablauf der im Abkommen festgelegten Frist wurde das militärische Engagement der Vereinigten Staaten in Vietnam durch den Abzug der letzten US-Truppen am 29. März 1973 beendet. Damit begann die „Nachkriegszeit“ — eine Phase, die durch weitere militärische Aktionen zwischen den beiden beteiligten vietnamesischen Parteien gekennzeichnet ist. Seit dem „Waffenstillstand“ wurden allein bis Mitte Juni 1973 etwa 30 000 Menschen getötet ⁵⁸⁾. Saigon sträubte sich heftig gegen den Vertragsentwurf, weil er 145 000 nordvietnamesische Soldaten (Thieu behauptet sogar 300 000) innerhalb der Grenzen Südvietnams ließ. Aber die Amerikaner wollten aus Vietnam heraus, und sie wollten ihre Gefangenen zurückhaben. Zögernd folgte schließlich Thieu dem amerikanischen Vorgehen.

Im Pariser Abkommen sind nur zwei wirklich operative Klauseln enthalten: Abzug der letzten, nur wenige Tausend zählenden US-Soldaten aus Südvietnam innerhalb von 60 Tagen und Entlassung der fast 600 amerikanischen Kriegsgefangenen durch die Kommunisten. Der Rest des Dokuments, eine vage und komplexe Abwandlung des Genfer Abkommens von 1955, war seiner Natur nach undurchführbar. Außer der Präsenz mehrerer nordvietnamesischer Divisionen im Süden, ließ das tigerfellartig verlaufende Muster kommunistischer und südvietnamesischer Kontrollen über das Land letzt-

⁵⁶⁾Die „offiziellen“ Pariser Friedensgespräche hatten in 174 Treffen nichts erreicht, außer vielleicht eine Übereinstimmung über die technischen Fragen wie Festlegung der Sitzordnung, Konferenzsprachen und Modalitäten der Eröffnung.

⁵⁷⁾Siehe dazu etwa Jacques Vernant, Das „Räderwerk des Friedens in Vietnam“, in: Europa-Archiv, Nr. 7 1973.

⁵⁸⁾Süddeutsche Zeitung vom 16. Juni 1973.

lich beiden Seiten die Möglichkeit, dasselbe Gebiet zu beanspruchen. Die dadurch entstehenden Dispute können praktisch nur durch Waffengewalt entschieden werden. Die aus Vertretern der Länder Kanada, Indonesien, Polen und Ungarn bestehende „International Commission of Control and Supervision“ kann höchstens Verletzungen der Abmachung „berichten“, vorausgesetzt, daß den entsprechenden Beobachtergruppen der Zutritt zu den Gebieten erlaubt und die Mitglieder der Gruppe sich selbst einig sind. Thieu sagte, daß er kommunistische politische Aktivitäten im Rahmen der im Abkommen vorgesehenen Vorbereitungen für die Nationalwahlen nicht tolerieren würde. Die Nordvietnamesen konnten wiederum der Versuchung, in Abwesenheit amerikanischer Bombenangriffe Menschen und Material auf dem Ho Chi Minh-Pfad heranzubringen, nicht widerstehen. Der Kampf hörte nicht auf. Als Ende März die letzten amerikanischen Soldaten Saigon verließen, grübelte ein Journalist: „Ich möchte gern wissen, ob dies die letzte Woche des zweiten indochinesischen Krieges oder bereits die erste Woche des dritten ist.“

In Anbetracht dieser Situation muß sich die kritische Frage aufdrängen, warum Kissinger sich öffentlich optimistisch über einen positiven Verlauf auf der Basis des Abkommens geäußert hat. Es gibt drei vermutliche Motive. Zum einen, daß er es für die Öffentlichkeit tat. Er wollte sowohl das amerikanische Volk als auch den Kongreß überzeugen, daß die Nixon-Administration ein gutes Abkommen mit den Kommunisten abgeschlossen habe und daß ein potentieller späterer Zusammenbruch Südvietnams nicht Amerikas Schuld sein werde. Zum anderen war Kissinger anscheinend wirklich davon überzeugt, daß sowohl Moskau als auch Peking, die beide nun einigen Grund hatten, Washingtons gutem Willen entgegenzukommen, Hanoi vom Bruch des Waffenstillstands zurückhalten könnten und dies auch tun würden. Die dritte Motivation ergibt sich vermutlich aus Kissingers spieltheoretischem oder auch „Poker“-Denken mit der Überlegung, daß Nordvietnam genügend auf die amerikanische finanzielle und materielle Hilfe aus sei, die in der Januar-Übereinstimmung erwähnt und während seines Februar-Besuches in Hanoi diskutiert worden war, so daß Nordvietnam zumindest temporär seine langfristige Zielsetzung der vietnamesischen Vereinigung zügeln

werde. Dieser vorgeschlagenen Wirtschaftshilfe, die die Nixon-Administration als „investment in peace“ bezeichnete, stand allerdings im Kongreß eine heftige Opposition entgegen.

Glaubte der Harvard-Professor, der immer wieder auf die Unmöglichkeit wirklich effektiver Verhandlungen zwischen Status quo- und revolutionären Mächten aufmerksam gemacht hatte, daß er einen realisierbaren Frieden in Vietnam geschaffen habe? Die Verfasser dieses Artikels sind nicht davon überzeugt. Kissingers Minimalforderung war die Herauslösung der Vereinigten Staaten aus dem Vietnamkonflikt ohne Demütigung (eine Art „extrication without humiliation“). In diesem Zusammenhang müssen wir seine Idee des „decent interval“ vom Jahre 1968 noch einmal ins Gedächtnis zurückrufen. Die Fragilität des Pariser Waffenstillstandes vom Januar 1973 läßt vermuten, daß dieses Abkommen in letzter Konsequenz solch ein hinhaltender Plan (delaying device) war. Präsident Nixon muß nicht unbedingt mit diesen Ideen Kissingers absolut übereingestimmt haben. Kissinger verkündete zwar am 26. Oktober bei der Beschreibung des Vertragsentwurfs, daß eine friedliche Lösung kurz bevorstehe („peace is at hand“), aber anscheinend muß Thieu derart heftig reagiert haben, daß Nixon seinen Berater Kissinger für weitere drei Monate zum „Feilschen“ nach Paris zurücksandte und Hanoi bombardieren ließ. Möglicherweise war Kissinger auch etwas eifriger als Nixon in seinem Bestreben, die Vereinigten Staaten aus dem Vietnamkonflikt herauszubringen.

Die Vietnampolitik bedeutet mit Sicherheit eine schwere Belastung für Kissinger; er wollte dieses Problem loswerden, um sich seiner Ansicht nach besseren und lohnenswerteren Aufgaben zuwenden zu können. 1971 sagte er: „What we are doing now with China is so great, so historic, that the word ‚Vietnam‘ will be only a footnote when it is written in history.“⁵⁹⁾ Noch einige Jahre vorher hatte Kissinger jedoch eine ganz andere Position bezogen. „Vietnam“, so betonte er vor den Presseleuten am Anfang seiner Karriere im Weißen Haus, „may be one of those tragic issues that destroys everyone who touches it.“

⁵⁹⁾ New York Times vom 2. Oktober 1972, S. 35.

XI. Westeuropa, Japan und Südasien

Während sich die amerikanischen Beziehungen mit der Sowjetunion und China unter der Nixon-Regierung wesentlich verbesserten, sollten sich die alten Bindungen mit Westeuropa und Japan verschlechtern. Handels- und währungspolitische Differenzen zwischen den USA einerseits und der EWG und Japan andererseits führten zu heftigen Auseinandersetzungen, die in ihrer Konsequenz nicht nur zu einem potentiellen atlantischen und pazifischen Handelskrieg führen, sondern die Sicherheitspolitik gefährden konnten. Die Dollar-Krise hinterließ z. B. bei Europäern und Japanern den Eindruck, Amerika habe nicht nur große innenpolitische Probleme zu bewältigen, sondern versuche außerdem, der Verantwortung dadurch zu entgehen, daß es den Handelspartnern vorwerfe, eine Politik der Tarif-Diskriminierung zu betreiben.

Durch die bilateralen Verhandlungen mit Moskau und Peking über die Köpfe seiner europäischen bzw. des japanischen Alliierten hinweg schuf Washington weiteres Mißtrauen. Sowohl Westeuropa als auch Japan begannen nun ihren eigenen Weg zu gehen — eine kontraproduktive Einschränkung der Wirksamkeit der Balance-of-Power-Manöver Nixons. Wenn Feinde nicht permanent Feinde bleiben mußten, so mußten Alliierte auch nicht unbedingt auf permanenter Basis in freundlicher Beziehung bleiben. Aus Partnern konnten Rivalen werden.

Die in dem südostasiatischen Krieg höchst fragwürdig verstrickten USA schienen in den Augen vieler Europäer ihren Sinn für das Gleichgewicht verloren und Europa den Rücken zugewandt zu haben. Professor Stanley Hoffmann faßte Europas Ansichten im Jahre 1971 zusammen: „Wenn die Amerikaner unklug genug sind, ihre Prioritäten zu verwässern, so liegt es an den Europäern — unabhängig und gemeinsam —, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen.“⁶⁰⁾ Brandt leitete seine Ostpolitik mit einem sich überwiegend

zurückhaltenden Washington ein. Die EG der Sechs expandierte 1973 zur EG der Neun (durch die neuen Mitglieder England, Irland und Dänemark) und wurde so zu einer mächtigen wirtschaftlichen Einheit, daß die Vereinigten Staaten über ihren früheren Enthusiasmus für die europäische Einigung nachzudenken begannen.

Auch die Japaner unternahmen unabhängige Initiativen. Tokio fühlte sich durch Nixons China-Politik im Jahre 1971 übergangen, weil der Präsident Tokio in einer für Japan so vitalen Angelegenheit nicht konsultiert hatte. Die Japaner nannten das amerikanische Vorgehen einen „Nixon shocku“. Dann sorgte Nixon gegenüber den Japanern für einen zweiten shocku, indem er sie zwang, wiederum ohne vorherige Konsultation, den Yen aufzuwerten. Die japanische Reaktion erfolgte prompt. Premier Kakuei Tanaka besuchte nicht nur Peking (1972), sondern knüpfte zur selben Zeit diplomatische Beziehungen mit China an, die das bisherige Verhältnis zu Taiwan abkühlen ließen.

Ein eindeutiger Fehlschlag der Nixon-Kissinger-Politik war das Vorgehen in Südasien. Während Nixon im Bangla Desh-Konflikt zwischen Indien und Pakistan offiziell eine Politik der Neutralität proklamierte, sickerte bald durch, daß Nixon Kissinger befohlen hatte, US-Unterstützung für Pakistan, das durch die Ermordung von Bengalis in einer moralisch unhaltbaren Situation war, zu ermöglichen. Das Gerücht ging um, daß Nixon mit dieser Haltung Pakistan für seine Hilfe beim Arrangement der China-Besuche danken und dem pro-pakistanischen China demonstrieren wollte, daß die Vereinigten Staaten und China Gemeinsamkeiten in ihrer Haltung gegen ein proindisches Moskau haben könnten. Sollte das der Wahrheit entsprechen, so war dies ein Kalkül, der den Amerikanern lediglich die Feindschaft Indiens einbrachte. Noch ist nicht voll und ganz geklärt, ob Kissinger diese sogenannte „Anlehnung“ an Pakistan befürwortete oder ob er nur dem Befehl seines Präsidenten nachkam.

⁶⁰⁾ Stanley Hoffmann, Vietnam and Western Europe. New Republic, 30. Januar 1971, S. 20.

XII. Fazit einer Analyse

Nun erhebt sich als Fazit aller Überlegungen die Frage, wie man Kissinger bis zu seiner Ernennung zum Außenminister im Herbst 1973 beurteilen kann. Er half im Gespann mit Nixon, den Kalten Krieg zu beenden und Washingtons Beziehungen mit Moskau und Peking fast zu normalisieren. Während er diese Politik verfolgte, hat er möglicherweise höchst unvorhersehbare Kräfte in Westeuropa und Japan ausgelöst. Kissinger versuchte, das Problem Vietnam zu der Bedeutung einer „historischen Fußnote“ zu reduzieren, aber es hat den Anschein, als müsse man eher ein Ausrufungszeichen an diese Stelle setzen.

Sein wahrscheinlich langfristiger Beitrag für die Internationale Politik war jedoch seine Initiative, ein nicht-ideologisches „Balance-of-Power-Denken“ in die amerikanische Außenpolitik einzuführen. Vielleicht mußte es gerade jemand sein, der in Europa geboren war, um Amerika zu lehren, daß internationale Politik kein simpler Kampf zwischen Gut und Böse ist. Dennoch enthält dieser „Balance-of-Power“-Ansatz eine Schwäche, nämlich die potentielle Gefahr, daß nach der „Kissinger“-Zeit unbedeutendere Persönlichkeiten dieses Konzept mißbrauchen könnten. Für Kissinger bedeutet das Machtgleichgewicht eine allgemeine Ordnungsvorstellung, keine irgendwie fixierte Formel. Besteht nicht die Gefahr, daß übereifrige Politiker eines Tages diese Formel zu einer simplifizierten Doktrin reduzieren? Im Rahmen dieser Frage kommt die Ernüchterung nur zu schnell, wenn man sich daran erinnert, daß eine Generation von Politikern fest davon überzeugt gewesen sein muß, die „realistischen“ Lehren von Hans J. Morgenthau und George Kennan verstanden zu haben, in Wirklichkeit aber wohl nur die sog. „surface toughness“ dieser beiden politischen Theoretiker aufgenommen hatten, ohne die zugrunde liegende Ratio zu verstehen.

Einer der Schüler Kissingers scheint genau das getan zu haben. Er wählte eine triviale Version einer komplexen Vorstellung. Ende 1971 betonte Richard Nixon in einem Interview: „Wir dürfen nicht vergessen, daß die einzige Zeit in der Weltgeschichte, in der wir jemals

eine längere Friedenszeit hatten, die eines Kräftegleichgewichts war. Erst wenn eine Nation unendlich mächtiger in Relation zu ihrem potentiellen Gegner wird, entsteht die Gefahr eines Krieges. So glaube ich an eine Welt, in der die Vereinigten Staaten mächtig sind. Ich denke, daß wir eine sichere und bessere Welt haben werden, wenn es starke, innenpolitisch gesunde Vereinigte Staaten, Europa, UdSSR, China und Japan gibt, von denen eines das andere ausgleicht und keiner den einen gegen den anderen ausspielt — ein ausgewogenes Gleichgewicht.“

Kissinger empfand das Problem in jenem Essay über Bismarck, den er im Jahre 1968 geschrieben hatte, einem Artikel, der sich mit dem Standard seiner Dissertation vergleichen läßt: „Bismarcks weniger ideenreiche Nachfolger versagten sogar dann, als sie nach ‚Berechenbarkeit‘ und ‚Verlässlichkeit‘ strebten. Diese Qualitäten schienen eher durch strenge Bindungen erreichbar zu sein als durch das vorsichtige, sich ständig verschiebende Ausgleichen von Bismarcks Politik.“⁶¹⁾

Das Problem spitzt sich im Grunde genommen auf die Frage der Institutionalisierung der „Inspiration“ zu, etwas, das Kissinger schon in früheren Jahren diskutiert hatte. Wie konnte ein Prozeß, der stark vom Intellekt, der Tatkraft und dem Denkvermögen eines begabten Individuums abhing, durch eine Anzahl von Bürokraten ausgeführt werden? Eine Bürokratie geht ihrer Natur nach nur einer bereits voretablierten Routine nach. Hieraus läßt sich schließen, daß Kissingers NSC-Stabsystem ohne die Persönlichkeit Kissingers auch nur zu einem routinierten System werden könnte, das letztlich nur wenig effektiver als das State Department arbeitet. Da eine empfindliche politische Schöpfung in der Regel nicht länger hält als ihr Initiator, ist nur zu offensichtlich, daß Kissingers Problem der Schaffung einer überdauernden und sicheren Struktur wesentlich über die bloße Institutionalisierung dessen hinausreicht, was er errichtet hat. Das Kissinger-Problem ist jenem ähnlich, das Bis-

⁶¹⁾ Kissinger, *The White Revolutionary*, S. 921.

marck⁶²⁾, sein wirkliches Vorbild, aus dessen Fehlern er lernen wollte, in seiner Zeit hinterließ. Kissinger schrieb im Jahre 1968: „Staatsmänner, die Dauerhaftes aufbauen, transformieren den persönlichen Schaffensakt in Institutionen, die durch eine durchschnittliche Handlungsweise erhalten werden kön-

⁶²⁾ Siehe zu Kissinger/Bismarck etwa Herbert von Borch, Henry Kissinger, Amerikas weißer Revolutionär. Ein Historiker verändert die Politik, in: Süddeutsche Zeitung vom 1./2. September 1973, S. 93.

nen. Bismarck erwies sich als unfähig, dies zu tun.“⁶³⁾

So könnten seine Bemerkungen über Bismarck am Ende auf Henry Kissinger zutreffen. Und dies mag, wenn man das Talent des Professors, geschichtliche Vorgänge auf das Atomzeitalter zu beziehen, erwägt, keine zufällige Parallele sein.

⁶³⁾ Ebenda.

Araber und Israelis

Die besetzten Gebiete

Sieben Jahre sind seit dem Sechstagekrieg vergangen, einem Krieg, der die neunzehnjährige Trennung zwischen den Arabern Palästinas und den Israelis gewaltsam beendete. Acht Monate sind seit dem Oktoberkrieg von 1973 vergangen. Dies war eine Zeit, in der Rache und Haß die immer wiederkehrenden Themen auf der einen Seite der Waffenstillstandslinie waren und der Ruf „Befreit das Land mit Gewalt“ von jenseits der Stacheldrahtzäune und Minenfelder und herab von den Minaretts in der arabischen Welt erklang. Die von der anderen Seite geäußerte Sehnsucht nach Frieden, die zur gegenseitigen Anerkennung ausgestreckte Hand aber wurde zurückgewiesen.

Genau sieben Jahre sind es her, seit Israel in einen Verteidigungskrieg gezwungen wurde. Das hatte zur Folge, daß die jüdischen Streitkräfte die Golanhöhen besetzten, von denen herunter die syrischen Batterien den Tod unter den Bewohnern des darunter liegenden Huleh-Tales verbreitet hatten. Jüdische Soldaten besetzten die jordanische Westbank (das Gebiet westlich des Jordans), von wo aus König Husseins schießwütige Legionäre früher ihre Ferngeschütze auf Tel Aviv gerichtet hatten und Scharfschützen von den Mauern der Jerusalemer Altstadt die jüdische Bevölkerung auf der anderen Seite der Heiligen Stadt ständig bedroht hatten. Israels Armee stand bei Gaza und im Sinai, wo vorher die von den Russen gelieferten ägyptischen Panzerfahrzeuge und die „Brigaden für die Befreiung Palästinas“ ungestört umhergestreift waren.

So sind seit dem Juni 1967 anderthalb Millionen Araber zu den fast drei Millionen Juden unter der Fahne des jungen Staates Israel

hinzugekommen. Diese Araber lassen sich in drei Kategorien unterteilen, die durch eine unterschiedliche wirtschaftliche, politische, soziale Entwicklung und den Lebensstandard gekennzeichnet sind: Erstens die Araber, die israelische Staatsbürger sind: etwa 400 000, die innerhalb der Waffenstillstandsgrenzen von 1949 leben; zweitens die 70 000 Araber aus Ost-Jerusalem; drittens die eine Million Einwohner der besetzten Gebiete: der Golanhöhen, des Gazastreifens, Nordsinai und der Westbank. Mit Ausnahme der Bewohner der Golanhöhen, die Drusen sind, und der Beduinen vom Sinai haben sie eines gemeinsam: ursprünglich, bis zum Jahre 1948, waren sie alle palästinensische Araber. Jede dieser drei Kategorien mit ihren besonderen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Eigenheiten soll im folgenden kurz skizziert werden.

Die Golanhöhen

Die Bewohner der Golanhöhen umfassen etwa 7 500 frühere syrische Drusen aus einer ursprünglichen Bevölkerung von etwa 30 000 Syrern, die vor dem Sechstagekrieg auf diesen Höhen lebten. Diese Drusen wohnen in fünf Dörfern und besitzen israelische Personalausweise. Trotz vieler Appelle, sowohl ihrer eigenen Führer als auch ihrer Religionsgenossen in Israel selbst, hat man ihnen jedoch nicht die israelische Staatsbürgerschaft zugestanden. Daß es der israelischen Regierung im Laufe von sechseinhalb Jahren nicht gelang, ihre territoriale Politik klar werden zu lassen, war ein Versagen, das zur Verwirrung und Enttäuschung in dieser Bevölkerung führte. Einerseits leben die Bewohner der Golanhöhen unter militärischer Verwaltung, andererseits sind sie die einzigen in den besetzten Gebieten, die unter die Jurisdiktion eines israelischen Gerichtshofes fallen. In allen anderen besetzten Gebieten hat man die Genfer Konvention eingehalten, und die bis heute geltenden Gesetze sind die, die am Tage der

Der Verfasser widmet diese Arbeit Abdul Aziz Zu'abi, dem ersten arabischen stellvertretenden Minister in Israel, der sich für die Aussöhnung zwischen Israelis und Arabern ständig eingesetzt hat. Abdul Aziz Zu'abi starb am 14. Februar 1974 im Alter von 48 Jahren in Nazareth.

Besetzung in Kraft waren (auf der Westbank die jordanische Gesetzgebung und im Gazastreifen die ägyptische)¹⁾.

Der Gazastreifen

Der Gazastreifen und Nordsinai werden von etwa 400 000 Staatenlosen bewohnt, zu einem großen Teil frühere Palästinenser, von denen etwa 150 000 Flüchtlinge aus dem Jahre 1948 sind. Mit der Stadt Gaza im Brennpunkt erstreckt sich der Streifen nach Süden durch drei Schwesterstädte: Deir el Balah, Khan Yunis und Rafah, das durch 40 km Wüste von El Arish, der Hauptstadt Nordsinais, getrennt ist. Der Gazastreifen stand 19 Jahre lang unter ägyptischer Militärverwaltung. Seinen Bewohnern wurde nie die ägyptische Staatsbürgerschaft gewährt, und von 1948 bis 1967 bestand ein nächtliches Ausgangsverbot.

Schon in der Zeit des britischen Mandatsregimes in Palästina war der Gazastreifen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Sektor im Rückstand gewesen²⁾. Seit der Terror um 1972 wesentlich nachließ³⁾ und die Leute frei und ohne Furcht darangehen konnten, ihre Städte und Dörfer aufzubauen und Arbeit zu suchen, hat der Gazastreifen in allen Lebensbereichen eine weitreichende Umstellung erfahren⁴⁾. Heute sind die politischen Zukunftsaussichten der Bewohner vergleichbar mit denen ihrer Brüder, den früheren Palästinensern, die auf dem Westufer des Jordans leben⁵⁾.

¹⁾ Vgl. G. Weigert, *Arabs und Israelis — Life together*, Jerusalem 1973; vgl. ferner: *The Administered Areas — Aspects of Israeli Policy*, Ministry of Foreign Affairs, Jerusalem Okt. 1973, und: *Four Years of Military Administration*, The Coordinator of Government Operations in the Administered Areas, Ministry of Defence, Tel Aviv 1971 sowie *Tat Alfuf Shlomo Gazit*, *Israel's Policy in the Administered Areas*, hrsg. vom Israel Academic Committee for the Middle East, Jerusalem 1969.

²⁾ Siehe Kap. „Gaza Revisited“ in: G. Weigert, *Arabs and Israelis*, a. a. O.

³⁾ Siehe G. Weigert, *Whoso Killeth a Believer*, hrsg. v. Israel Communications, Jerusalem 1971; vgl. auch Rolf Tophoven, *Fedayin — Guerilla ohne Grenzen*, Bonn 1973 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, H. 97).

⁴⁾ Siehe Anmerkung 2, ebd.

⁵⁾ „... die Bewohner des Gazastreifens wollen weder Jordanier noch Ägypter, noch Israelis sein, sondern möchten eine Art von Palästinensischem Staat, und ich kann sie verstehen...“ (Verteidigungsminister M. Dayan, in: *The Jerusalem Post* vom 13. 6. 1973).

Die Westbank

Was die Lage der 650 000 Bewohner der Westbank betrifft, so machten sie — allgemein gesprochen — eine verhältnismäßig positive Entwicklung auf der sozialen Ebene und in der Bildung während der 19 Jahre unter haschemitischer jordanischer Herrschaft durch. Im Vergleich zu den Zuständen bei ihren Nachbarn auf dem Ostufer und in Ägypten und Syrien befand sich die öffentliche Versorgung der Bevölkerung auf einem hohen Niveau. Aber die Bevölkerung der Westbank litt unter schweren Benachteiligungen einer Monarchie, die nichts mehr fürchtete, als daß diese aus ihrer Union mit den Beduinen von jenseits des Jordans ausbrechen würde. Diese Benachteiligungen bestanden im Verbot der industriellen Entwicklung, im Verbot von Parteien, Verbänden und Gewerkschaften, die ihren Sitz nicht in Amman selbst hatten, und der freien Meinungsäußerung.

Das Verbot der industriellen Entwicklung hatte eine chronische Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Zahl der Beschäftigten in einem Betrieb wurde auf 10 bis 15 beschränkt, und Industrielle, die in größeren Maßstäben planen wollten, wurden „freundlich aufgefordert“, in Unternehmen auf dem Ostufer zu investieren, in größerer Nähe zu Amman⁶⁾. Da es keine Rohstoffquellen auf dem Westufer gibt (Jordanien unternahm während der gesamten 19 Jahre keine Anstrengungen zur Ausbeutung des Toten Meeres), wanderte eine große Zahl von Arbeitslosen in den östlichen Landesteil und von dort weiter in andere arabische Staaten und die reichen Ölstaaten des Persischen Golfes aus⁷⁾.

Das Verbot der politischen Parteien war gekoppelt mit einem mittelalterlichen Gesetz zur Gemeindewahl, das Tausenden das Wahlrecht entzog, deren Unglück es war, keinen Besitz zu haben, darunter allen Frauen und vielen der gebildeten Angehörigen der freien Berufe. Eine freie Presse existiert nicht, und 1967, vor dem Sechstagekrieg, befahl der König die Verstaatlichung der gesamten jordanischen Presse — ein Schritt, der hauptsächlich die Chefredakteure und Herausgeber der früheren palästinensischen arabischen Zeitun-

⁶⁾ Siehe Mohammed Abu Shilbayah, *No Peace without a Free, Independent Palestinian State* (in arabischer Sprache), Ostjerusalem 1971.

⁷⁾ Siehe Scheich Mohammed As'ad el Imam, *Kadi von Ramallah*, in: *El Quds* (arabische Tageszeitung), Ostjerusalem, Ausgabe vom 16. 5. 1971.

gen betraf, die seit 1948 in Ost-Jerusalem erschienen waren. So blieb in Jerusalem, dem einstigen Zentrum der jordanischen Presse, nur noch eine arabische Tageszeitung übrig⁸⁾.

Wie bereits erwähnt, erstreckte sich das Verbot der freien Meinungsäußerung auf die Bildung von regionalen Gewerkschaften, Organisationen und Verbänden, die nicht von Amman aus kontrolliert wurden und dort ihren Sitz hatten. Alle Banken mit Ausnahme einer — der Arab League Land Development Bank — hatten ihren Hauptsitz in Amman, und der größte Teil ihres Kapitals wurde dort unter strenger Kontrolle gehalten.

Mit der Besetzung des Westufers durch Israel im Sommer 1967 änderte sich dies alles⁹⁾. Nicht nur wurde die Sperre für die industrielle Entwicklung aufgehoben, sondern die Industriellen des Westufers wurden dazu aufgefordert, ihre Anlagen zu erweitern, wann immer die notwendigen Kredite und das technische Know-how bereitstanden. Die Anzahl der Beschäftigten verdoppelte sich, und innerhalb von zwei Jahren entwickelte sich das Westufer von einem Gebiet mit ständiger Arbeitslosigkeit zu einem mit Arbeitskräftemangel. Dieser Umschwung ist aber auch darauf zurückzuführen, daß beinahe 40 000 Palästinenser in Israel Arbeit fanden. Ihr Lohn ist vergleichbar mit dem, den ein Jude auf einem entsprechenden Arbeitsplatz bekommt, und beträgt ein Vielfaches von dem, was sie vor dem Juni 1967 verdient hatten. Das Einkommen derjenigen, die auf dem Westufer selbst Anstellungen übernahmen, wuchs allmählich. Heute beträgt der Unterschied zwischen der Lohnskala Israels und der der Westbank nicht mehr als 20 %¹⁰⁾.

Die Investitionen auf dem Westufer, die hauptsächlich von lokalen Kapitalgebern finanziert wurden, denen früher derartige Investitionen nicht erlaubt waren, nahmen außerordentlich zu. 1969, gerade zwei Jahre nach dem Krieg, erreichten z. B. die Investitionen in Nablus mehr als 40 Millionen israelische Pfund (1 JL beträgt derzeit etwa 0,64 DM), ein Doppeltes von 1968, und 1971 wuchsen die Investitionen in der Hauptstadt Samarias auf

das Zweifache der Gesamtsumme der Investitionen während der 19 Jahre haschemitischer Regierung¹¹⁾. 1970 war das Bruttosozialprodukt des Westufers auf 450 Millionen israelische Pfund angestiegen.

Mit Einführung der Pressefreiheit unter der israelischen Regierung wuchs die Zahl der Tageszeitungen von einer auf drei an, davon zwei nationalarabische Zeitungen. Zusätzlich wurden drei Wochenzeitungen und etliche mit vierzehntägiger oder monatlicher Erscheinungsweise herausgegeben, die erst unter israelischer Herrschaft gegründet worden waren. Alle politischen Fragen, mit Ausnahme von Angelegenheiten, die die Sicherheit betreffen — eine Einschränkung, die ebenso für israelische Zeitungen gilt —, werden offen diskutiert. Es kann also nicht verwundern, daß der Herausgeber der nationalarabischen Tageszeitung im Leitartikel seiner ersten Ausgabe seinen Lesern mitteilte, daß sie „jetzt die Pressefreiheit, die zu unserem Bedauern dem arabischen Leser nie zuvor gewährt wurde“¹²⁾, hätten.

Im Sommer 1972 wurden auf der Westbank Kommunalwahlen abgehalten; nach Auskunft eines Augenzeugen waren sie „die freiesten und demokratischsten, die die Bevölkerung dieses Gebietes je erlebt hatte“. In einigen Städten Judäas kamen bis zu 94 % der Wahlberechtigten zur Wahlurne¹³⁾. Mehr als die Hälfte der Angehörigen der Stadträte und der Bürgermeister übernahmen ihren Posten zum ersten Mal — ein Zeichen für die Auflockerung einer erstarrten Hierarchie.

Vor 1967 gab es nur eine höhere Schule: ein privates College in der Nähe von Ramallah. Zwar hatten die Bewohner des Westufers schon seit 1960 wiederholt eine Universität gefordert, aber die jordanischen Herrscher hatten entschieden, daß das Institut in Amman sein sollte, nicht auf dem Westufer. Gegenwärtig existiert ein Plan, auf dem Westufer eine palästinensische Universität zu errichten, in die eine nach 1967 gegründete islamische höhere Schule in Hebron und das oben erwähnte private College als Teile der

¹¹⁾ Vgl. ebd. und Anmerkung 1.

¹²⁾ Siehe El Quds vom 1. 11. 1968 und Al Bashir (Bethleheimer Wochenzeitung), Ausgabe vom 26. 8. 1972; vgl. auch Kap. „The Arab Press and Arab Journalists“, in: Abu Shilbayah, No Peace without . . . , a. a. O.

¹³⁾ Siehe Kap. „Local Rule“ in: G. Weigert, Arabs and Israelis a. a. O., und The Jerusalem Post vom 28. 3. 1972.

⁸⁾ Siehe Mohammed Abu Shilbayah, Oh What a Pity, Jerusalem (in arabischer Sprache), Ostjerusalem 1973.

⁹⁾ Vgl. Elyahu Kanovsky, The Economic Impact of the Six Day War, New York 1971.

¹⁰⁾ Vgl. ebd. und G. Weigert, Life under Israel Occupation, Jerusalem 1971.

Fakultäten eingegliedert werden sollen. Ein Komitee aus Lehrern und Erziehern vom Westufer arbeitet an der Durchführung des Projektes mit voller Zustimmung der israelischen Behörden ¹⁴⁾.

Andererseits gestatten die Israelis — unter Berufung auf die Bestimmungen der noch bestehenden jordanischen Gesetze — keine öffentlichen Zusammenkünfte oder politische Versammlungen. Diese Regelung unterstreicht jedoch zusammen mit den noch geltenden jordanischen Gesetzen, der jordanischen Währung und dem Verwaltungsapparat sowohl die Stärke als auch die Schwäche Israels in diesen Gebieten. Die Aufrechterhaltung der jordanischen Gesetze hat die Masse der Bevölkerung des Westufers (die Besitzlosen) von der Teilnahme an den Kommunalwahlen von 1972 ferngehalten und sie daran gehindert, politische Versammlungen, die häufig von Bürgermeistern des Westufers gefordert wurden, zu veranstalten. Daher machten diese Verbote und Beschränkungen es der Bevölkerung unmöglich, ihre ‚eigene‘ Volksvertretung zu wählen ¹⁵⁾.

Hier liegt die Quelle für einen wahren Teufelskreis: Den Bewohnern des Westufers ist es verboten, sich zur Wahl einer Volksvertretung außerhalb der Gemeinderäte zu versammeln (deren Aufgabenbereich von ihrer Natur her auf lokale Angelegenheiten beschränkt ist), während israelische Führer wiederholt die Tatsache, daß sie die Wünsche der Bewohner des Westufers nicht genügend beachten, damit entschuldigen, daß sie sagen: „Wir wären erfreut, ihre Ansichten in Betracht zu ziehen, aber es gibt dort niemanden, mit dem wir verhandeln können, die Einwohner haben keine eigenen Repräsentanten.“ ¹⁶⁾

Stellt man die Frage, ob die Bewohner der Westbank unter der israelischen Besatzung glücklich sind, so muß wohl die Antwort „Nein“ lauten. Niemand lebt gern unter einer Besatzungsmacht, und die Bewohner der von Israel besetzten Gebiete würden eine arabische Herrschaft vorziehen. Jedoch ist die vor 1967 zu beobachtende Atmosphäre des blinden Hasses verschwunden. Heute arbeiten die Leute miteinander, treiben Handel, und es gibt sogar die ersten Anfänge gesellschaftlicher Kontakte. Auch wenn man die vielen ent-

scheidenden Fehler, die die Israelis hier gemacht haben, in Erwägung zieht ¹⁷⁾, muß man einräumen, daß ihre Absichten positiver Art waren. Fast alle Bemühungen der Militärverwaltung auf dem Westufer waren darauf gerichtet, den Bewohner bei der Entwicklung ihrer eigenen Gebiete zu helfen, ihren Lebensstandard zu erhöhen, ihr Bildungs- und Gesundheitswesen und ihre Landwirtschaft zu verbessern. Umgekehrt ist die Mehrheit der Palästinenser — obwohl viele von ihnen den Ruf haben, destruktiv und negativ zu sein — meiner Ansicht nach ein friedliebendes Volk mit der Bereitschaft, seine Lage zu verbessern und aus den gegebenen Umständen das Beste zu machen. Sie sind sicherlich nicht glücklich, aber allmählich hat sich auf dem Westufer ein Prozeß der neuen Einschätzung angebahnt ¹⁸⁾. Langsam, aber stetig setzt sich die Überzeugung durch, daß die „Sprache der Kalatschnikov“ ihre Probleme nicht lösen wird, daß eine friedliche Koexistenz mit den Israelis die einzige Möglichkeit zur Bewältigung des Konfliktes sein wird ¹⁹⁾.

Die ersten Anzeichen einer neuen Einschätzung kamen kurz nach dem Sechstagekrieg. Obwohl Terroristen sie mit dem Tode bedrohten, sammelten so hochgestellte Persönlichkeiten wie der palästinensische Richter Jihad Jarallah, der Präsident des Kreisgerichts von Hebron, eine Schar von Richtern und Anwälten von der Westbank um sich, die sich entschlossen, in die Gerichte zurückzukehren und ihre Tätigkeiten als Verteidiger von Recht und Gesetz wieder aufzunehmen. „Ich sehe es als meine Pflicht als Palästinenser, meinem Volk und meinem Land zu dienen, was auch immer der Preis und die Folgen sein mögen“ ²⁰⁾, erklärte er öffentlich.

Und weitere Beispiele: 1969 hielt es der Bürgermeister von Nablus, Hamdi Kan'aan für richtig, einer arabischen Zeitung gegenüber zu erklären, daß „König Hussein sich gewaltig irrt, wenn er denkt, daß er wieder zum Westufer zurückkehren kann ...“, nur um uns zu seinem persönlichen Vorteil auszubeuten ...“ ²¹⁾. Im Frühjahr 1971 meldete die Beiru-

¹⁴⁾ Siehe Kap. „Education“, ebd.

¹⁵⁾ Vgl. G. Weigert, Any New Palestinians?, in: The Times of Israel, Nr. 1, New York, Oktober 1973.

¹⁶⁾ Ebd.

¹⁷⁾ Etwa die in großem Umfange durchgeführten Landkäufe, die Einrichtung von jüdischen Siedlungen auf Land, von dem arabische Bauern vertrieben worden waren — vgl. dazu Abu Shilbaya, No Peace

¹⁸⁾ Siehe Verkehrsminister Shimon Peres im Vorwort zu G. Weigert: Life under Israel Occupation.

¹⁹⁾ Siehe „The Language of the Kalatschnikov“ in: Achmed Ajwah, Let us not Cut Wood at Night (in arabischer Sprache), Ostjerusalem 1972.

²⁰⁾ Siehe Jerusalem Post vom 12. 5. 1968.

²¹⁾ The Jerusalem Post vom 1. 1. 1969.

ter Wochenzeitung „El Hawadith“ unter der Überschrift „Sie werden nie zurückkehren“, daß eine Abstimmung unter den Bewohnern des Westufers, die kürzlich den Libanon besucht hatten, ergeben hatte, daß „nichts sie überzeugen kann, unter die jordanische Herrschaft zurückzukehren ... Sie haben so lange unter der ‚Demütigung‘ durch ihre arabischen Brüder gelebt, daß sie nun zugeben, daß es zur israelischen Eroberung kommen mußte, damit ihnen bewußt wurde, daß das Wort Bürgerrecht auch eine menschliche Komponente enthält.“²²⁾

Die Beiruter Zeitung war die Overtüre für eine Flut von Artikeln, in denen Palästinenser vom Westufer und aus Ost-Jerusalem die neue Lage analysierten und die Zukunft in so realistischer Weise betrachteten, wie sie der arabischen Denkweise bislang fremd gewesen war. Die einzige Ausnahme bildete vielleicht der erfahrene palästinensische Führer Mussa es Alami, der bereits in den dreißiger Jahren einen Dialog mit Ben Gurion über die Lösung des arabisch-jüdischen Konflikts begonnen hatte²³⁾ und der in seiner „Ibrat Falastin“ (The Lesson of Palestine, Beirut 1949 — in arabischer Sprache)²⁴⁾ zu einer positiven Haltung aufgerufen hatte. Jedoch blieb dies ein Einzelfall.

Im September 1971 erschien das erste Buch²⁵⁾ eines palästinensischen Arabers, der für die volle Anerkennung des jüdischen Staates und die friedliche Koexistenz mit dem jüdischen Volk eintrat, in den Buchläden der besetzten Gebiete und in Ost-Jerusalem. Dieses Buch von Abu Shilbayah enthielt keine der traditionellen Aufrufe zur Blutrache und zur „Befreiung des geraubten Vaterlandes“, und die Sprache dieses in den palästinensischen Farben grün-weiß-rot gebundenen Buches unterschied sich gänzlich von der bisher üblichen kriegerischen Tonart: „... alle Palästinenser“, schrieb er, „tragen heute den Olzweig, alle strecken ihre Hände dem jüdischen Volk in Israel in Frieden entgegen, einem Frieden, der auf gegenseitige Anerkennung baut ... wir wollen nicht, daß unsere Söhne und ihre Söhne sich gegenseitig töten, wir wollen, daß sie in Frieden miteinander le-

ben, wir wollen den Frieden in diesem Teil der Welt“²⁶⁾. Ein Jahr später veröffentlichte derselbe Autor sein zweites Buch²⁷⁾, wieder über das Thema Frieden. Hier legte er seinen Plan für einen unabhängigen, freien, palästinensischen Staat dar, der in Ruhe mit seinen jüdischen Nachbarn leben würde. Auf die Frage nach der Notwendigkeit einer palästinensischen Armee, um das neue nationale arabische Gebilde zu schützen, gab Abu Shilbayah eine einfache Antwort: „Eine palästinensische Armee? Aber wir alle sind eine Armee, eine Armee von Menschen, die den Frieden lieben, wir wollen nicht andere ins Meer werfen oder unseren Staat auf den Ruinen eines anderen aufbauen ... alles, worum wir bitten, ist, daß andere uns nicht in die Wüste schicken ...“²⁸⁾.

Ein anderer palästinensischer Autor, der sein Buch²⁹⁾ zu etwa der gleichen Zeit veröffentlichte, war Achmed Ajweh, der offen den von König Hussein im März 1972 in Amman verkündeten Plan einer Föderation befürwortete. Aber auch er predigte Gewaltlosigkeit und die Anerkennung des Rechts Israels auf eine Existenz innerhalb gesicherter Grenzen. „Lieber Leser,“ erklärt er, „mit allem schuldigen Respekt für jeden Araber, ich bin gefoltert, beleidigt, ins Gefängnis geworfen und besudelt worden — in Amman ... doch bleibe ich ein Araber ... hört mir zu, ich sage euch offen, genug des Blutvergießens ... genug der Katastrophen, genug der Tragödien ...“³⁰⁾.

Mehr als sechs Jahre sind vergangen zwischen den Kriegen von 1967 und 1973. Innerhalb dieser Zeitspanne sind die Dinge in Bewegung geraten, es entwickelte sich ein neuer Typ des Palästinensers, und unabhängig davon, ob die gegenwärtigen israelischen Führer es gutheißen oder nicht, hat sich eine neue Ära der Hoffnung angekündigt.

Der Oktoberkrieg

Sechseinviertel Jahre liegen zwischen den Kriegen vom Juni 1967 und Oktober 1973. Letzterer hat zwei Namen, in hebräischer Sprache heißt er „Yom-Kippur“-Krieg und in

²²⁾ El Hawadith, Beirut, v. 23. 4. 1971.

²³⁾ Vgl. David Ben Gurion, My Talks with Arab Leaders (in hebräischer Sprache), Tel Aviv 1967.

²⁴⁾ Mussa el Alami, Ibrat Falastin, in: Middle East Journal, Washington, Oktober 1949.

²⁵⁾ Mohammed Abu Shilbayah, No Peace without ... , a. a. O.

²⁶⁾ Ebd.

²⁷⁾ Mohammed Abu Shilbayah, The Road to Salvation, Freedom and Peace, (in arabischer Sprache), Ostjerusalem 1972.

²⁸⁾ Ebd.

²⁹⁾ Achmed Ajweh, Let us not Cut Wood at Night, a.a.O.

³⁰⁾ Ebd.

arabischer „Zehnter-Ramadan“-Krieg, was sich jeweils aus den entsprechenden Festtagen erklärt.

Während dieser Zeitspanne, besonders aber in den letzten zwei Jahren, hat sich, wie wir gezeigt haben, für die 650 000 Bewohner der Westbank und die 380 000 Palästinenser im Gazastreifen — das noch bis März 1972 als Terroristenzentrum galt³¹⁾ — sowohl das tägliche Leben als auch die wirtschaftliche Lage entscheidend verbessert. Es sind erste Ansätze für eine Art friedlicher Koexistenz zwischen den drei Millionen Israelis und einer Million Arabern der besetzten Gebiete vorhanden. Langsam, sehr langsam weicht das vor 1967 vorherrschende Gefühl des Hasses den ersten Anzeichen für gegenseitiges Vertrauen, für den abermaligen und diesmal friedlichen Versuch, eine neue Art des Verhältnisses zwischen den beiden semitischen Völkern herzustellen³²⁾. Gerade zu diesem Zeitpunkt, als sich eine vorsichtige Wendung in dem langen Prozeß einer neuen Verknüpfung zwischen Arabern und Israelis anbahnte, brach der neue Krieg aus. Alle Entwicklungen seither und die Haltung der Araber zu ihnen müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Innerhalb von Minuten nach Ausbruch der Feindseligkeiten wandten sich die arabischen Massenmedien mit hysterischen Appellen an die unter israelischer Besatzung lebende Bevölkerung. Über jeden verfügbaren Sender in den arabischen Hauptstädten riefen sie die Einwohner von Gaza und Nablus, von Hebron und Jericho auf, sich den arabischen Armeen bei ihrem Feldzug zur „Befreiung“ der besetzten Gebiete anzuschließen und den Feind von innen zu bekämpfen. Diese Appelle wurden sowohl im Namen der arabischen Solidarität und Einheit als auch der islamischen Brüderschaft gemacht. Der oberste Scheich der berühmten islamischen Universität „Al Azhar“ kündigte über Radio Kairo den heiligen „Jihad“ an, der jeden Gläubigen, der in diesem „Heiligen Krieg“ kämpfte und fiel, belohnen und „direkt ins Paradies“ bringen würde.

Andererseits aber war gerade in den letzten Wochen vor dem Krieg das Bewußtsein für die Notwendigkeit gewachsen, daß die Bewohner der besetzten Gebiete ihr Schicksal selbst in die Hände nehmen sollten. Dieser

Trend manifestierte sich in zwei Erscheinungen: der Veröffentlichung einer neuen nationalen arabischen Zeitung und dem Auftauchen einer neuen Sicht der möglichen zukünftigen politischen Regelung für die Einwohner der besetzten Gebiete. Beide Erscheinungen hatten eines gemeinsam: sie bedeuteten — jede auf ihre Weise — eine Abweichung von der bislang als „geheiligtetes Dogma“ betrachteten Linie, die nur zu berühren schon unglaublich erschienen war.

„Sawt el Jamaaheer“ (die Stimme der Massen), wie sich die neue arabische Wochenzeitung nannte, war ein Organ jener politischen Richtung in den besetzten Gebieten, die sich schon seit Jahren für die Einrichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf der Westbank und im Gazastreifen eingesetzt hatte. Die ersten zwei Ausgaben unter der Verantwortung des Ost-Jerusalem Journalisten Mohammed Abu Shilbayah, der als Theoretiker jener Schule anzusehen ist, erschienen noch vor dem Krieg und vertraten eine dem arabischen Leser ungewohnte Linie: In den Leitartikeln wie auch in den anderen Teilen der Zeitung wurde zum Frieden und zur gegenseitigen Anerkennung der Rechte sowohl Israels als auch der Palästinenser aufgerufen. Sogar israelische Autoren, Juden, wurden eingeladen, hier Kolumnen zu veröffentlichen. Als die Wochenzeitung in ihrer dritten Ausgabe einen illustrierten Artikel brachte, der von einem Israeli verfaßt worden war, machte sie Geschichte. Noch nie hatte in den fünf Jahren israelischer Besatzung ein arabischer Herausgeber gewagt, offen jüdische Autoren zur Mitarbeit einzuladen — mit Ausnahme der Bethlehemener Wochenzeitung „El Bashir“, die das ein einziges Mal tat, was aber nur als Ausnahme von der Regel anzusehen ist³³⁾. Daß sich eine neue Denkweise in der arabischen Bevölkerung anbahnte, sogar auf Gebieten, die bislang als Tabu angesehen worden waren, zeigte sich z. B. in einem Artikel, der kurz vor dem Oktoberkrieg veröffentlicht wurde. Der Verfasser, ein islamischer Lehrer der „Hashemite Boys School“ in El Bireh und ständiger Mitarbeiter der arabischen Tageszeitung „El Anba“, setzte sich dafür ein, daß die Araber sich nach einer palästinensischen Hauptstadt außerhalb von Jerusalem umsehen sollten, da „während all der Jahrhunderte der islamischen Herrschaft die Heilige Stadt nie eine arabische Hauptstadt war und die Ara-

³¹⁾ Siehe G. Weigert, *Whoso Killeth a Believer*, a. a. O.

³²⁾ Siehe G. Weigert, *Arabs and Israelis*, a. a. O.

³³⁾ Vgl. G. Weigert, *Muddeling in the Palestine Problem*, in: *El Bashir*, Ausgabe vom 25. 12. 1971.

ber kein Recht auf diese Stadt hatten" ³⁴). In einem anderen Artikel, der am Freitagmorgen vor Ausbruch des neuen Krieges erschien, schrieb Bitar, das Ziel der Araber in den besetzten Gebieten sei „ständiger Frieden, gegenseitiges Vertrauen und Verständnis zwischen den beiden Völkern und die Schaffung eines Friedens, der auf Gerechtigkeit für Palästinenser und Israelis, auf Prinzipien der Gleichheit, Brüderlichkeit und Zusammenarbeit basiert" ³⁵).

Auf der anderen Seite führten während des Krieges die wiederholten Aufrufe zu „Aktionen“ und der anfängliche Erfolg der beiden arabischen Armeen, verbunden mit ernststen Zweifeln an den möglichen Ergebnissen irgendwelcher Versuche, die Sicherheit der besetzten Gebiete durch Gewalt und Sabotage zu zerstören, dazu, die „stille Passivität“ entstehen zu lassen, die das Verhalten der Bevölkerung charakterisierte. Der besondere Charakter des Ramadan-Festes und die Verdunklungsvorschriften trugen ihrerseits dazu bei, daß die Familien soweit wie möglich zu Hause blieben und sich abwartend verhielten.

Was die Erklärung für das Fernbleiben der 50 000 Arbeiter in den besetzten Gebieten von ihren Arbeitsplätzen nach Ausbruch des Krieges angeht, sind die Meinungen der Beobachter geteilt. Während die einen annehmen, daß die von den Arabern verbreiteten Gerüchte über Belästigungen durch Juden der Grund waren, halten die anderen die arabische Propaganda, daß jeder Arbeiter, der „den Platz eines israelischen Soldaten ausfüllt“; ein Verräter sei, für die Hauptursache, während wieder andere glauben, daß einfach Furcht und der Wunsch, zu Hause bei der Familie und in Sicherheit zu bleiben, der Grund dafür gewesen seien. Ich persönlich glaube, daß alle drei Faktoren eine Rolle spielten. Immerhin kehrten in Jerusalem die arabischen Arbeiter und Angestellten nach drei Tagen an ihre Arbeitsplätze im jüdischen Teil der Stadt zurück. Ein führender Experte für die Angelegenheiten der palästinensischen Araber zitierte eine bekannte Persönlichkeit in Nablus, der Hauptstadt Samarias und größten Stadt auf dem Westufer, der die zwiespältige Haltung der Bewohner der besetzten Gebiete in folgender Weise beschrieben haben soll: „Unsere Herzen sind bei unseren arabischen Brüdern, aber

unser Verstand sagt uns, daß wir die Gegenwart erhalten sollen.“ ³⁶)

Aus der gleichen Quelle stammt der Ausdruck eines Ost-Jerusalem Taxifahrers, der seine Meinung durch ein arabisches Sprichwort ausgedrückt haben soll, nämlich „vielleicht ist ein Nachbar in der Nähe besser als ein Bruder in der Ferne“ ³⁷).

In den besetzten Gebieten ließen die Militärbehörden wissen, daß Gesetz und Ordnung herrschen würden, und Schnellgerichte, die Schieber und Leute, die Lebensmittel horteten oder gegen die Verdunklungsbestimmungen verstießen, zu empfindlichen Strafen verurteilten, ließen in der Bevölkerung keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Israelis es trotz des Krieges ernst meinten. Dies kann seinerseits, zumindest teilweise, dazu beigetragen haben, daß während der drei Kriegswochen kein einziger Fall von Sabotage gemeldet wurde, Gaza eingeschlossen.

Die Atmosphäre des Abwartens bestimmte auch die Art und Weise, wie die arabische Presse in den besetzten Gebieten über den Krieg berichtete. Liberal, wie die israelische Zensur ist, erschienen die Tages- und Wochenzeitungen mit roten Balkenüberschriften, die sich hauptsächlich auf arabische Berichte stützten. Alle Zeitungen brachten die arabischen Kriegskommuniqués zusammen mit den israelischen, aber die Schlagzeilen und Artikel ließen die arabischen Versionen imaginärer Siege größer herauskommen. Keine arabische Zeitung hatte den Mut, die Aggressoren beim Namen zu nennen (die einzige Ausnahme bildete „El Anba“, die im jüdischen Teil Jerusalems erscheint). Das trifft auch für die oben erwähnte „Sawt el Jamaheer“ zu, die in ihren zwei Kriegsausgaben nicht ihre Friedensschlagworte wiederholte. Der einzige Unterschied zu der traditionellen arabischen Presse bestand darin, daß die neue Wochenzeitung das Wort „Feind“ aus dem Text der arabischen Militärkommuniqués ausließ.

In dieser eigenartigen Atmosphäre traf ein weiterer Artikel von Sunni el Bitar die Bewohner der besetzten Gebiete wie eine Bombe ³⁸). Der „Mann von el Bireh“ nannte die Präsidenten Sadat und Assad die „Kriegssultane“ und „Schlächter und Tyrannen“. Die er-

³⁴) Sunni el Bitar, The Future of Jerusalem, in: El Anba, vom 7. 9. 1973.

³⁵) Ebd. Ausgabe vom 5. 10. 1973.

³⁶) Gavriel Stern, The Clever One at this Hour Keeps Silent, in: Al Hamishar (hebräische Tageszeitung) Tel Aviv, Ausg. v. 5. 11. 1973.

³⁷) Ebd.

³⁸) Sunni el Bitar, The October Tragedy, in: El Anba vom 19. 10. 1973.

ste Pflicht der Araber in den besetzten Gebieten sei, zu verlangen, daß unmenschliche Methoden zugunsten friedlicher Mittel aufgegeben würden, daß Verständnis und Verhandlungen an die Stelle der Gewalt treten sollten und daß jede Seite die Rechte der anderen anerkennen sollte. Es ist schwierig festzustellen, in welchem Ausmaß Bitars Gedanken die der arabischen Bevölkerung widerspiegelten; aber sicherlich teilten einige seine Meinung, wenn er sagte: „Unser Schicksal wird nicht am Kanal oder auf den Golanhöhen entschieden, sondern hier, in den besetzten Gebieten; lange genug haben wir uns auf andere verlassen ... nun werden wir selbst entscheiden müssen ... es gibt nur einen Weg ... Vertrauen und Verständnis zwischen Israelis und Palästinensern ... Koexistenz und Zusammenarbeit ...“³⁹⁾.

Erstaunlicherweise wurde dieser Appell gerade von der arabischen Wochenzeitung scharf kritisiert, die vorher dieselben edlen Ziele zum Hauptgegenstand ihrer redaktionellen Arbeit gemacht hatte⁴⁰⁾. In ihrer sechsten Ausgabe jedoch, die zwei Tage nach dem Waffenstillstand erschien, machte „Sawt el Jamaheer“ wieder eine Kehrtwendung und erneuerte ihren Aufruf zum Frieden und verteidigte die „Rechte der Israelis auf Frieden und Sicherheit“⁴¹⁾. Sie druckte sogar in dieser Ausgabe Bitars Artikel ab, „nur um dem Leser zu zeigen, warum wir ihn angriffen“, und füllte eine ganze Spalte mit „Rechtfertigungen“ für ihre Haltung während des Krieges.

Die Zeitung veröffentlichte auch einen gemeinsamen Appell einer Gruppe von Jerusalemer Arabern und Juden, die in einer Gesellschaft für gegenseitiges kulturelles und gesellschaftliches Verständnis organisiert waren, die sich selbst „Meditaran“ nennt. Offensichtlich im Gefühl, daß sie ihren Lesern eine Erklärung schuldeten, betonten die Herausgeber die Anstrengungen, die sie während des Krieges gemacht hatten, um mit Juden, die für den Frieden eintraten, in Kontakt zu kommen, damit sie eine gemeinsame Proklamation herausgeben könnten. Sie beklagten sich über den israelischen Zensor, der angeblich einen

Leitartikel verboten hatte, in dem die „Erklärungen von Sadat und Assad über die Anerkennung des israelischen Volkes“ gewürdigt wurden, und waren ganz allgemein voll des Lobes für die Führer von Kairo und Damaskus, die „diese harten Opfer gebracht hatten ... und die es besser als wir hier wissen ...“⁴²⁾.

Der oben bereits zitierte Experte stellte in seinem in hebräischer Sprache verfaßten Artikel fest, daß der Herausgeber der „Sawt el Jamaheer“ von seinen Kriegsschlagzeilen, in denen er die beiden arabischen Führer als „Kriegshelden“ beschrieb, zu der Bezeichnung „Friedenshelden“ überwechselte, sobald sie den Waffenstillstand akzeptiert hatten. Derselbe Autor bemerkte, daß vielleicht sogar das Eintreten des arabischen Herausgebers für den Waffenstillstand — jedenfalls in der ausdrücklichen Form, wie er ihn begrüßte — schon selbst ein Zeichen von Mut war, wenn man die negative Haltung bedenkt, die von den palästinensischen Terroristenorganisationen vertreten wurde.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die zwanzig Kriegstage die eine Million Araber in den besetzten Gebieten in einen noch größeren Konflikt brachten als den, in dem sie sich vorher befunden hatten. Zwischen den arabischen Verpflichtungen und der sechsjährigen Erfahrung friedlicher Koexistenz mit den Israelis wechselten bei ihnen Frustrationen und geteilte Hoffnungen. Schon jetzt mehren sich die Anzeichen, daß für die Menschen in den besetzten Gebieten in gleichem Maß wie für die Israelis, Ägypter und Syrer der letzte Krieg weitreichende Konsequenzen hatte und ihr künftiges Verhalten beeinflussen wird. Daß diese Auswirkungen auch positiver Art sein werden, darüber besteht kaum ein Zweifel. Kürzlich erklärte ein Fachmann für Angelegenheiten der besetzten Gebiete, daß wir „vielleicht die Ruhe, die unter der einen Million Araber in den besetzten Gebieten herrschte, und die vielen Dinge, die hätten geschehen können, aber nicht geschehen sind, noch nicht in vollem Umfange zu würdigen wissen“⁴⁴⁾.

³⁹⁾ Ebd.

⁴⁰⁾ Sawt el Jamaheer (Ostjerusalemische Wochenzeitung), Ausgabe Nr. 6 vom 20. 10. 1973.

⁴¹⁾ Ebd. Ausgabe Nr. 7 vom 26. 10. 1973.

⁴²⁾ Ebd. Ausgabe Nr. 7.

⁴³⁾ Stern, The Clever One ..., a. a. O.

⁴⁴⁾ Verkehrsminister S. Peres, in: Jerusalem Post vom 23. 11. 1973.

Die Heilige Stadt Jerusalem, von 1948 bis 1967 durchtrennt von Stacheldraht, Straßensperren und Verteidigungsstellungen, war während dieser neunzehn Jahre die Hauptstadt Israels, aber nicht die Hauptstadt des haschemitischen Königreichs Jordanien. Kein jordanisches Ministerium hatte seinen Sitz in Jerusalem, alle waren in Amman zentralisiert. Das arabische Jerusalem wurde offiziell als „Al Asimah e- Ruhiyah“ (die geistliche Hauptstadt) bezeichnet, es diente als Verwaltungs- und Handelszentrum für die Westbank⁴⁵⁾.

Wie entwickelte sich nun das Leben der 230 000 israelischen Bewohner Neu-Jerusalems und der 70 000 Araber in Ost-Jerusalem während der letzten sechseinhalb Jahre seit dem Sechstagekrieg und der Wiedervereinigung der Stadt? Können Araber und Israelis wirklich gemeinsam in einer vereinigten Stadt wohnen?

Wenn man die offiziellen Veröffentlichungen⁴⁶⁾, die von den israelischen Behörden in Jerusalem von Zeit zu Zeit herausgegeben werden, liest, bekommt man den Eindruck, daß dieses sechs Jahre alte schwierige Experiment mit menschlichen Beziehungen zwischen zwei Völkern, die sich zwei volle Jahrzehnte miteinander im Kriegszustand befunden hatten, von beispielhaftem Erfolg war. Daß man alle Schwierigkeiten überwunden habe und die Araber von Jerusalem wie in einem Paradiese leben.

Dieses Bild scheint mir von der Wahrheit so weit entfernt zu sein wie jenes, das von der anti-israelischen arabischen Propaganda gezeichnet wird, die von einem völligen Fehlschlag des von den israelischen Behörden unternommenen Versuchs spricht. Man darf vermuten, daß die Wahrheit irgendwo in der Mitte zwischen diesen beiden Beurteilungen liegt. In seinem Buch, dessen Titel man mit „Eine neue Landkarte — neue Beziehungen“ übersetzen könnte, schreibt Israels Verteidigungsminister Moshe Dayan⁴⁷⁾: „Als wir die Tore für einen freien Kontakt zwischen

Arabern und Juden in Jerusalem öffneten, sagten wir ... ‚Lassen wir sie frei und ungehindert miteinander verkehren‘. Und tatsächlich ... die erste Begegnung war von primärer Bedeutung für die Zukunft ... diejenigen, die den menschlichen Kontakt des einen Volkes zum anderen sehen, müssen das positive Ergebnis erkennen ...“. Und in der Tat, „frei miteinander verkehren“, das taten sie seit dem ersten Tag. Sie mischten sich so gründlich, daß ein arabischer Journalist, der jenen historischen Tag, den 29. Juni 1967, als die Straßensperren entfernt und die Barrieren zum ersten Mal geöffnet wurden, als Menschen aus beiden Teilen der Heiligen Stadt zum ersten Mal nach neunzehn Jahren wieder vereint waren, miterlebte, seiner libanesischen Zeitung folgenden Bericht gab: „Sie strömten zu Tausenden in das neue Jerusalem ... Die Jaffa-Straße, die Hauptstraße der Stadt, war voll von ihnen ... auf der ganzen Länge der Straße verschwand an diesem Tag, dem 29. Juni, die hebräische Sprache ... nur die palästinensische arabische Sprache mit ihren verschiedenen Dialekten ... war zu hören.“⁴⁸⁾

Seit dem Tag sind sechseinhalb Jahre vergangen. Nicht der Haß — der von jedem einzelnen Minarett der vielen Moscheen der Stadt beschworen wurde — herrscht in der Stadt, sondern Tausende von Arabern und Juden leben in derselben ungeteilten Stadt in Frieden, arbeiten zusammen, treiben Handel miteinander und beginnen, gesellschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Der tägliche Kontakt hat zugenommen, daß sogar der Kadi von Ramallah, der für seinen Nationalismus bekannt war, zugestehen mußte, daß die Wiedervereinigung von Jerusalem der Stadt einen „Hort des Friedens und der Ruhe, wie es so den Einwohnern noch nie zuvor vergönnt gewesen war“⁴⁹⁾, gebracht habe. Tausende von arabischen Jugendlichen, die Mitglieder von Clubs in Ost-Jerusalem waren, verbringen ihre Freizeit in gemischten kulturellen, gesellschaftlichen, sportlichen und künstlerischen Veranstaltungen gemeinsam mit jüdischen Jugendlichen, was allein ein in höch-

⁴⁵⁾ Siehe G. Weigert, *Israel's Presence in East Jerusalem*, Jerusalem 1973.

⁴⁶⁾ Siehe *Jerusalem, Issues and Perspectives*, hrsg. vom israelischen Außenministerium, Jerusalem 1972.

⁴⁷⁾ Moshe Dayan, *A New Map, New Relations*, Ma'ariv edition, Tel Aviv 1969.

⁴⁸⁾ Nabil el Khoury, in: *Al Hawadith*, Beirut 23. 4. 1971.

⁴⁹⁾ Scheich Mohammed As'ad el Imam, in: „*El Quds*“, vom 16. 1971.

stem Maße ermutigendes Anzeichen für künftige friedliche Koexistenz ist ⁵⁰⁾.

Tatsächlich ließen sich Hunderte von Beispielen dafür anführen, wie der Geist der Solidarität zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern in der Stadt gewachsen ist. Ein solcher Fall ist der der Jerusalemer Taxifahrer, die in einem Streik gegen die Behörden sich an ihre arabischen Kollegen in der Altstadt wandten und deren uneingeschränkte Unterstützung erhielten. Als einige Monate später die arabischen Taxifahrer ihre eigenen Probleme mit den Behörden hatten, war es nur natürlich, daß ihre jüdischen Kollegen sich sofort mit ihnen solidarisierten, was zu einer schnellen Lösung des Problems führte ⁵¹⁾.

Obwohl sich alle diese Dinge — und noch etliche mehr, die den Rahmen dieses Artikels sprengen würden — als positiver Aspekt des Zustandes in Jerusalem während der letzten sechseinhalb Jahre vorbringen lassen, ergibt sich daraus doch nicht ein ganz so rosiges Bild, wie es in den offiziellen Veröffentlichungen erscheint. Meiner Überzeugung nach fühlen sich die 70 000 Jerusalemer Araber weder wie im Paradies noch sind sie glücklich, daß sie unter Israels Herrschaft leben. Auch jetzt noch haben sie viele berechtigte Beschwerden: Zahlreiche Probleme, die sich aus ihrer besonderen Lage ergeben, sind noch nicht gelöst und beide Seiten, Juden wie Araber, sind der Ansicht, daß die optimalen Ergebnisse der Koexistenz dieser Jahre noch nicht erreicht worden sind. Wahrscheinlich sind beide Seiten für diese Situation verantwortlich. Einmal die Araber, die, wie einer ihrer eigenen Autoren sagt, nicht „die Weisheit des Nehmens und Um-Mehr-Bittens“ kennen, sondern statt dessen „alles oder nichts“ wollen ⁵²⁾: Bis Mitte des Jahres 1973 haben sie wenig, wenn überhaupt ein Interesse gezeigt, aktiv in solchen Bereichen von vitaler Bedeutung für sie wie Bildung, Städteplanung usw. mitzuarbeiten. Zum anderen wurden viele Fehler aber auch von den Behörden — auf Gemeinde- und Staatsebene — gemacht in der Art und Weise, wie die Probleme der Ost-Jerusalemer Araber gehandhabt wurden. Zwar gehören solche aus Sicherheitsgründen gebotenen Aktionen wie die Zerstörung von Häu-

sern und die Vertreibung von arabischen Bewohnern, die von den Behörden auf dem Höhepunkt der anti-israelischen Hetze und der Sabotagekampagnen durchgeführt wurden, der Vergangenheit an, aber die israelische Regierung hat, wie ein Experte feststellte, „sich noch nicht entschlossen, die Tatsache anzuerkennen, daß die Araber zu einer anderen ethnischen Gruppe gehören“ ⁵³⁾. Ein anderer Beobachter führt zu Recht aus, daß diese Haltung ein „Versagen des Establishments bei der Integration der Araber auf der gesellschaftlich-psychologischen Ebene“ ⁵⁴⁾ zur Folge habe.

Da die israelische Regierung der arabischen Sprache, obwohl sie offiziell als zweite Landessprache gilt, nicht die volle Anerkennung verschafft, fühlt sich der Jerusalemer Araber oft zurückgesetzt, wenn er sich an offizielle Stellen wendet. So braucht er z. B. Hilfe, wenn er eine Telefonnummer nachschlagen will, da es keine arabische Ausgabe des Telefonverzeichnisses gibt. Auch erhält er häufig offizielle Schreiben in hebräischer anstatt in arabischer Sprache usw.

In vielen Fällen beschränkten sich die Aktivitäten der Israelis auf ihre eigene Seite, und es wurden nur schwache — wenn überhaupt — Versuche unternommen, die betroffenen Araber an den entscheidenden Gesprächen zu beteiligen oder sie zu konsultieren. Das traf z. B. zu für Beschlagnahme von Land und für die juristischen Belange der Jerusalemer Moslems; ihr Kadi wurde von den Behörden nicht anerkannt, und es dauerte sechseinhalb Jahre, bis die Gläubigen einen Moslemrichter bekamen, der regelmäßig in Personenstandsangelegenheiten Recht sprach. Bis zum Juni 1973 mußten die Moslems aus Ost-Jerusalem zu diesem Zweck nach Jaffa fahren ⁵⁵⁾.

Erst im Frühjahr 1973 wurde eine schwere Diskriminierung der Ost-Jerusalemer (im Vergleich zu den Bewohnern anderer besetzter Gebiete) endgültig beseitigt ⁵⁶⁾. Es handelte sich dabei um die Kategorien von Familienangehörigen, für die Anträge auf Zusammenführung mit ihren Jerusalemer Familien nach dem Programm zur „Wiedervereinigung von

⁵⁰⁾ Vgl. Gideon Weigert, Die arabische Jugend in Ost-Jerusalem, in: Schweitzer/Nemitz (Hrsg.), Krisenherd Nah-Ost, Köln 1973.

⁵¹⁾ Vgl. The Jerusalem Post vom 5. 12. 1971.

⁵²⁾ Vgl. Mohammed Abu Shilbayah, The Road to Salvation, Freedom and Peace, Jerusalem 1972.

⁵³⁾ Meron Benvinisti, in: Ha'aretz (hebräische Tageszeitung), Tel Aviv, Juni 1970.

⁵⁴⁾ Der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, in: New York Times vom 9. 3. 1968.

⁵⁵⁾ Siehe G. Weigert, East Jerusalem Five Years After, in: Lilit, Jerusalem, Oktober 1973.

⁵⁶⁾ Vgl. Ha'aretz vom 19. 3. 1973.

Familien“ gestellt werden konnten, wodurch es Arabern aus arabischen Ländern gestattet wurde, zu ihren nächsten Verwandten, die unter israelischer Herrschaft leben, zu kommen. Für die Ost-Jerusalemmer gab es bis zu diesem Datum nicht diese Möglichkeit⁵⁷⁾.

Das Jahr 1973 zeichnete sich durch drei bedeutende Ereignisse in der kurzen Geschichte der Jerusalemer Araber nach 1967 aus.

Das Gesetz zur Entschädigung von Ost-Jerusalemern Arabern für den von ihnen in Israel vor 1948 zurückgelassenen Besitz wurde im Parlament verabschiedet. Seine endgültige Fassung erhielt es nach Absprachen mit den Bewohnern Ost-Jerusalems. Vom Justizministerium wurde eigens ein Entschädigungsbüro in West-Jerusalem eingerichtet, das für die Durchführung des Gesetzes und die Zahlung der Entschädigungen verantwortlich ist⁵⁸⁾. Es handelt sich — nach Fachleuten — um eine Summe von mindestens 200 Millionen Dollar, die an Araber Ost-Jerusalems gezahlt werden sollen, welche ihren Besitz in Israel bis April 1948 verlassen haben. Zuerst sollen jeweils 10 000 JL an die Geschädigten in bar gezahlt werden. Für den Rest der Schadenssumme werden vom Staat gesicherte Bonds, die in 15 Jahres-Coupons eingelöst werden, ausgegeben (die Bonds bringen 4,5 % Zinsen und sind dem Cost of Living index angeschlossen). Der Finanzminister ist jedoch berechtigt von jenen Antragstellern, die ihre Entschädigungsgelder zum Hausbau oder zum Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz benutzen wollen, die Bonds schon im Laufe von ein bis zwei Jahren zu kassieren. Bisher haben nur wenige Anträge eingereicht; die meisten fürchten sich noch oder lehnen aus Prinzip ab. Man kann jedoch hoffen, daß das Eis schmelzen wird, wenn die ersten früheren Grundbesitzer in Jaffa, Haifa und in West-Jerusalem ihre neuen Häuser bauen und andere Projekte von diesen Geldern realisieren werden. Sogar ehemalige Mieter (nicht Besitzer) können 15 % von dem Wert des Hauses, in dem sie als Mieter gewohnt haben, als Entschädigung bekommen.

Zum ersten Mal, seit Ost-Jerusalemern Arbeiter 1968 Mitglieder in der Histadrut, der israelischen Gewerkschaft, wurden, stellten sie Kandidaten für die nationalen Organe dieser Organisation auf und nahmen zu Tausen-

den an der Wahl auf Staatsebene teil. Und schließlich wurde erstmalig in einer den Gemeindewahlen vorangehenden Wahlkampagne ein Ost-Jerusalemmer Araber zum arabischen Wahlkoordinator einer israelischen Partei berufen⁵⁹⁾.

Zur selben Zeit hatte ein palästinensischer arabischer Autor zum ersten Mal den Mut, die folgende nonkonformistische Ansicht zu vertreten: „Jerusalem ist nicht in unserer (der Araber) Hand, wir sind nicht in der Lage, es wiederzuerobern, die Araber hatten nie irgendwelche Rechte darauf in der Vergangenheit ... warum sollen wir also auf unmöglichen Bedingungen bestehen ... oder Traumgebilden nachhängen; wir müssen zugeben, daß Jerusalem vereinigt bleiben wird, suchen wir lieber nach einer anderen Hauptstadt außerhalb von Jerusalem ... denn zwei Hauptstädte in einer einzigen Stadt zu haben ist unpraktisch, und es hat ähnliches noch in keinem Teil der Welt gegeben ...“⁶⁰⁾.

Mit diesem Postulat setzte sich der Autor des ersten Buches über die Zukunft Jerusalems, das von einem Palästinenser nach 1967 veröffentlicht wurde, auseinander — allein die Tatsache seines Erscheinens ist schon ein entscheidender Schritt nach vorn.⁶¹⁾ Seine Vorstellungen über die Zukunft der Heiligen Stadt gehen in nuce aus der Widmung seines Buches hervor, die gerichtet ist an „die, die glauben, daß sich der Frieden im Nahen Osten nicht verwirklichen läßt, wenn nicht das Banner des Friedens über Jerusalem gehißt wird ...“, und daß beide Seiten ihre legitimen Rechte in dieser Stadt erhalten und daß keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingt ...“

Abu Shilbayah, der Flüchtling aus Abassiya im Gebiet von Lydda, will nicht in sein Heimatdorf zurückkehren. Trotzdem setzt er sich dafür ein, daß Ost-Jerusalem die Hauptstadt eines freien palästinensischen Staates wird, so wie sein Westteil die Hauptstadt Israels geworden ist. Die Stadt selbst jedoch sollte eine arabische und eine jüdische Gemeindevertretung haben mit gemischten Komitees an der Spitze, deren Aufgabe es sein soll, ge-

⁵⁷⁾ Zu weiteren Beispielen siehe: G. Weigert, *Israel's Presence*, a. a. O.

⁵⁸⁾ Zu Einzelheiten siehe ebd., S. 152.

⁵⁹⁾ G. Weigert, *Getting Eastjerusalemities Organized for Elections*, in: *The Jerusalem Post* vom 7. 9. 1973.

⁶⁰⁾ Sunni el Bitar, *The Future of Jerusalem*, in: *El Anba* (arabische Tageszeitung), Jerusalem, Ausgabe vom 7. 9. 1973.

⁶¹⁾ Mohammed Abu Shilbayah, *Oh What a Pity Jerusalem*, (in arabischer Sprache), Ostjerusalem, 1973.

meinsame Fragen wie Steuern, Sicherheit, Bildung usw. zu behandeln. In nicht geringem Maße spiegelt das Werk Abu Shilbayahs die Stimmung der Menschen in Ost-Jerusalem sechseinhalb Jahre nach dem Junikrieg: Das Mosaik aus Verzweiflung und Hoffnung, Enttäuschung und Bewunderung, Unsicherheit in bezug auf die Zukunft und Nationalstolz.

Jerusalem, sechseinhalb Jahre danach ... Es muß noch viel getan werden, damit die Araber Jerusalems das Gefühl bekommen, daß sie gleichberechtigte Partner sind, damit sie über gleiche Chancen verfügen, damit sie jede Möglichkeit haben, Verantwortung zu übernehmen, und nicht länger bevormundet werden. Bis heute sind alle führenden Positionen in der Regierung, in der Histadrut und in den Zentralen der politischen Parteien in Ost-Jerusalem mit Juden besetzt, nur in wenigen Fällen mit israelischen Arabern. Keine einzige Stelle wird von einem Ost-Jerusalemmer geleitet. Sogar ein Mann wie Ibrahim Totah, der Wahlkoordinator der Arbeiterpartei in Ost-Jerusalem, der erste unter den Arabern dieser Stadt, der den Mut hatte, öffentlich zu erklären, daß die Araber der Heiligen Stadt eine gemeinsame arabische Liste für die Kommunalwahlen vom Dezember 1973 hätten aufstellen sollen, sogar er sagt über sich selbst: „Ich bin kein Mitglied der Arbeiterpartei, und ich beabsichtige auch nicht, es zu werden ... ich unterstütze weder ihr außen- oder innenpolitisches Parteiprogramm noch stimme ich mit ihrer Auffassung von Jerusalem überein oder erkenne den Anschluß der Stadt als Israels Hauptstadt an“⁶²⁾. Trotz dieser Einstellung bemühte sich Ibrahim Totah nach Kräften, um möglichst viele der 40 000 arabischen Wahlberechtigten für eine Stimmabgabe zugunsten der Arbeiterpartei zu gewinnen.

Kurz nach dem Oktober 1973 sagte Bürgermeister Teddy Kollek, daß trotz der Tatsache, daß Jerusalems Araber und Juden während des Krieges für verschiedene Ergebnisse auf dem Schlachtfeld beteten, die Stadt ruhig geblieben sei⁶³⁾. Er fügt hinzu, daß diese Ruhe auf die Politik der Stadtverwaltung zurückzuführen sei, die in der Zukunft fortgesetzt werden müßte — ohne irgendwelche Illusionen, was die Loyalität der Ost-Jerusalemmer dem Staate gegenüber angehe ... denn Loyalität wachse nicht in sechs Jahren.

Was auch immer Positives oder Negatives über das Jerusalem von heute zu sagen ist, über die erfüllte und die vergebliche Hoffnung seiner 70 000 arabischen Einwohner, so glaube ich doch, daß es heute eine Übereinstimmung bei etlichen lebenswichtigen Fragen, die die künftigen arabisch-jüdischen Wechselbeziehungen in dieser Stadt betreffen, gibt, eine Übereinstimmung, zu der sich auch Leute wie Abu Shilbayah, der das arabische Jerusalem als Hauptstadt Palästinas sehen möchte⁶⁴⁾, frei bekennen: Sie wollen, daß die Stadt offen bleibt, sie wollen freien Zugang zu beiden Teilen, sie wollen gemeinsam arbeiten und Handel miteinander treiben und gesellschaftliche Beziehungen unterhalten; und sie wollen nicht, daß ihre Stadt wieder von außen regiert wird, auch nicht von einer arabischen Hauptstadt.

Ibrahim Totah gesteht rückhaltlos ein, daß er nicht die nationalen Ambitionen seines Volkes in bezug auf Jerusalem habe fallen lassen⁶⁵⁾. Jedoch glaubt er, daß die Jerusalemer Araber stärker an den Belangen der Stadt Anteil nehmen und erkennen sollten, daß es in ihrem nationalen Interesse liegt, eine starke Kraft in der Stadtverwaltung zu werden. Daß es solche Gemeinsamkeiten bei der Mehrheit der arabischen und jüdischen Bürger Jerusalems ein halbes Jahrzehnt nach einem Krieg gibt, ist an sich schon kein geringer Erfolg.

Nach den Wahlen vom 31. Dezember lassen sich die obigen Ausführungen um folgende Beobachtungen erweitern: 1963 machten 7 800 der 35 000 arabischen Wahlberechtigten Ost-Jerusalems von ihrem Wahlrecht Gebrauch. 1973 nahmen nur 5 000 der 45 000 Wahlberechtigten an den Wahlen teil, von denen 70 % für Teddy Kollek stimmten. Auch hier waren die Gründe vielfältig. Am Vorabend des Yom-Kippur-Krieges befand sich der Wahlkampf der Arbeiterpartei in vollem Gange, da sie ja die einzige israelische Partei war, die sich einen jungen Intellektuellen aus Ost-Jerusalem, Ibrahim Totah, als Wahlkoordinator gesichert hatte. Totah, ein Funktionär des arabischen Lehrersyndikats, organisierte Familienkreise und Studiengruppen, veröffentlichte Informationsmaterial in arabischer Sprache und erklärte offen, daß er gegen den Anschluß der Altstadt an Jerusalem sei, es jedoch unter den gegebenen Umständen im nationalen Interesse

⁶²⁾ Siehe Ibrahim Totah,

⁶³⁾ Vgl. The Jerusalem Post, Ausgabe vom 12. 11. 1973.

⁶⁴⁾ Siehe G. Weigert, Oh Jerusalem through Arab Eyes, in: Israel Digest, Jerusalem, vom 14. 9. 1973.

⁶⁵⁾ Siehe Ibrahim Totah.

der Araber liege, die Gemäßigten — sprich Teddy Kollek — anstelle der Extremisten — sprich Gahal — zu unterstützen.

Nach dem Yom-Kippur-Krieg entschied der arabische Gipfel, daß die PLO (Palestine Liberation Organization) die einzige Vertretung der Palästinenser sei; der Plan für eine Internationalisierung Jerusalems wurde wieder ins Leben gerufen. In Genf bestanden die arabischen Außenminister auf einer arabischen Vorherrschaft in Ost-Jerusalem. Alle diese Dinge trugen dazu bei, die Jerusalemer Ara-

ber vom Gang zur Wahlurne abzuhalten. Aber es gab noch andere Gründe: Nach dem Krieg wurde der Wahlkampf der vereinigten Arbeiterparteien in beiden Teilen der Stadt sehr zurückhaltend geführt. Erst in den letzten Tagen vor der Abstimmung hörte man den Slogan „Helft Teddy“. Auch ließ die allgemeine politische Atmosphäre wenig Interesse für kommunale Wahlen aufkommen. So kann es nicht verwundern, daß auch von den Jerusalemer Juden sich nur 50 % an den Wahlen beteiligten.

Israels Araber an einem Wendepunkt

„... Israels Minderheiten — vom abgelegenen Dorf im Norden bis zu den Beduinencampes im Süden — haben eine noch nie dagewesene Loyalität gegenüber dem Staate und eine Einsatzbereitschaft bei den allgemeinen Kriegsanstrengungen bewiesen.“

(Ministerpräsidentin Golda Meir vor der Knesset am 10. Oktober 1973)

Zur Zeit des Mandats, gegen Ende des Jahres 1947, lebten ungefähr 1,2 Millionen Araber und etwa 700 000 Juden in Palästina⁶⁴). Nach dem Beschluß der Vereinten Nationen über die Teilung griffen die palästinensischen Araber mit Unterstützung bewaffneter Infiltratoren aus den angrenzenden Staaten jüdische Städte, Dörfer und Höfe in großem Umfange an, worauf die jüdischen Verteidigungskräfte, die „Haganah“, mit Gegenschlägen antworten mußten. Im Verlauf dieser Kämpfe und später bei Ausbruch des von den Arabern offiziell erklärten „Befreiungskrieges“ gegen Israel in der Zeit von Mai bis Juli 1948 flohen ca. 600 000 palästinensische Araber aus dem Teil des Landes, der Israel geworden war. Die palästinensischen Araber weigerten sich, einen eigenen Staat zu akzeptieren, der ihnen in dem Beschluß der Vereinten Nationen über die Teilung vom November 1947 angeboten worden war.

Diese Massenabwanderung wurde angeführt von Intellektuellen und Akademikern, von Industriellen usw., die eine arabische Gesell-

schaft zurückließen, die nicht nur ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Elite beraubt war, sondern auch ihres Wohlstandes. Beinahe über Nacht entdeckten die Araber, die in ihren Städten und Dörfern geblieben waren, daß sie zu einer kleinen Minderheit geworden waren, die führerlos und verarmt in einem neugeschaffenen jüdischen Staate lebte. Zur gleichen Zeit waren ihre Brüder über von den Vereinten Nationen unterhaltene Flüchtlingslager im Libanon, in Syrien, am Ost- und Westufer des Jordans, im Gazastreifen und in Ägypten verstreut.

Die Angehörigen dieser Minderheit hatten einen schweren Schock erlitten⁶⁷). Von ihrer eigenen Führung verraten, lebten sie in Unsicherheit; in Galiläa und andernorts wohnten sie oft nur einen Steinwurf von ihren Brüdern auf der anderen Seite der Waffenstillstandslinie entfernt, und doch war ihnen ein Kontakt mit ihnen unmöglich. Niemand wagte vorauszusagen, was die Zukunft bringen würde. In Israel lebten diese Araber mitten unter einer jüdischen Mehrheit, jedoch umgeben von feindlichen arabischen Staaten, die trotz ihrer Niederlage an diejenigen Araber, die im jüdischen Staat geblieben waren, appellierten, als Pioniere für die „Befreiung Palästinas“ und für die Wiedereingliederung in das arabische Heimatland zu arbeiten.

Die Größe der Minderheiten in Israel (75 % Sunni Moslems, 17 % Christen, 8 % Drusen usw.) wuchs von 110 000 bis 200 000 im Jahre 1956 auf mehr als 400 000 heute. Sie verteilen

⁶⁴) Für weitere Daten vgl. Minorities, Nr. II (in hebräischer Sprache), Israel's Publication Service, Ministry of Culture and Education, Jerusalem, August 1970.

⁶⁷) Vgl. dazu G. Weigert, in: Israel Digest vom 30. 5. 1973.

sich auf zwei arabische Städte (Nazareth, die Hauptstadt Galiläas, und Shfar Am in der Bucht von Haifa), fünf gemischt arabisch-jüdische Städte und 115 Dörfer. Sowohl in der Negev-Wüste als auch im Norden leben etwa 50 000 Beduinen in verschiedenen Stadien der Verstädterung⁶⁸⁾.

Seitdem sind nun mehr als 25 Jahre vergangen. Dieser Zeitraum ist zwar nur ein Augenblick in der Geschichte eines jeden Volkes, für die israelischen Araber jedoch eine sehr lange Zeit. Ihre Geschichte war ein Mosaik von Versuchen und Irrtümern, von Licht und Schatten. Dieser Abschnitt nun, der eine Generation von in Israel geborenen Arabern heranwachsen ließ, kann in vier Unterabschnitte gegliedert werden.

Zunächst war die arabische Szene in Israel durch Erstaunen und Verwirrung gekennzeichnet⁶⁹⁾. Gleich nach seiner Gründung hatte der jüdische Staat ein schwieriges Sicherheitsproblem zu bewältigen, eine Situation, die ihn zu der Einschränkung der Bewegungsfreiheit an den noch unsicheren Grenzen zwang. So wurde in den hauptsächlich von Arabern bewohnten Grenzgebieten eine Militärverwaltung eingerichtet. Das Gesetz über den Landerwerb von 1952 gab den Behörden das Recht, aus Gründen der Sicherheit oder zum Zweck der Besiedlung und Entwicklung weite Landstriche von den Arabern zu übernehmen, die dafür mit Geld oder anderem Land oder beidem entschädigt wurden.

Das gesamte Wirtschafts- und Verwaltungssystem der Araber, das als Folge des Krieges vollkommen zerstört war, mußte erneuert werden. Deshalb hatten die ersten Maßnahmen den Charakter einer Erste-Hilfe-Leistung. Jedoch hatten die Araber von Anfang an die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie die Juden, wie es die Bestimmungen der Unabhängigkeitserklärung⁷⁰⁾ vorsahen. So waren arabische Mitglieder bereits in der provisorischen Versammlung vertreten, und seitdem konnten sie bei jeder allgemeinen Wahl ihr Wahlrecht ausüben; dadurch waren die israelischen Araberinnen die ersten in der gesam-

ten arabischen Welt, die wählen durften, und zwar ohne Ansehen ihres Bildungsniveaus. Heute gibt es sechs arabische Abgeordnete im Abgeordnetenhaus.

Die zweite Periode erstreckt sich von der Mitte der fünfziger bis zum Beginn der sechziger Jahre. Zu dem ersten entscheidenden Test für die israelischen Araber kam es in der Sinai-Schlacht von 1956: Die Befürchtungen, daß es zu subversiven Tätigkeiten kommen könnte, bewahrheiteten sich in keinem einzigen Fall. Der systematische Wiederaufbau der Dörfer der Araber und Drusen wurde nun die Aufgabe des Tages, wodurch man die Grundbedürfnisse auf den Gebieten der Gesundheit, Landwirtschaft, Bildung, Wasserversorgung, des Verkehrs und des Straßenbaus befriedigen wollte. Von der extensiven Bodennutzung, die noch heute in den arabischen Ländern vorherrscht, wechselte man über zu intensiver Nutzung. Die erste Etappe eines „Fünf-Jahres-Plans für die Entwicklung der Araber- und Drusendörfer in Israel“, der eine Investition von 80 Millionen israelischen Pfund vorsah, wurde in Kraft gesetzt. Die militärischen Beschränkungen wurden wesentlich gemindert; die Histadrut, die jüdische Gewerkschaftsorganisation, öffnete ihre Pforten, um arabische Arbeiter auf der Basis der Gleichberechtigung einzulassen, und verzichtete von da an auf das Wort „jüdisch“ in ihrer offiziellen Bezeichnung.

Jedoch dauerte es bis zum Ende der dritten Periode, Ende 1966, bis die Militärverwaltung in den arabischen Gebieten endgültig abgeschafft wurde und der Prozeß des Landerwerbs beendet wurde. Zu Beginn des Jahres 1967 wurde der zweite Teil des bereits erwähnten Fünf-Jahres-Plans in Kraft gesetzt, diesmal mit einer Investition von 100 Millionen israelischen Pfund und mit dem Ziel, den Entwicklungsstand der arabischen Dörfer auf allen Gebieten der öffentlichen Versorgung dem der jüdischen anzugleichen.

Der zweite schwierige Test für die Loyalität der Minderheiten Israels kam am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges. Die israelischen Araber verhielten sich nicht nur passiv loyal, sondern bewiesen aktive Solidarität, indem sie Blut und Geld spendeten, bei der Zivilverteidigung halfen und sich freiwillig zu Notdiensten meldeten. Wieder gab es keinen einzigen Fall von Subversion⁷¹⁾.

⁷¹⁾ Siehe G. Weigert, Arabs Volunteer for Emergency, in: The Jerusalem Post vom 26. 10. 1973.

⁶⁸⁾ Vgl. Uri Stendel, The Minorities in Israel, in: Israel Economist, Jerusalem, Mai 1973.

⁶⁹⁾ Vgl. Uri Stendel, a. a. O.

⁷⁰⁾ „Selbst während der heftigsten Angriffe, die gegen uns geführt werden . . . rufen wir die Söhne der Araber in Israel auf, Frieden zu halten und ihren Anteil zu leisten auf der Grundlage des vollen und gleichen Bürgerrechts und der schuldigen Vertretung in allen seinen Institutionen“ (aus der Unabhängigkeitserklärung vom 14. 5. 1948).

Im Sommer 1967 hatten die Errungenschaften von zwei Jahrzehnten im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, in der Bildung und auf anderen Gebieten zu gewissen Erfolgen geführt: jedes einzelne arabische und drusische Dorf verfügte über fließendes Wasser und war durch eine wetterunabhängige Straße mit der Außenwelt verbunden; mehr als die Hälfte von ihnen war an die Stromversorgung angeschlossen; und auf einen Arzt kamen nur 500 Patienten, ein Verhältnis, das in keinem der angrenzenden arabischen Länder erreicht wird⁷²⁾.

Jedoch blieben noch viele Probleme ungelöst, und neue, vom Junikrieg 1967 geschaffene, tauchten auf. In der Zeit nach dem Kriege wurden Israels Minderheiten ein drittes Mal auf die Probe gestellt, die nicht alle von ihnen mit Glanz bestanden. Neue Sachverhalte wurden geschaffen: die Wiedervereinigung mit den Brüdern vom Westufer und dem Gazastreifen — den besetzten Gebieten — bedeutete das Ende der zwanzig Jahre währenden Trennung. Diese veränderte Situation, in der zum ersten Mal nach zwei Jahrzehnten Kontakte mit den Glaubensbrüdern aus der Zeit des Mandatsregimes (und durch sie mit palästinensischen Terrororganisationen) hergestellt wurden, führte zu Spannungen, die das verborgene Problem der gespaltenen Loyalität — einerseits zum Staate Israel, andererseits zur arabischen Sache — ans Licht kommen ließ. Die neuen Kontakte führten zu neuen Pressionen wirtschaftlicher und moralischer Art, die arabische Nationalität durch „Taten“ zu beweisen, d. h. durch die Unterstützung bei der „Befreiung des geraubten Vaterlandes“, nämlich Palästinas⁷³⁾. Das führte zu einem Widerstreit zwischen der Verpflichtung zu dem Staat einerseits und zu ihren eigenen nächsten Verwandten in der arabischen Welt andererseits. Die meisten von ihnen, wenn auch nicht alle, waren stark genug, der Versuchung zu widerstehen; eine Minderheit jedoch, etwa 350 israelische Araber, nahmen aktiv an subversiven Tätigkeiten gegen die Sicherheit des Staates teil.

Unter den Faktoren, die zu dem Gefühl der Frustration und Erniedrigung — besonders unter den arabischen Jugendlichen — beitrugen, war auch die starke Zurückhaltung bei

⁷²⁾ Siehe G. Weigert, *Arabs and Israelis — Life together* —, a. a. O.

⁷³⁾ Siehe G. Weigert, *Whoso Killeth a Believer*, a. a. O.

der Vergabe von leitenden oder sogar nur gehobenen Posten an arabische und drusische Intellektuelle. Erst 1972 wurde der erste Nichtjude in den israelischen diplomatischen Dienst eingestellt, während es noch keinen nichtjüdischen Delegierten bei den Vereinten Nationen gibt, keinen Araber oder Drusen im Hohen Gerichtshof oder im israelischen Kabinett, wo allerdings bis zu den 1973er Wahlen zwei stellvertretende Minister aus den Reihen der Minderheit stammen. Auch die Posten in den Aufsichtsräten öffentlicher Gesellschaften sind Juden vorbehalten. Sogar alle „arabischen Abteilungen“ in der Regierung, in der Histadrut oder in politischen Parteien werden von jüdischen Direktoren geleitet, eine Tatsache, die viele Juden vermuten läßt, daß die israelische Gesellschaft viel zu wenig getan hat, um die Araber gesellschaftlich zu integrieren. Erst kürzlich mußte Ministerpräsidentin Golda Meir eingestehen, daß es eine Diskriminierung von Arabern, die sich um führende Posten in der Regierung bemühen, gibt. Mit den Worten „... da wir (die Juden) in diesem Land so viel gelitten haben...“⁷⁴⁾, bat sie für dieses Verhalten um Verständnis.

Offensichtlich können die volle Integration der israelischen Minderheiten in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben des jüdischen Staates und das Gefühl, daß sie nicht nur in der Theorie, sondern tatsächlich die gleichen Rechte haben, erst erreicht werden, wenn das Establishment, die Histadrut und die politischen Parteien sowie die Masse der jüdischen Bürger die Grundhaltung des Mißtrauens aufgibt. Erst wenn alle Regierungsstellen und öffentlichen Körperschaften Araber und Drusen auf der Basis der Gleichberechtigung zulassen, wenn israelische Araber vor den Organen der Vereinten Nationen als voll anerkannte Mitglieder der Delegationen ihres Landes erscheinen, wenn Araber im Kabinett vertreten und Richter des Hohen Gerichtshofes sind, wenn alle von ihnen in den Streitkräften dienen (heute sind Drusen und Tscherkessen ebenso wie die Juden wehrpflichtig, arabische Moslems und Christen dienen auf freiwilliger Basis) und wenn sie ins gesellschaftliche Leben aufgenommen werden, wird dieses Stadium endlich erreicht sein. Einer der entscheidenden Erfolge des Oktoberkrieges war bereits die Tatsache (die sich aus kürzlichen Meinungsumfragen er-

⁷⁴⁾ Siehe Golda Meir, in: *Jerusalem Post* vom 22. 12. 1972.

gab), daß die jüdische öffentliche Meinung eine positivere Einstellung zu den Arabern des Landes eingenommen hat ⁷⁵⁾.

Ein Araber, Abdul Azis Zu'abi, stellvertretender Gesundheitsminister und Mitglied der Knesset, äußerte kurz vor seinem Tod am 14. Februar 1974 die Ansicht, daß, wenn sie die volle wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung erlangt hätten, die israelischen Araber nicht den Wunsch haben würden, ihr Land zu verlassen: „Es wird immer Probleme für uns geben, aber wir werden sie lösen können. Ich bin aus Nazareth, ich akzeptiere Israel und die Tatsache, israelischer Staatsbürger zu sein ... obwohl ich Araber bleibe ... das ist kein Widerspruch ... während wir an unserer arabischen Tradition, Sprache, Geschichte und allem Arabischen, das wir haben und das gut ist, festhalten ...“ ⁷⁶⁾.

Zugegeben, bis zum Krieg von 1973 war Zu'abi einer der israelischen Araber, die den „goldenen Mittelweg“ gefunden hatten. Nicht allen von ihnen gelang das, nicht einmal nach dem letzten Krieg vertraten alle von ihnen diese Überzeugung. Muß es überraschen — wenn man den schwierigen Konflikt, in dem die Araber in Israel während der letzten 25 Jahre gelebt haben, in Betracht zieht —, daß einer unter tausend oder mehr, der seinen Angehörigen in den angrenzenden arabischen Staaten helfen will, dem jüdischen Staat, dem Erzfeind jedes nationalgesinnten Arabers, Schaden zufügt? Ist es nicht eher erstaunlich, daß ihre Zahl nicht noch größer ist?

Seit dem letzten Oktober haben die Ereignisse eine spontane Wendung zum Guten gezeigt. Die Anzahl der Araber, die den „goldenen Mittelweg“ eingeschlagen haben und sich in der Lage sehen, sich dem Staat gegenüber loyal zu verhalten und ihn aktiv zu unterstützen, obwohl sie sich trotzdem als stolze Araber fühlen, hat sich als Folge dieses neuen Krieges stark vergrößert. Innerhalb von Tagen nach dem arabischen Angriff auf Israel war eine der herausragenden Erscheinungen

an der Heimatfront, daß sich die Minderheiten ganz bewußt mit der israelischen Sache identifizierten. Die Art und Weise, in der sich dieser neue Trend manifestierte — was nicht einmal die traditionellen „Experten“ vorausgesehen hatten —, erlebte ich selbst aus nächster Nähe während einer Zweitages tour durch die arabischen Zentren in Israel. Zur Zeit, als sich die Kämpfe auf dem Höhepunkt befanden, wurden zahlreiche Araber befragt, Männer und Frauen jeden Alters, und zwar unter der Nennung ihres vollen Namens und ihres Berufes. ⁷⁷⁾

Wie lassen sich diese persönlichen Eindrücke zusammenfassen? Wie kann man den Leser außerhalb Israels überzeugen, daß das gewonnene Bild der individuellen und gemeinsamen Hilfsbereitschaft und Kooperation keine „Schau“ ist? Spenden für die freiwillige Kriegsanleihe waren ein Aspekt, in dem sich die aktive Parteinahme der Araber für ihren Staat und ihre Identifikation mit ihm zeigte. Die freiwillige Meldung zu dringenden Arbeiten war ein anderer. Nur zwei Beispiele: In Haifa hatten sich arabische Einwohner verpflichtet, eine Million israelische Pfund für die freiwillige Kriegsanleihe zu sammeln. Der griechisch-orthodoxe Erzbischof Yoseph Raya war der erste arabische Führer, der seine Mitbürger zur Unterstützung ihres Staates aufrief. Es war derselbe Mann, der bis zum Beginn des Krieges den Kampf gegen die Entscheidung der israelischen Regierung, den Einwohnern der arabischen Dörfer Ikrit und Biram im Oberen Galiläa die Rückkehr auf ihre Ländereien, von denen sie 1948 evakuiert worden waren, nicht zu gestatten, angeführt hatte. Trotzdem erklärte er wenige Tage nach Ausbruch des Oktoberkrieges: „... meine Priester, die in 41 Kirchen im Norden Israels dienen, versammelten sich um mich in der Nacht, als der Krieg ausbrach, um Mittel und Wege zu erörtern, wie wir unserem Land wirksam helfen könnten. Wir spendeten sofort Geld und stellten uns als Blutspender zur Verfügung. Ich rief persönlich die Stadtverwaltung in meinem Wohnort Haifa an, um meine Dienste anzubieten, wenn nötig, sogar die Straße zu fegen, ich bin bereit“ ⁷⁸⁾.

⁷⁵⁾ Nach einer Information, die dem Autor speziell für diesen Artikel vom Berater der Ministerpräsidentin für arabische Angelegenheiten zur Verfügung gestellt wurde.

⁷⁶⁾ Palestine Viewpoints, in: The Israel Academic Committee, Jerusalem 1972.

⁷⁷⁾ In den Einzelheiten siehe The Jerusalem Post vom 26. 10. 1973 und El Anba in den Ausgaben vom 23., 24. und 25. Oktober 1973.

⁷⁸⁾ The Jerusalem Post vom 6. 11. 1973.

Zwei Faktoren spielen wohl die Hauptrolle bei dieser Einstellung der israelischen Araber zu ihrem Staat, die einen Wendepunkt in ihrer Geschichte darstellt ⁷⁹⁾:

1. Seit die Minderheiten Israels ihren letzten Loyalitätstest zu Beginn und während des Sechstagekrieges bestanden, waren mehr als sechs Jahre vergangen. In diesen Jahren hatten die israelischen Araber genügend Zeit, um mit eigenen Augen zu sehen, wie ihre Brüder auf dem Westufer und im Gazastreifen während der letzten 20 Jahre gelebt hatten, erstere unter jordanischer Herrschaft, letztere unter dem ägyptischen Militärregime. Sie betrachteten deren Lage kritisch und verglichen sie mit ihrer eigenen als einer Minderheit im jüdischen Staat. Viele von ihnen kamen zu der unvermeidlichen Folgerung, daß ihre eigene Situation in Israel schließlich doch nicht so schlecht sei. Im Bereich der Wirtschaft, aber auch in anderen Sektoren war — besonders unter den Bauern und Arbeitern — der Lebensstandard bei weitem höher und die Freiheit der Meinungsäußerung viel größer als bei ihren Freunden und Verwandten im haschemitischen Königreich zu beiden Seiten des Flusses, ganz zu schweigen von der Bevölkerung in Gaza.

2. Ähnlich wie es in den jüdischen Teilen dieses Landes der Fall war, wo innerhalb von Stunden nach Ausbruch des letzten Krieges die Menschen ihre Streitigkeiten vergaßen, so wurden auch bei den Arabern Kritik und berechtigte Klagen gegenüber der israelischen Verwaltung beiseite geschoben. Israels 400 000 Araber und Drusen waren auch jetzt nicht alle der Regierung wohlgesonnen; aber in jenen schrecklichen Stunden der Furcht, im Stadium der äußersten Not, die der Staat Israel seit dem Mai 1948 in ähnlicher Form nicht mehr erlebt hatte, erkannten die Minderheiten, daß es jetzt nicht die Zeit war, ihre „cahièrs de dolence“ zu öffnen, daß ihr Schicksal — genauso wie das ihrer jüdischen Mitbürger — vielmehr von der Frage des rein physischen Überlebens des Staates abhing. Für sie wie für die Juden Israels war es die Frage nach dem Sein oder Nichtsein. Die syrischen Raketen machten keinen Unterschied

zwischen den arabischen Bewohnern des Dorfes Yafiah und ihren jüdischen Nachbarn in Migdal Ha'emek. Das führte dazu, daß die Araber Israels ihren Groll vergaßen; sie erkannten, daß es im Augenblick um viel Bedeutenderes ging. Dies war ihr Land, es verteidigte sie und hatte es ihnen ermöglicht, ihren gegenwärtigen Lebensstandard zu erreichen, und das angesichts der arabischen Welt, die geschlagen war mit Frustration und der Unterdrückung der Freiheit. Konnten sie sich jetzt weiterhin abseits halten, neutral bleiben?

Es gibt schon klare Anzeichen dafür, daß die jetzige Regierung nicht zu ihrer bisher verfochtenen Politik den Arabern gegenüber zurückkehren wird. Die positive Haltung, die die israelischen Araber im Oktober 1973 einnahmen, wird sehr wahrscheinlich weitreichende Auswirkungen auf ihren künftigen Status im Staat Israel haben.

Fast 80 % der 175 000 arabischen Wahlberechtigten — 25 000 mehr als 1969 — gingen am 31. Dezember 1973 an die Wahlurne, um ihre Abgeordneten für die achte Knesset zu wählen. Die Tatsache, daß die die Forderungen der arabischen Minderheiten unterstützenden Neuen Kommunisten vier Sitze der 120 bekamen, und das gleichzeitige Sinken der Anzahl arabischer Mitglieder auf der traditionell der Arbeiterpartei angegliederten arabischen Liste (von 4 auf 3) wurde von israelischen Beobachtern als „Erdrutsch“ gewertet, als „großer Schlag“, und von anderen sogar als „klares Zeichen für einen wachsenden arabischen Nationalismus“. Jedoch für diejenigen, die seit Jahren mit der Materie vertraut sind, sind diese Schlagwörter eine zu einfache Erklärung, die dem tatsächlichen Wahlergebnis nicht gerecht wird. Um der Wahrheit näher zu kommen, ist ein kurzer Rückblick auf die Situation in der siebten Knesset notwendig. 1969 wurde ein Abgeordneter hauptsächlich mit jüdischen Stimmen gewählt; der stellvertretende Gesundheitsminister Abdul Aziz Zuabi von der Mapam, der die Liste der (vereinigten) Arbeiterparteien angeführt hatte. Vier andere arabische Mitglieder der Knesset standen auf zwei traditionell der Arbeiterpartei angegliederten arabischen Listen.

Aber schon damals war es den Führern der Arbeiterpartei bewußt geworden, daß die arabischen Listen überholt waren und nicht mehr

⁷⁹⁾ Zu weiteren Einzelheiten siehe: D'var Ha'poelet (hebräische Monatsschrift), Tel Aviv, November 1973 und El Anba, Ausgaben vom 23., 24. und 25. Oktober 1973.

der Notwendigkeit, junge arabische Intellektuelle in das politische Leben Israels einzugliedern, entsprachen. Ihre Vorstellungen blieben allerdings von den Parteifunktionären unbeachtet. Den arabischen Wählern wurden wieder dieselben Kandidaten vorgeschlagen, jedoch mit einer Ausnahme: der wachsende Widerstand der 55 000 israelischen Beduinen in der Negev-Wüste und in Galiläa gegen diese Liste zwang die Arbeiterpartei, eine eigene Beduinenliste aufzustellen, um gegen die der Likud angegliederte Beduinenliste konkurrieren zu können. Außerdem konnte sich Likud zum ersten Mal als wirklich araberfreundlich vorstellen, als vor zwei Jahren ein drusischer ehemaliger Angehöriger der Streitkräfte sich von der Arbeiterpartei trennte und sich in Begins Partei aufnehmen ließ. Es war Amal Nasser e Din aus Dalyat el Carmel. Das Ergebnis war, daß im Dezember über 100 000 Araber und Drusen Likud und die ihr angegliederte Beduinenliste wählten. Die traditionelle arabische Liste der (vereinigten) Arbeiterparteien errang weniger als die 24 000 Stimmen, die für ihre zwei Abgeordneten nötig sind. Jedoch der zweite Kandidat, der drusische Scheich Mu'adi, sicherte sich seinen Sitz durch die überschüssigen Stimmen der der Arbeiterpartei angeschlossenen Beduinenliste, die 16 500 Stimmen bekam. So hat das israelische Parlament zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Beduinen aus der Negev-Wüste, Scheich Hamad Abu Rabyah, als Mitglied. Er sagte am 29. 3. 1974: „Ich bin dem Staat Israel loyal und erwarte von diesem Staat, daß er mir das auch glaubt. Ich habe aber meine eigene Identität und Würde, und ich möchte beides behalten.“

Rakah, die pro-russische und pro-arabische nationale Partei, errang einen Zuwachs von 12 000 arabischen Stimmen. Jedoch gingen 24 000 andere arabische Stimmen direkt an die Arbeiterparteien (6 000 mehr als 1969). Zusammen mit anderen zionistischen Parteien (Likud, National-Religiöse und Unabhängige Liberale) behielten die Pro-Zionisten ihre 65 % aller arabischen Stimmen. Dieser Anteil wäre höher gewesen, wenn nicht über 10 000 arabische Stimmen „verlorengegangen“ wären: über 6 000, die auf die zweite der der Arbeiterpartei angegliederten arabischen Liste entfielen, und 3 000 Stimmen für die der Likud angegliederten Beduinenliste errangen nicht das erforderliche Minimum.

Diese Entwicklung erklärt sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren:

1. Die jungen israelischen Araber, und besonders die 25 000 arabischen Erstwähler, waren unzufrieden mit dem System der traditionellen arabischen Liste, die sich aus den Führern der Clans und Notablen zusammensetzte. Sie wählten lieber direkt die Arbeiterpartei.
2. Dasselbe trifft für die der Likud angegliederten Beduinenliste zu. Wer Likud wählen wollte, tat das direkt.
3. Diejenigen, die gegen das Establishment (die Arbeiterpartei) waren, wählten entweder Likud oder die Kommunisten.
4. Abgesehen von Abdul Aziz Zu'abi gab es keinen Araber und vor allem keinen jungen Araber auf der Liste der (vereinigten) Arbeiterparteien — wenn man Mahmoud Abassi auf dem unrealistischen Platz 59 außer Betracht läßt —, was vielen jungen arabischen Intellektuellen die Verachtung der Partei für den Wunsch der Araber nach gleichen Chancen in der Partei demonstrierte.
5. Die Aktivitäten der Arbeiterpartei und der Histadrut für die Belange der Araber und Drusen war in den letzten vier Jahren zwischen den beiden Wahlen stark zurückgegangen. Aus arabischen Kreisen waren Klagen geäußert worden, z. B. über das Fehlen von geeigneten Anstellungen für Hochschulabsolventen oder den Mangel an sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Programmen, die speziell auf die Minderheiten zugeschnitten waren. Alle diese Dinge schufen die Grundlage für Verstimmungen.
6. Dies bedeutet nicht notwendigerweise einen Rückgang in der Identifikation der Araber mit dem Staat als solchem. Der Yom-Kippur-Krieg hatte gezeigt, in welchem Grade die israelischen Araber aktiv ihren Staat unterstützen, sei es durch den Kauf von Kriegsanleihen, sei es durch die freiwillige Meldung zu Notdiensten und anderem mehr.
7. Israels Araber leben jedoch nicht in einem Vakuum. Die Entscheidungen der algerischen Gipfelkonferenz, die Genfer Gespräche und vor allem die Stellung der Sowjetunion im nahöstlichen Streit ließen die Frage nach der Rolle der Araber in der allgemeinen Situation wieder aktuell werden. Diese Entwicklung

wurde auf kluge Weise von der Rakah ausgenutzt, die nun Moskau als zuverlässigen Verfechter eines wahren Friedens präsentieren konnte, als die Hauptmacht, die den arabischen Ländern half, „ihre Schande abzuwaschen“.

Es gibt bereits einige Anzeichen dafür, daß die Führer der Arbeiterpartei diesmal die Warnung verstehen. Wie in anderen Bereichen wird ihre arabische Politik als Ergebnis der Wahlen eine tiefgreifende Wandlung durchmachen müssen. Die Öffnung ihrer Reihen für alle israelischen Araber (in der Likud und den kommunistischen Parteien ist eine solche

Mitgliedschaft bereits möglich), der Zugang zu Schlüsselpositionen für israelische Araber, konkrete Schritte in Richtung auf ein besseres arabisch-jüdisches Verständnis und gegenseitiges Vertrauen, die Abschaffung des alten Listensystems und die Bereitstellung von sicheren Listenplätzen auf der Wahlliste der (vereinigten) Arbeiterparteien sind nur eine Auswahl unter den Aufgaben, mit denen sich die Arbeiterpartei befassen muß, ehe sie hoffen kann, ihre Stimmanteile bei den arabischen Wählern in der nächsten Wahl zu erhöhen.

Michael Roskin / Dieter O. A. Wolf:
Henry A. Kissinger — Versuch eines Porträts

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/74, S. 3—25

Wie kam der ehemalige Wissenschaftler und Theoretiker der Außen- und Sicherheitspolitik Henry A. Kissinger, der sich heute im Zentrum der Macht befindet, in die für die internationale Politik so immens wichtigen Schlüsselpositionen als Berater des Präsidenten, Direktor des Nationalen Sicherheitsrates und Außenminister? Man ist versucht, zu sagen, daß sich Kissinger auf diese „Rolle“ bereits seit mehr als zwei Dekaden vorbereitet hat: Er widmete seine akademische Arbeit im wesentlichen der praxisorientierten Politik, und hier speziell den Problemen eines neuen weltpolitischen Mächtegleichgewichtes, wobei er an die klassische Lehre der Metternichschen Gleichgewichtspolitik anknüpfte. Von daher konnte er schon in den fünfziger Jahren der strategischen Debatte bedeutsame, wenn nicht sogar „kreative“ Anstöße geben. Während der Kennedy-Johnson-Jahre machte er sich vorwiegend als Kritiker der Methoden der amerikanischen Außenpolitik einen Namen. Nach Nixons Wahl zum Präsidenten der USA wurde Kissinger überraschend zum Präsidentenberater für Fragen der Nationalen Sicherheit ernannt. Innerhalb von nur zwei Jahren brachte er es fertig, das geschwächte Instrument des Nationalen Sicherheitsrates zu reorganisieren und es vor allem in seiner Planungsfunktion zu stärken.

Im Zeichen der Theorie des Mächtegleichgewichtes und der besonderen außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen Kissingers vermochte die Nixon-Kissinger-Politik neue Brücken sowohl zur Sowjetunion als auch zur Volksrepublik China zu schlagen. Diese Politik, die unter Johnson unvorstellbar gewesen wäre, führte zu einem entscheidenden Wendepunkt in der amerikanischen Außenpolitik. Noch sind die von ihr ausgelösten Kräfte, noch sind die Konsequenzen der Suche nach einer neuen Struktur des internationalen Systems nicht genauer abzuschätzen, und noch ist Kissinger nicht in der Lage, seiner Idee eines umfassenden Friedens auf der Basis eines Systems des Mächtegleichgewichtes einen ausreichenden institutionellen Rückhalt zu geben, der den persönlichen Schaffensakt überdauert. Es ist auch die Frage zu stellen, inwieweit das „Kissinger-System“, ein Konzept, in dem es primär um die Begriffe legitime internationale Ordnung, Gleichgewicht der Kräfte und Stabilität geht, überhaupt zu verwirklichen ist und ob ein mögliches Scheitern dieser Politik nicht Schäden zur Folge haben kann, die nur schwer auszugleichen wären.

Gideon Weigert: Araber und Israelis

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/74, S. 27—45

Der Aufsatz unternimmt den Versuch, einige wichtige Aspekte und Entwicklungstendenzen jenes Problems aufzuzeigen, das allgemein als israelisch-arabischer Konflikt bezeichnet wird und dessen Ursprünge noch in die Zeit vor der Staatsgründung Israels zurückreichen. Die nach der Balfour-Deklaration von 1917 über die Schaffung eines palästinensischen Staates entstandenen zwei nationalen Bewegungen, die der Juden und Araber, gerieten schon während der britischen Mandatszeit, also lange vor dem ersten offenen Krieg von 1948, heftig aneinander.

Von 1948 bis 1967 beschränkte sich der israelisch-arabische Konflikt in den Augen der Weltöffentlichkeit auf das Problem der palästinensischen Flüchtlinge. Daß es sich hierbei um eine unzulässige Verkürzung handelte, daß es letztlich vielmehr um die Frage der Selbstbestimmung der arabischen Palästinenser ging, wurde erst nach dem Sechs-Tage-Krieg klar.

Für die eineinhalb Millionen arabischen Palästinenser, die in Israel, in Ost-Jerusalem, im Gaza-Streifen und auf der Westbank leben, stellt sich heute genauso wie für die Israelis die Frage nach ihrer nationalen Identität. Welche Antworten auch immer auf diese Frage gefunden werden — die Erfahrung der Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens von Israelis und Arabern ist seit dem Sechs-Tage-Krieg in vielfältiger Weise auf beiden Seiten gemacht worden, und diese Erfahrung kann auch nicht durch Terroraktionen palästinensischer Guerillagruppen zunichte gemacht werden.

Die in diesem Beitrag geäußerten Ansichten sind nicht regierungsoffiziell, sondern werden vom Autor persönlich aufgrund seiner langjährigen Kontakte mit den arabischen Nachbarn vertreten.